



19. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2002

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder,
Vizepräsident Peter Paul Müller, Vizepräsident Farid Müller und Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung
der Tagesordnung

953 A

Zur Geschäftsordnung

Berndt Röder CDU

953 A

Uwe Grund SPD

953 B

Christian Maaß GAL

953 D

Beschlüsse

954 B

Aktuelle Stunde

954 C

Fraktion der FDP:

Dramatische Steuereinnahmeausfälle bei
der Freien und Hansestadt Hamburg
aufgrund der verfehlten Wirtschafts- und
Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung

954 D

Rose-Felicitas Pauly FDP 954 D, 962 C, 965 D

Ingo Egloff SPD 955 B

Henning Tants CDU 956 B, 964 D

Norbert Frühauf
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 956 D, 961 B

967 C

Anja Hajduk GAL 957 C, 958 D, 961 D

Gunnar Uldall, Senator 958 C, 963 B

Burkhardt Müller-Sönksen FDP 959 D

Barbara Ahrons CDU 960 C

Werner Dobritz SPD 963 D, 966 A

Alexander Porschke GAL 965 B

Volker Okun CDU 966 C

Fraktion der SPD:

**Halbe Betreuung oder volle Bezahlung:
Kinderbetreuung nur noch für Hausfrauen?** 967 C

Dr. Ingrid Stöckl SPD 967 C

Rudolf Lange, Senator 968 B

Dr. Verena Lappe GAL 968 D

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 969 B

Thomas Böwer SPD 970 A

Fraktion der CDU:

**Pleitenrekord durch rotgrüne
Wirtschaftspolitik**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

Neue Wege der Graffiti-Bekämpfung

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der GAL:

**Poller-Schill missachtet historische
Bedeutung des Joseph-Carlebach-Platzes**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds
für den Ausschuss zur Wahl
der ehrenamtlichen Richterinnen und
Richter beim Hamburgischen
Oberverwaltungsgericht**

– Drs 17/1044 –

970 D

Ergebnis 976 C

Senatsantrag:

Ausübung von Verkaufsoptionen bei der Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) und der Flughafen Hamburg GmbH (FHG)

- Drs 17/904 –
- Henning Tants CDU
- Walter Zuckerer SPD
- Manfred Silberbach
Partei Rechtsstaatlicher Offensive
- Anja Hajduk GAL
- Rose-Felicitas Pauly FDP
- Dr. Wolfgang Peiner, Senator

970 D

Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben

- Drs 17/1019 –
- Martin Woestmeyer FDP
- Aydan Özoguz SPD
- Wolfgang Drews CDU
- Stefan Müller
Partei Rechtsstaatlicher Offensive
- Christa Goetsch GAL
- Beschlüsse

991 B

991 B

992 B

993 B, 995 D

994 D

995 B

996 A

Beschlüsse

976 B

Antrag der Fraktion der SPD:

Entlastung des Maßregelvollzugs durch Einrichtung einer besonderen Station für nicht therapierbare Patienten des Maßregelvollzugs

- Drs 17/912 –

996 A

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Entlastung des Maßregelvollzugs durch die Einrichtung einer besonderen Station für Minderbegabte sowie die Einrichtung einer besonderen Station für Schizophrene

- Drs 17/913 –

996 A

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Entlastung des Maßregelvollzugs durch eine forensische Ambulanz

- Drs 17/914 –

996 A

Dr. Mathias Petersen SPD 996 B, 998 D, 999 C

Viviane Spethmann CDU 996 D

Wolfgang Barth-Völkel

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 997 B

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 997 D, 1000 B

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 998 B

Peter Rehaag, Senator 999 A

Dietrich Wersich CDU 999 D

1000 C

Beschluss

Antrag der Fraktion der GAL:

Die Bezirke sind noch zu retten!

- Drs 17/1012 –
- Antje Möller GAL 985 A, 988 A, 990 C
- Wolfgang Franz SPD 986 C
- Rolf Kruse CDU 987 B
- Norbert Frühauf
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 987 D
- Burkhardt Müller-Sönksen FDP 988 D
- Dr. Roger Kusch, Senator 989 C

985 A

Bericht des Wissenschaftsausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes

- Drs 17/1058 –
- Wolfgang Beuß CDU 1000 C
- Dr. Barbara Brüning SPD 1001 B, 1005 A
- Christian Brandes
- Partei Rechtsstaatlicher Offensive 1002 B
- Dr. Willfried Maier GAL 1002 D
- Dr. Wieland Schinnenburg FDP 1003 B
- Dr. Jörg Dräger, Senator 1004 B
- Beschlüsse 1005 A

Beschlüsse

991 A

Senatsantrag:

Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung der Juristenausbildung
– Drs 17/901 –

1005 B

Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1010 C
Farid Müller GAL	1011 B
Burkhardt Müller-Sönksen FDP	1011 D
Dietrich Wersich CDU	1012 C, 1014 D
Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1013 B
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1013 C
Krista Sager GAL	1014 B

Dazu:

Antrag der Fraktion der SPD:

Einstellung von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsvorverhältnis
– Drs 17/1063 –

1005 B

Beschluss

1015 A

Reinhold J. W. Schabe
Partei Rechtsstaatlicher Offensive

1005 B

Simone Kerlin SPD

1005 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Carsten Lüdemann CDU

1006 C

Förderung der Landesinitiative Hospizentwicklung in Hamburg

– Drs 17/995 –

1015 A

Christian Maaß GAL

1007 C

Petra Brinkmann SPD

1015 A

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

1008 B

Hanna Gienow CDU

1015 D

Beschlüsse

1009 A

Rolf Gerhard Rutter

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

1016 C

Mehr Schutz vor 0190-Betrügern

– Drs 17/999 –

1009 B

Dr. Dorothee Freudenberg GAL

1016 D

Jenspeter Rosenfeldt SPD

1009 B, 1012 D

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

1016 D

Viviane Spethmann CDU

1010 B

Beschlüsse

1017 A

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie alle recht herzlich. Mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung aus den Reihen der CDU-Fraktion gemäß Paragraph 44 unserer Geschäftsordnung das Wort begeht wird. Herr Röder, Sie haben das Wort.

Berndt Röder CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Abänderung der Empfehlung des Ältestenrates bitte ich, die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

Erstens: Die Punkte Drucksache 17/1058: Bericht des Wissenschaftsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes und die Drucksache 17/901: Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung der Juristenausbildungsordnung werden auf die Tagesordnung der Sitzung am 26. Juni, also heute, gesetzt.

Zweitens: Die Drucksache 17/1058 wird anstelle der Drucksache 17/868 debattiert.

Drittens: Die Drucksache 17/1077: Wahl eines Mitgliedes für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses wird für den 27. Juni, also morgen, auf die Tagesordnung gesetzt.

Ganz kurz zur Begründung, zunächst zur Juristenausbildungsordnung. Die Tatsache der Umstellung ist in den Fachkreisen offen und intensiv diskutiert worden. Es ist auch bereits angekündigt worden, dass die Umstellung zum 1. August erfolgen wird. Hierauf haben sich die zukünftigen Referendare auch eingestellt. Im Hinblick auf den Vertrauenschutz müssen sich diese auch darauf verlassen können.

(*Christian Maaß GAL*: Damit sie überhaupt Geld bekommen!)

Die Nachbenennung eines Mitgliedes für die G10-Kommission ist erforderlich, weil der Abgeordnete Vahldieck mit Wirkung vom heutigen Tage seine Tätigkeit dortselbst niedergelegt hat. Das Gesetz sieht die entsprechende Besetzung der Kommission vor. Die Kommission, die nach dem 11. September des vergangenen Jahres insbesondere der Terrorismusbekämpfung wegen in Permanenz tagt, würde spätestens ab 15. August nicht mehr in der gesetzlich vorgesehenen Weise zusammengesetzt sein. Deshalb ist es dringend geboten, dass wir heute diesen Tagesordnungspunkt für morgen auf die Tagesordnung setzen, damit wir die Nachwahl vornehmen können und diese so wichtige Kommission für die Freie und Hansestadt Hamburg auch in der gesetzlich vorgesehenen Weise besetzt ist. Ich bitte Sie, den Anträgen zuzustimmen.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Es hat jetzt Herr Grund das Wort. Ich hatte vergessen zu erwähnen, meine Damen und Herren, dass nach der Geschäftsordnung eine Redezeit von zwei Minuten gilt. Herr Röder hat das pünktlich eingehalten. Herr Grund, Sie haben das Wort.

Uwe Grund SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich zitiere:

„Das parlamentarische Abnicken vorgekauter exekutiver Fertigerichte gehört der Vergangenheit an.“

(*Norbert Frühauf* Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ja! – *Dr. Michael Freytag* CDU: Eine Geschäftsordnungsdebatte ist keine inhaltliche Debatte!)

C

Diese laute Aussage hat Herr Freytag vor einigen Wochen in diesem Hause gemacht. Wir stellen nun fest, dass diese Regierung die parlamentarischen Abläufe offensichtlich überhaupt nicht mehr im Griff hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben zwei Gesetze, die in Kürze in Kraft treten sollen, und Sie sind nicht in der Lage, diese Gesetze so rechtzeitig einzubringen und parlamentarisch zu beraten, dass eine ordnungsgemäße Behandlung überhaupt möglich ist. Das ist eine Feststellung, die wirklich bemerkenswert ist.

(*Dr. Michael Freytag* CDU: Aufräumarbeiten!)

Im Bereich der HEW gab es keine Ausschussbefassung. Ich möchte vorschlagen, dass man Herrn Müller-Sönksen zitiert, der in diesem Zusammenhang von niedrigschwelliger Kontrolle der Regierung gesprochen hat.

(*Burkhardt Müller-Sönksen* FDP: Das kennen Sie gar nicht!)

Zumindest soll es so niedrigschwellig sein, Herr Müller-Sönksen, dass wir uns am Ende, wenn es um Gesetze und viel Geld geht, auf die Medien verweisen lassen sollen. Das ist alles nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Rolf Kruse* CDU: Zur Geschäftsordnung!)

Wenn die SPD-Fraktion in diesen drei wesentlichen Fragen – es geht um die Juristenausbildung, um die Hochschulfragen und um die Option für die HEW – Ihrem Antrag dennoch zustimmt, dann aus einem einzigen Grund, weil es um die Sache in Hamburg geht. Deshalb werden wir zustimmen. Das parlamentarische Verfahren ist absolut abscheulich und unerträglich. Sie werden das in Zukunft korrigieren müssen. Sie dürfen nicht damit rechnen, dass die Opposition immer so nachsichtig ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Verena Lappe* GAL)

D

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Maaß.

Christian Maaß GAL (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stimmen dieser Änderung der Tagesordnung nicht zu. Es geht hier um zwei wichtige Gesetzentwürfe des Senats mit weitreichenden Konsequenzen, nämlich im Hochschulgesetz und in der Juristenausbildungsverordnung und jetzt – wie wir gehört haben – die G10-Nachwahl.

Die Gesetzentwürfe sind den Bürgerschaftsabgeordneten vor 14 Tagen zugegangen. Wie es sich gehört, sind sie auch im Vorwege dem Ausschuss überwiesen worden. Dort sollte man auch über den Inhalt dieser Gesetzentwürfe und die weitreichenden Konsequenzen, die diese Gesetze hervorrufen werden, beraten, so wie es für Gesetzentwürfe üblich ist und wie es sich gehört.

Anstelle dessen wollen Sie jetzt diese Gesetzentwürfe aus den Ausschüssen herauszerren, um sie hier im Schnell-durchgang abzunicken. Das ist ein Gesetzgebungsverfahren, das diesen Namen eigentlich nicht wirklich verdient hat.

(Beifall bei der GAL und bei *Jan Ehlers* SPD)

(Christian Maaß GAL)

- A Es sollen wichtige Gesetzentwürfe, von denen die Abgeordneten erst vor kurzem Kenntnis erlangt haben, in zwei Lesungen innerhalb von zwei Tagen durchgepeitscht werden, ohne dass überhaupt die Möglichkeit besteht, sich ernsthaft mit diesen Gesetzen auseinander zu setzen. Auch die Nachwahl des G10-Ausschusses sehe ich so, dass hier eine Filzentscheidung im Schnelldurchgang durchgepeitscht werden soll.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich halte das Vorgehen für vollkommen verfehlt, denn normalerweise gilt der Grundsatz, dass ein Gesetz, das der Senat oder eine Regierung einbringt, niemals so das Parlament verlässt, weil man im Ausschuss immer noch Verbesserungsmöglichkeiten findet. In den Ausschussberatungen wäre es eigentlich auch üblich und notwendig gewesen, tatsächlich einmal die Betroffenen anzuhören, in diesem Fall die Studenten und Referendare. All das wird jetzt unmöglich, weil Sie die Gesetzentwürfe aus den Ausschüssen herausziehen. Die Bürgerschaft degradiert sich mit diesem Verhalten zu einem bloßen Abnickverein des Senates.

(Beifall bei der GAL)

Für mich reiht sich das in eine ganze Kette von Missachtung des Parlamentes ein. Sie verweigern Ausschusshörungen, wo sich diese aufdrängen – ich erinnere an die Lex Airbus –,

(Wolfhard Ploog CDU: Zur Geschäftsordnung!)

der Senat veranstaltet Pressekonferenzen, während die Bürgerschaft tagt.

(Glocke)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Maaß, Ihre Redezeit ist beendet.

Christian Maaß (fortfahrend): All dies macht deutlich, dass dieses Parlament für Sie nicht mehr als eine Quasselbude ist.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Maaß, für das Wort Quasselbude rufe ich Sie zur Ordnung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die beantragten Ergänzungen der Tagesordnung.

Wer die Tagesordnung um die Drucksache 17/1058, den Bericht des Wissenschaftsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes, ergänzen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Es gab keine Enthaltungen. Die Tagesordnung ist mit großer Mehrheit so ergänzt worden. Der Ausschussbericht wird dann als Tagesordnungspunkt 36a in die Tagesordnung aufgenommen und anstelle von Drucksache 17/868 debattiert.

Nächste Abstimmung. Wer möchte, dass der unter „nachrichtlich“ mitgeteilte Punkt, Drucksache 17/901: Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung der Juristenausbildungsordnung, in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Ent-

haltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist das mit Mehrheit so erfolgt. Diese Drucksache wird dann als Tagesordnungspunkt 18a in die Tagesordnung eingestellt.

Wer darüber hinaus die Tagesordnung um die Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft zur Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, Drucksache 17/1077, ergänzen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist das mit großer Mehrheit so beschlossen worden. Die Drucksache wird als Tagesordnungspunkt 2b in die Tagesordnung aufgenommen. Die Wahl wird morgen im Anschluss an die Fragestunde durchgeführt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Dramatische Steuereinnahmeausfälle bei der Freien und Hansestadt Hamburg aufgrund der verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung

von der SPD-Fraktion

Halbe Betreuung oder volle Bezahlung: Kinderbetreuung nur noch für Hausfrauen?

von der CDU-Fraktion

Pleitenrekord durch rotgrüne Wirtschaftspolitik

von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Neue Wege der Graffiti-Bekämpfung

und von der GAL-Fraktion

Poller-Schill missachtet historische Bedeutung des Joseph-Carlebach-Platzes

Zunächst zum ersten Thema. Das Wort hat Frau Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Seit Amtsantritt im vergangenen Oktober muss der Senat die Erwartungen hinsichtlich der Steuereinnahmen laufend nach unten korrigieren. Die Mai-Steuerschätzung 2001, also im vorigen Jahr, hatte den Abwärtstrend bereits angekündigt, doch angesichts der Wahl sah sich der rotgrüne Senat keineswegs veranlasst, auf die Ausgabenbremse zu treten, nein, bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2002 vor einem Jahr verkündete man noch frohgemut das Ende des Sparkurses.

Mit dem Kassensturz im Herbst nach der Wahl kam die wahre Wahrheit ans Tageslicht. Insgesamt fehlten am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr rund 630 Millionen Euro Steuereinnahmen in der Hamburger Kasse und in der Zukunft ist leider keine Besserung zu erwarten. Das ergibt die mittelfristige Finanzplanung. Zwischen den beiden Mai-Steuerschätzungen 2001 und 2002 wird es bei den für Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen in den einzelnen Jahren zu einer Niveaumverschiebung von minus 400 Millionen Euro in jedem Jahr kommen. Sollte dann noch die letzte Stufe der Eichel'schen Steuerreform im Jahr 2005 in Kraft treten, werden wir noch mal ein Minus von 100 Millionen Euro Steuermindereinnahmen zu verkraften haben.

C

D

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

A Was sind die Ursachen? Ursache Nummer eins ist die verfehlte Finanzpolitik. Die Steuerreform ist gründlich misslungen, ihre Auswirkungen auf das Steueraufkommen sind völlig falsch eingeschätzt worden und außerdem ist sie extrem mittelstandsfeindlich. Man sieht die Mittelstandsfeindlichkeit sehr gut beim Steueraufkommen. Die Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer sind relativ moderat, aber die Körperschaftsteuereinnahmen sind fast auf Null zurückgegangen. Wir haben hier eine gigantische Umverteilung. Vor allen Dingen wurde die Steuerreform auch nicht durch Aufgabenkritik und Einsparungen finanziert, sondern durch die so genannte Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, an der alle Unternehmen beteiligt sind, sowohl die großen als auch die kleinen, dass aber die ertragssteuerliche Entlastung nur bei den Großen stattfand, nämlich bei den Kapitalgesellschaften. Dazu gehört auch noch das schöne Thema Betriebsveräußerung. Auch da haben die Kapitalgesellschaften null Steuern zu zahlen. Bei den Ein-Personen-bezogenen Gesellschaften sind dann, wenn auch mit einigen Freibeträgen verbunden, doch wieder die Steuern zu zahlen.

Wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren – wir haben die Entlastung in den unteren Einkommensbereichen und praktisch in den oberen Großunternehmen, in den großen Kapitalgesellschaften –, dann wird auf Dauer gesehen dieser Staat nur noch vom Mittelstand finanziert werden. Das ist eine wirklich gefährliche Entwicklung. Wir sehen auch an der wirtschaftlichen Entwicklung, wozu das führt.

Die Haushaltkskonsolidierung ist Herrn Eichel eben überhaupt nicht gelungen. Wir haben auch noch eine zweite Ursache für die Entwicklung: Das ist eine Wirtschaftspolitik, die quasi nicht vorhanden ist, und eine Arbeitsmarktpolitik, die völlig verfehlt ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Auch wenn wir uns von der Weltkonjunktur nicht abköpfeln können, so sind doch die Wirtschaftsprobleme in unserem Land zu einem großen Teil hausgemacht. Mit der Überregulierung des Arbeitsmarktes betreibt Rotgrün seit vier Jahren ein gigantisches Beschäftigungsverhindungsprogramm. Das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit blockiert Wege in die Existenzgründungen. Jede neue so genannte Reform ist mit einem Wust von Bürokratie verbunden, Beispiel Riester-Rente, die deshalb auch niemand annehmen mag. Die Lohnnebenkosten wurden nicht gesenkt, wie versprochen. Man hat die Steigerung nur mit einem neuen Steuermäntelchen verdeckt und verkleidet, nämlich der Ökosteuer. Mit zahlreichen Steuererhöhungen, wie zum Beispiel Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin –, hat man den Verbrauch auch noch abgewürgt, weil die Leute weniger Geld in den Taschen haben. Wer will es also den Verbrauchern verdenken, dass sie sich zurückhalten, und wer will es den Unternehmen verdenken, dass sie keine Leute einstellen. Solange die Wirtschaft nicht in Fahrt kommt, können die Steuerquellen auch nicht sprudeln.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Pauly, dass Sie hier sagen, die

Haushaltkskonsolidierung der Bundesregierung sei verfehlt, wundert mich doch sehr. Anscheinend haben Sie verdrängt, dass Sie 16 Jahre zusammen mit der CDU dafür gesorgt haben, dass die Schulden in der Bundesrepublik ins Unermessliche gestiegen sind. Das ist doch Fakt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

1998 beim Regierungswechsel betrug die Bundesschuld 740 Milliarden DM.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Erich Honecker lässt Grüßen!)

Die Konsolidierung ist das Ergebnis der Politik von Herrn Kohl und Ihnen, Herr Müller-Sönksen, und die FDP hat einen großen Teil Mitschuld daran.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Lachen bei der FDP)

Herr Kollege Müller-Sönksen, ich weiß gar nicht, warum Sie lachen. Wenn Frau Pauly sich hier hinstellt und behauptet, die Steuerpolitik der Bundesregierung würde zu den Einnahmeausfällen in dieser Stadt führen, dann frage ich mich, wie Sie eigentlich zu diesen Steuerplänen kommen, die Sie der Bevölkerung versuchen zu verkaufen

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Einfach, niedrig und gerecht!)

mit Steuersätzen von 15, 25 und 35 Prozent,

(Beifall bei der FDP)

wo doch jeder weiß, dass das überhaupt nicht zu finanzieren ist. Die Forderung, die Sie und die CDU aufstellen, die Staatsquote unter 40 Prozent zu senken, hieße Einnahmeausfälle in dieser Republik von 170 Milliarden Euro.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie können sich vor Steuereinnahmen nicht retten!)

Der Bundeshaushalt beträgt 246 Milliarden Euro. Erzählen Sie doch mal, wie die Stadt dieses verkraften soll, was Sie hier propagieren. Das ist steuerpolitische Geisterfahrt und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Fakt ist jedenfalls, dass die rotgrüne Bundesregierung erst einmal das aufräumen musste, was Kohl und Sie hinterlassen haben.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Ich erinnere noch mal daran: 1998 4,5 Millionen Arbeitslose. Jetzt sind wir bei 3,9 Millionen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Die Arbeitslosen sind alle in Rente gegangen!)

Auch das ist nicht gut. Das sind auch noch zu viele.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber es sind immerhin 500 000 weniger als zu Ihrer Regierungszeit. Das ist ein Fakt, der festzustellen ist bei 1,2 Millionen Arbeitsplätzen, die es mehr gibt. Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, aber die Fakten sind nun einmal so.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich erinnere mich noch gut an die Forderung von CDU und FDP, man möge doch die Stufen der Steuerreform 2003 und 2005 vorziehen. Was hieße das denn für die Einnahmesituation in dieser Stadt? Darüber verlieren Sie kein Wort. Es ist im höchsten Maße falsch, was Sie hier sagen.

C

D

(Ingo Egloff SPD)

- A Es ist nicht solide und auch nicht durchfinanziert. Deswegen sagen Sie auch nicht, wie Sie es finanzieren wollen. Sie behaupten einfach etwas, ohne den Beweis antreten zu können, dass es funktioniert.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Gucken Sie sich doch um!)

Es ist auch nicht richtig, Frau Pauly, dass der Mittelstand die Hauptlast in diesem Land bei den Steuern trägt. Das sind nach wie vor die Arbeitnehmer in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat nach seinen Untersuchungen bestätigt, dass die Personengesellschaften als Ergebnis der Steuerreform geringer belastet werden als Kapitalgesellschaften, weil die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anzurechnen ist. Die durchschnittliche Belastung des Mittelstandes liegt bei 31 Prozent.

(Rose-Felicitas Pauly FDP: Nur zum Teil!)

Hören Sie auf, hier irgendwelche Parolen zu verbreiten, versuchen Sie nicht, mit den alten Kamellen wie Scheinselbstständigkeit zu kommen, sondern sagen Sie, wie Sie das, was Sie vorschlagen, finanzieren wollen. Das sind Sie bisher schuldig geblieben. Solange Sie da keine Antwort haben, werden Sie mit Ihrer Harakiri-Steuerpolitik in dieser Republik auch nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Tants.

- B **Henning Tants** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Egloff, wenn Sie heute zu Aldi gehen und der Verkäuferin auf die Frage, ob es richtig sei, dass sie bis Ende Mai mehr Steuern gezahlt habe als manches Großunternehmen in dieser Republik, mit Ja antworten müssen und dann zu ihr hingehen und sagen, Schuld ist der alte Kohl, dann ist das Kohl.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Das sind Fakten, die Sie sehen müssen. Wenn ich dann lese, Herr Grund, dass das mit diesen 1,7 Milliarden Euro in der Bundestagsdebatte in der Aktuellen Stunde auch schon hochgezogen worden ist, dann sind das alles nicht ernst zu nehmende Dinge. Wenn ich eins und eins zusammenzähle, dann sind das zwei. Das ist richtig.

(Michael Neumann SPD: Schuldenreduzierung! Schuldenabbau!)

Wenn ich dann aber sehe, dass wieder eins davon abgezogen werden muss, und das vergesse, dann komme ich wissentlich zu falschen Zahlen. Fakt ist, meine Damen und Herren, dass Deutschland unter Rotgrün von den 15 Mitgliedstaaten Schlusslicht geworden ist. Fakt ist, dass sich zunehmend eine Schieflage im Haushalt und der Verschuldung von Bund und Ländern zu Lasten der Länder feststellen lässt. Das sagen sogar Ihre Kollegen SPD-Finanzminister. Horchen Sie mal in die Fraktionen der einzelnen Landtage.

Meine Damen und Herren! Was ist denn Ursache dafür? Bei der Deutschen Einheit ist noch ganz bewusst gesagt worden, dass die Länder das nicht wuppen können. Die

Einheitsfinanzierung muss zum großen Teil der Bund tragen. Was machen Sie denn jetzt?

(Michael Neumann SPD: Schuldenabbau, investieren in die Zukunft!)

Sie nehmen die Steuern, die Sie haben können, zum Beispiel Verbrauchssteuern, die Ökosteuer,

(Rose-Felicitas Pauly FDP: Und die Tabaksteuer!)

UMTS-Erlöse, die behalten Sie fein für sich, Bundesbankgewinne und all diese Dinge, die behält der Bund wunderbar für sich, sagt, das ist ganz toll. Es geht ja sogar so weit, dass dem Bundesfinanzminister sogar gesagt wird, die Länder haben so wenig Geld, dass sie die Kofinanzierung gar nicht mehr hinbekommen. Das nehmen wir auch noch zum Einsparen. Das, meine Damen und Herren, ist unsozial, weil das letztlich dazu führt, dass Länder und Gemeinden keine Finanzierungsspielräume mehr haben, Schwimmbäder schließen müssen und anderes.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, Landtagsdebatten durchzulesen. Da klagen Ihre Kollegen von der SPD in Baden-Württemberg über genau das Gleiche. Da sind sich alle Haushaltspolitiker der Länder einig. Nur Sie hier in Hamburg sagen, das war der alte Kohl. Meine Damen und Herren, das kann nicht angehen.

Nehmen Sie doch einmal das Körperschaftsteuereinkommen. 24 Milliarden Euro haben wir in 2000 gehabt. Das ist auf minus eine halbe Milliarde abgesackt in 2001. Das ist doch keine solide Steuerpolitik. Sie entlasten die Unternehmen und vergessen den Unternehmer. Sie haben völlig Recht, Herr Egloff, wenn Sie sagen, den größten Teil trägt der Arbeitnehmer. Nur, was haben Sie dem alles weggenommen und in Berlin behalten? Die Ökosteuer. Wo ist denn die geblieben? Der Verbraucher hat sie gezahlt. Die Kosten der Sozialsysteme sind nicht deutlich runtergegangen, wie versprochen. Wo ist das? Das ist in den Bundeshaushalt eingeflossen.

(Ingo Egloff SPD: Sie wären bei 22 Prozent!)

Dann sagen Sie dem Arbeitnehmer heute ganz einfach, Herr Egloff, ja, meine liebe Verkäuferin bei Aldi, du merkst zwar heute nichts davon, du merkst zwar heute, dass du weniger im Portemonnaie hast, aber 2005 da merkst du was davon. Wenn der Bund Länder und Gemeinden weiterhin so hängen lässt, meine Damen und Herren, und erst 2005 reagieren will, dann haben Sie den Aufstand in dieser Republik, weil die Leute nicht mehr können. Das sollte genügen für die erste Runde.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Fröhlauf.

Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was wir hier gehört haben, ist gewiss nichts Neues.

(Ingo Egloff SPD: Das stimmt!)

Was wir, Herr Egloff, schon gar nicht gehört haben, ist, warum die Bundesregierung im Amt bleiben soll, warum sie das fortsetzen soll, was sie in den letzten vier Jahren angerichtet oder besser gesagt alles nicht angerichtet hat.

(Ingo Egloff SPD: Weil wir Haushaltskonsolidierung betreiben, im Gegensatz zur FDP und CDU und Sie haben sowieso kein Konzept!)

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Sie fordern, dass hier Beweis angetreten wird für eine bessere Politik der nächsten Jahre, und vergessen, dass Rotgrün bereits jetzt Beweis für das Versagen Ihrer Politik der letzten vier Jahre angetreten hat.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Ingo Egloff SPD: 16 Jahre Kohl und 4,5 Millionen Arbeitslose!)

Meine Damen und Herren! Deutschland wird Weltmeister. Das steht so gut wie fest. Nur wir können nicht in allem Weltmeister sein. Wir wollen auch nicht Weltmeister sein, wie Rotgrün es im Bereich der Pleiten von Unternehmen geschafft hat. Hier sind wir bereits Europameister im Jahre 2001 und in diesem Jahr wird mit 40 000 Insolvenzen gerechnet. Das ist eine der größten Zahlen, die Deutschland in diesem Bereich je verzeichnen musste.

Auch im Bereich der Unternehmensgründungen ist Deutschland Schlusslicht auf Platz 22 von 29. Es ist – wie der Leiter der Deutschen GMN sagt – besorgniserregend, dass zwei Drittel der untersuchten Staaten ein signifikant besseres Ergebnis haben als Deutschland. Auch das ein Ergebnis verfehlter rotgrüner Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Deutschland ist ebenfalls Schlusslicht und nicht Weltmeister im Wachstum. Mit 0,6 Prozent ist das Wirtschaftswachstum zu gering und mit über vier Millionen Arbeitslosen im Jahresschnitt hat der Kanzler nicht das erreicht, was er versprochen hat. Er hat nämlich versprochen, er wolle sich am Stand der Arbeitslosigkeit messen lassen. Er hat Recht. Sein Versagen in der Arbeitsmarktpolitik ist ein weiterer Grund, ihn nicht wieder zu wählen.

- B Wirtschaftsminister Müller hat auf der EXPO 300 Millionen für den Mittelstand versprochen. Geflossen ist keine Mark und kein Euro. Ein leeres Versprechen. Drei Monate vor der Bundestagswahl verkündete der gleiche Wirtschaftsminister, eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Also auch hier nichts als leere Versprechungen.

Meine Damen und Herren! Das sind die Früchte vier Jahre rotgrüner Bundespolitik. Die Steuerpolitik hat ebenfalls nicht zu Verbesserungen geführt. Wir haben festzustellen, dass es immer noch einen Dschungel von Vorschriften, Hemmnissen im wirtschaftlichen wie im steuerlichen Bereich gibt, die es dringend zu beseitigen gilt. Wir haben hier eine negative Bilanz vorgefunden.

(Michael Neumann SPD: Wenn Sie den Außenminister stellen, können Sie alles ändern!)

Vielelleicht liegt es daran, dass der Bundeskanzler noch vor vielen Jahren gesagt hat, er sei Marxist. Er hat damals noch Produktionsmittel verstaatlichen und Investitionen lenken wollen. Meine Damen und Herren, davor ist Gerhard Schröder abgerückt. Wenn wir ihm das glauben können und wollen, dann müssen wir uns allerdings fragen, warum er ausgerechnet in Berlin mit der Nachfolgepartei der staatlich gelenkten Murkswirtschaft ein Bündnis toleriert.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Er hat offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass staatliche Lenkung und Verwaltung, Vorschriftendschungel und Bürokratie nicht Marktwirtschaft, sondern Murkswirtschaft sind, und die staatlich gelenkte Murkswirtschaft, meine Damen und Herren, muss überwunden werden.

Im Jahre 2002 besteht aber in Deutschland die Möglichkeit, eine bessere Wirtschaftspolitik zu machen. Das Grundübel ist – das sage ich auch deutlich an die damalige Regierung Kohl gerichtet –, dass den schönen Sonntagsreden keine Taten gefolgt sind. Es wird Zeit, dass das, was Rotgrün und Konservativ-liberal in den letzten 20 Jahren haben liegen lassen, wider besseren Wissens jetzt in die Tat umgesetzt wird. Dazu bedarf es mutiger Politik. Dazu bedarf es auch, dass man jetzt die Reformen durchführt. Es reicht nicht, Sonntagsreden zu halten, denn die hören wir schon viel zu lange.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Ich rufe Sie alle dazu auf: Wirken Sie auf Ihre Parteien, wirken Sie auf Ihre Politiker ein, dass die Reformen, die das Haus Deutschland braucht, um saniert zu werden, nunmehr angegangen werden. Deutschland braucht keine Reparaturen und kein Flickwerk, wir brauchen die Grundsicherung der wirtschaftspolitischen und vor allen Dingen der ordnungspolitischen Fundamente. – Danke schön.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frühauf, was Sie gerade zu diesem – das gebe ich zu – komplexen Thema gesagt haben, zeigt eines: Ihre Partei ist programmatisch überhaupt nicht in der Lage, bei Bundesthemen mitzumischen. So wie Sie hier reden, sollte man es lieber lassen. Das wäre besser.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie scheinen auch kein Problem damit zu haben, Herrn Schröder wegen angeblich staatlicher Murkswirtschaft anzugreifen, und beklagen, dass eine ungerechte Steuerentlastung für die Unternehmen stattfindet. Das ist richtiger Blödsinn. Mein Kollege Christian Maaß hat Recht: Wie Sie sich im Parlament bewegen, da werden wir eine richtig dumme ... – das darf man ja nicht sagen, Sie tragen aber dazu bei, das ist peinlich.

(Lachen bei Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dass Sie darüber noch lachen, ist traurig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich sage noch eines: Wenn Sie aus Verlegenheit gelacht haben, dann sind Sie vielleicht auf dem Weg der Besserung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte auf die Partei eingehen, die das Thema anmeldet hat.

Die Freien Demokraten sind nun wirklich bekannt als die „Möchte-Allzugern-Steuersenkungspartei“; hierin kann sie keiner schlagen. Es ist ein dolles Ding, dass Sie das Thema „Dramatische Steuereinbrüche für Hamburg“ zur Aktuellen Stunde anmelden. Das ist unverständlich, weil Sie keine kritische Reflexion auf Ihr Wirken betreiben, sondern sich tatsächlich und ernsthaft auf Rotgrün beziehen. Und das möchte ich Ihnen kurz erklären.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wie hätten wir es machen sollen?)

C

D

(Anja Hajduk GAL)

A Sie haben in den letzten 25 bis 30 Jahren die Wirtschaftspolitik und auch die Steuerpolitik dieses Landes geprägt.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Da haben Sie Recht!)

Wissen Sie, wie die Situation Ende 1997 war? – Es wurden in Deutschland Gewinne gemacht, teilweise boomte die Wirtschaft, aber dieses Wachstum war vom Arbeitsmarkt und von den Steuereinnahmen entkoppelt. Das war ein richtig wirtschaftspolitischer Unsinn, den wir Ende 1997 übernehmen mussten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben dann eine Steuerreform durchgeführt und – im Unterschied zum letzten Jahr – in den ersten Jahren von einem Wirtschaftswachstum profitiert. Das Wirtschaftswachstum ging einher mit Mehrbeschäftigung und mit höheren Steuereinnahmen. Wir haben zum Glück sofort den Beweis antreten können, dass man trotz Globalisierung steuerpolitisch umsteuern kann. Das werden wir auch weiter brauchen.

(Beifall bei der GAL und der FDP)

Unserem Finanzsenator darf man dankbar sein. Er hat im Haushaltsausschuss allen Fraktionen die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform von Rotgrün zur Verfügung gestellt und für wichtige Parlamentarier erklärt.

Ich zeige Ihnen hier Grafiken aus den Jahren 1993 bis 1997, die Sie von dahinten fast erkennen müssten: Einbrüche bei den Steuereinnahmen, auch bei der Einkommensteuer.

(*Rose-Felicitas Pauly FDP:* Gehen Sie mal bitte nach rechts!)

B Sie können es auch sehen bei den nicht veranlagten Ertragsteuern. Ich komme gleich auf die Kurve hier unten, davor habe ich keine Angst. Es ist zu verstehen, Frau Pauly, warten Sie es ab.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann folgte eine höhere Einkommensteuerentwicklung. Danach kommt ein richtiger Einbruch, den Herr Peiner mit vielen Worten erklärt hat: Das sind die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform. Es gab – das ist in diesem Land bekannt, weil es Ende Januar/Anfang Februar alle Zeitungen geschrieben haben – eine Systemumstellung, die für die Europatauglichkeit der deutschen Unternehmensbesteuerung wichtig ist. Diese Systemumstellung hat wegen der Anwendung des alten Rechts insbesondere in 2001 dramatische Auswirkungen. Das wird zum Glück auch nicht von Politikern wie Lothar Späth bezweifelt, der unsere Steuerreform für insgesamt ganz gelungen hält.

Es gibt nur immer wieder Menschen, die nicht gern die Wahrheit sagen oder sich nicht kundig machen, dass zwei Drittel der Körperschaftsteuereinbrüche auf die Anwendung alten Rechts, auf die lahrende Konjunktur, und – passen Sie auf – zu einem Drittel auf die Absenkung der Tarife zurückzuführen sind. Die Absenkung der Tarife haben wir gewollt, aber darin wollen Sie uns noch toppen.

Ich werde mich in dieser Debatte noch einmal zu Wort melden, weil ich bei dem steuerpolitischen Unsinn, den wir zu erwarten haben, wenn Sie in Berlin an die Regierung kommen, noch nicht ganz zu Ende gekommen bin. Das möchte ich noch ausführen, denn es ist noch dramatisch genug.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz aller Dramatik in den Ausführungen meiner Vorrrednerin, der Grafiken, Tabellen und Statistiken muss man feststellen: Die Eichel-Reform hat riesige Steuerausfälle, aber nichts an zusätzlicher Beschäftigung gebracht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Alexander Porsche GAL:* Jetzt spricht der Blinde von der Farbe!)

Deswegen möchte ich mit allem Nachdruck sagen: Die Steuersituation ist wirklich mit ernster Sorge zu betrachten. Wir werden in den kommenden Jahren Einnahmeverluste von jährlich 400 Millionen Euro zu verzeichnen haben. Da muss es einen Sozialdemokraten schon sehr schmerzen, wenn diese Steuerausfälle vor allen Dingen dadurch eintreten, dass gerade die großen Körperschaften – Aktiengesellschaften und GmbHs – faktisch keine Steuern mehr bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben bei der Körperschaftsteuer einen Verlust – das hat Kollege Tants vorhin ausgeführt – von 20 Milliarden Euro. Das ist eine unfassbare Zahl. Finanzsenator Peiner hätte, wenn die Steuerreform nicht in dieser falschen Weise durchgeführt worden wäre, Jahr für Jahr 400 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt. Der größte Teil seiner Sorgen würde dann nicht mehr auf seinem Haupt liegen und wir hätten wieder einen finanziell positiven Handlungsspielraum in Deutschland.

(*Michael Neumann SPD:* Sie müssen nicht regieren, wenn Sie nicht wollen! – Glocke) D

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Eine Sekunde.

Was das bedeutet, wird an der Steuerlast deutlich, die ein großes Unternehmen wie Volkswagen kürzlich veröffentlicht hat. Der Volkswagen-Konzern hat seinen Vorsteuergewinn um 37 Prozent gesteigert; das ist eine erfreuliche Mitteilung. Wir freuen uns, wenn die Unternehmen Gewinne machen.

(*Thomas Böwer SPD:* Das nenne ich Steuerreform!)

Der Gewinn nach Steuern stieg jedoch nicht um 37 Prozent, sondern um 144 Prozent. Das ist der Fehler, den man diesem Steuersystem anrechnen muss. Hier sind völlig unnötigerweise Faktoren in das Steuersystem eingebaut worden, die vor allen Dingen eines produziert haben: Steuerausfälle, die aber keinerlei positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Bitte die Zwischenfrage.

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL:* Herr Senator, ich beziehe mich auf die Umstellung in der Steuersystematik, die Sie vor zwei Sätzen erwähnt haben. Können Sie mir erklären, warum Herr Stoiber diese Systemumstellung

(Anja Hajduk GAL)

- A erhalten will, obwohl Sie hier gesagt haben, dass diese eigentlich nicht zu verantworten gewesen wäre?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Frau Kollegin Hajduk! Wenn Sie ein Steuersystem umstellen, dann führt das zu sehr schmerzhaften Prozessen in den Unternehmen. Als einer, der ständig dafür gearbeitet hat, kann ich nur sagen, dass wir zu einem verständlichen Steuersystem in Deutschland kommen müssen. Wir sollten das System nicht noch einmal kurzfristig umstellen, sondern eine richtige, langfristige Reform machen. Die FDP-Vorschläge von 15, 25, 35 Prozent klingen ein bisschen nach 8, 18, 28 Prozent von Gunnar Uldall.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Darüber wollen wir uns aber nicht streiten. Über die Vaterschaft zu streiten, lohnt sich eigentlich immer nur dann, wenn das Kind besonders hübsch geworden ist.

(Michael Neumann SPD: Das war eine Missgeburt!)

Deswegen wollen wir das jetzt nicht tun, sondern gemeinsam an der Zielsetzung arbeiten.

Das Absenken der Steuerarten ist richtig gewesen. Aber Eichel hat es fertig gebracht, eine Absenkung vorzunehmen, ohne in der Steuerstruktur auch nur irgendetwas zu erreichen.

Normalerweise bedeutet ein Reduzieren der Steuersätze, dass die Wirtschaft anfängt zu boomen und neue Arbeitsplätze entstehen. Bei Eichel ist genau das Gegenteil eingetreten. Es ist nicht mehr Wirtschaftswachstum entstanden, wir haben die seit langem schlechteste Wachstumssituation und eine verheerende Lage auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen sage ich: Das hat sich die rotgrüne Koalition in Berlin anzuziehen. Sie tragen die Verantwortung dafür,

(Farid Müller GAL: Ihre Länderkollegen haben aber zugestimmt!)

dass es eben zu keinem vernünftigen Aufschwung gekommen ist, wie er aufgrund einer richtigen Steuerreform zu erwarten gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Hauptursache der schlechten Lage in Deutschland ist der übermäßige Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt. Diese Staatsquote – die ich einmal als den Indikator bezeichnen möchte, in welchem Umfang der Staat der Wirtschaft freien Lauf lässt –, hat sich in allen europäischen Ländern zurückentwickelt. Ich nenne einige Zahlen:

In Finnland waren es in den letzten sieben Jahren minus 10 Prozent, in Schweden minus 8 Prozent, in Italien minus 7 Prozent und in den Niederlanden minus 7 Prozent. Es gibt nur ein Land, in dem die Staatsquote auf dem gleichen Stand wie 1998 ist: die Bundesrepublik Deutschland. Deswegen hat Herr Frühauf völlig richtig gesagt, dass wir in Deutschland langsam zum Schlusslicht auf allen wirtschaftlichen Gebieten geworden sind.

Mehr Freiraum für die private Wirtschaft bedeutet auch das Entstehen von mehr Arbeitsplätzen. Je mehr Staat, desto weniger Arbeitsplätze, desto mehr Arbeitslosigkeit. Diese Grunderkenntnis zeigt die Entwicklung aller europäischen Nachbarländer. Deutschland sollte daraus auch die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Ich möchte diese Gelegenheit aber nicht versäumen, um noch zwei Sätze zur Hartz-Kommission zu sagen.

Die Hartz-Kommission hat eine Fülle von guten Vorschlägen unterbreitet. Diese Vorschläge – bis auf einige wenige Punkte – teile ich. Sie sind weitgehend mit dem deckungsgleich, was ich an dieser Stelle schon mehrfach vorgetragen habe und worauf die Sozialdemokraten und die Grünen immer sehr kritisch reagierten.

(Ingo Egloff SPD: Das werden wir auch weitermachen!)

Es sollte Ihnen zu denken geben, dass eine von der rot-grünen Regierung eingesetzte Kommission

(Anja Hajduk GAL: Absichtlich, wir wollen doch was lernen!)

unsere unterbreiteten Vorschläge ausdrücklich bestätigt hat. Wenn drei Monate vor einer Bundestagswahl die eigene Kommission der Bundesregierung bestätigt, dass eine Kehrtwendung um 180 Grad erforderlich sei und die alten Wege zu nichts als nur zu mehr Arbeitslosigkeit führen würde, dann ist das an Peinlichkeit für die Bundesregierung nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deswegen wird dieser Senat seine Wirtschaftspolitik so fortsetzen, wie er sie begonnen hat. Es gibt keine Alternative zur Haushaltksolidierung, zur wirtschaftsfreundlichen Politik für Handwerk und Mittelstand und für eine Politik, die sich auf den Ersten Arbeitsmarkt konzentriert nach der Devise: Fördern, Fordern, Effizienz. Wenn wir diese Politik durchhalten, dann leisten wir einen positiven Beitrag für die Entwicklung der Wirtschaft auch in Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller-Sönksen.

(Michael Neumann SPD: Jetzt kommt endlich mal Sachverstand in die Debatte!)

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Herr Egloff, Sie haben natürlich versucht, den Kollegen der Bundesregierung das Wort zu reden. Aber die Märchenstunden von Herrn Eichel und dem Wirtschaftsminister Müller in Berlin sind unredlich.

Sie sind weiterhin ein Beweis dafür, dass die Sozialdemokraten in Berlin – aber auch in Hamburg – offensichtlich nur in der Lage sind, in großen Einheiten wie zum Beispiel an VW zu denken. Das ist weiß Gott keine kleine Firma. Wenn Sie sich einmal den Anteil von VW am Bruttoinlandsprodukt – also das, was erwirtschaftet wird – anschauen, dann ist dies nur ein sehr kleiner Teil des prominenten Konzerns.

Auch bei der von Ihnen durchgeföhrten Steuerreform haben Sie die inhabergeführten Firmen und Unternehmungen tatsächlich nicht berücksichtigt, diese steuerlich auch benachteiligt und diskriminiert. Das ist einer der wesentlichen Punkte, die wir nach dem 22. September mit der neuen Bundesregierung ändern werden.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

A (Beifall bei *Ekkehard Rumpf FDP*)

Die Bundesregierung versucht jetzt, ihre schlechten Leistungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit falschen Argumenten und Unwahrheiten zu kaschieren. Es ist geradezu dreist, wenn Hans Eichel erneut von Steuerausfällen durch das liberale Steuerkonzept in Höhe von 71 Millionen Euro warnt. Die FDP will nicht nur die Steuersätze senken, sondern auch Ausnahmetatbestände, die Sie weiterhin belassen haben, drastisch abbauen.

Sie ergeben nämlich nur Steuerausfälle – die auch von Herrn Eichel anerkannt wurden – von maximal 33 Millionen Euro und bedeuten eine Entlastung. Das verwechseln Sie die ganze Zeit. Wenn durch eine Steuersenkung Steuerausfälle folgen, dann wird bei den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland genau der gleiche Betrag belassen. Das heißt, Sie schaffen Kaufkraft in Höhe der Steuersenkung und senken damit die Staatsquote. Das ist das Ziel und die Kehrseite der Medaille und das muss den Bürgern doch gesagt werden.

(*Michael Neumann SPD*: Da klatschen selbst Ihre Leute nicht! – *Ingo Egloff SPD*: Das ist ja Klasse! Machen Sie weiter!)

– Ich finde es toll, dass Sie Weiteres hören wollen. Herr Egloff, werden Sie redlich in Ihren politischen Auseinandersetzungen.

Ebenso realitätsverzerrend sind die Behauptungen von Monopolminister Müller, der deutsche Exportanteil und die ausländischen Direktinvestitionen seien gestiegen. Das sind in Zeiten der Globalisierung relativ schwache Argumente. Hamburg lebt von Exporten und ist Drehscheibe für Exporte. Deswegen ist für uns der Exportanteil von existenzieller Bedeutung.

B Andere Industrieländer schneiden viel besser ab. So sind in Euro-Land – und das ist in Deutschland und in Hamburg der Maßstab – seit 1998, seitdem Sie in Berlin die Regierung übernommen haben, die Exportsteigerungen deutlich höher ausgefallen als in Deutschland. Der deutsche Exportanteil innerhalb der OECD ist sogar rückläufig.

Mit Sondereffekten darf Herr Müller die Direktinvestitionen – wie zum Beispiel bei der Vodafone-Mannesmann-Übernahme im Jahre 2000 – nicht schönrechnen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt zieht Deutschland nur halb so viel Direktinvestitionen an wie der Rest der Europäischen Union.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Ja, weil die mehr machen!)

Das ist doch neben den schönen Sonntagsreden von Herrn Schröder, die er vielleicht auf einem EU-Gipfeltreffen hält, der beste Gradmesser. Wer investiert in Deutschland oder wer investiert lieber in den anderen europäischen Ländern? Das kann doch nicht so weitergehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich glaube, dass Rotgrün mit dieser Politik, die in absehbarer Zeit auch erkennbar zu weniger Arbeitsplätzen führt, immer weniger Wähler und Zuspruch erhält. Für diese Politik der Staatsgläubigkeit werden Sie auf Bundesebene am 22. September Ihre Quittung bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Ahrons.

C **Barbara Ahrons CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Egloff, ich möchte bei dieser Gelegenheit nach Ihrer Rede noch einen genaueren Blick auf die Leistungsbilanz von Gerhard Schröder und seinem Kabinett werfen.

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP*: Wieso Leistungsbilanz? Da ist nichts zu bilanzieren!)

Die rotgrüne Bundesregierung trägt doch die Verantwortung dafür, dass Deutschland als einstiger Wirtschaftsmotor in Europa jetzt die rote Laterne trägt: Niedriges Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten auf Rekordniveau, Anstieg der Schwarzarbeit, viel zu hohe Steuern und Abgaben und eine Staatsverschuldung in nie da gewesener Höhe. Das ist Ihre Leistungsbilanz.

Und die Folgen? Das sind nicht nur die vier Millionen Arbeitslosen, die auf der Straße stehen und vergeblich nach Arbeit Ausschau halten, sondern das sind auch die Bundesländer und Kommunen, die als direkte Folge dieser Politik unter Steuerausfällen in zig Milliarden Höhe leiden. Darauf sind Sie in Ihrer Rede doch gar nicht eingegangen. Wir wollen doch darüber sprechen, dass die Kommunen unter ihren Steuerausfällen leiden. Wir haben von Herrn Dr. Peiner im Haushaltsausschuss ein wunderschönes Papier bekommen, in das Sie einmal hätten hineinschauen sollen.

Wenn man Gesetze macht, sollte man eigentlich wissen, was man macht. Aber die Gesetzesfolgenabschätzung ist wohl nicht gerade die Stärke dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Es gab vor einigen Jahren in Hamburg eine Expertentagung über die Gesetzesfolgenabschätzung. Die damalige Bürgerschaftspräsidentin von der SPD erklärte – ich zitiere aus dem „Hamburger Abendblatt“ –:

„Sie“

– die Bürgerschaftspräsidentin –

„ging auch auf die Schwierigkeiten ein, etwa auf die Ermittlung der Kosten und Folgen von Gesetzen.“

(*Krista Sager GAL*: Gucken Sie sich mal Ihr Wahlprogramm an!)

Wörtliches Zitat:

„Wie soll der Gesetzgeber das wissen? Die nachteilig Betroffenen werden übertreiben. Manche Kosten sind gar nicht überschaubar. Auch vom Gesetzgeber darf man nichts Unmögliches verlangen.“

Aber Unmögliches bezahlen, das können wir.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Über solche Auswirkungen hat wohl in der Bundesregierung keiner nachgedacht. Ich brauche Ihnen nur das Beispiel von den 325-Euro-Jobs nennen. Hier gibt es eine Riesenbürokratie auf beiden Seiten, Arbeitsplätze verschwinden in die Schwarzarbeit und es gibt keine Steuern mehr für Staat und Kommunen. Der einzige Markt, der im Moment wächst, ist der Markt der Schwarzarbeit.

Über die Steuerreform der rotgrünen Bundesregierung haben wir vorhin schon gesprochen. Hier sieht man ganz deutlich, dass an der Spitze ein Genosse der Bosse sitzt. Die Konzerne wurden auf Kosten der Kommunen entlassen.

(Barbara Ahrons CDU)

A (Jürgen Schmidt SPD: Das wird auch durch Wiederholen nicht richtiger!)

– Natürlich wird es richtig. Sehen Sie sich doch die Auswirkungen in 2001 an. Wir haben doch darüber gesprochen, dass Sie nur die Körperschaftsteuer abgesenkt haben. Diesen Betrag von 25 Milliarden Euro sollen die Kommunen tragen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist richtig!)

Sie haben darüber nicht nachgedacht, was durch die Steuerbefreiung bei Veräußerungsgewinnen und die Steuerminderungen bei den UMTS-Lizenzen passiert. Die riesigen Verluste bei Bayer haben Sie doch nicht bedacht. Nicht zuletzt ist auch der Rückgang der Konjunktur eine Auswirkung, die Sie sich auf die Fahne schreiben müssen.

(Farid Müller GAL: Blödsinn!)

Wir merken doch jetzt alle die Auswirkungen in Deutschland. Die Arbeitslosenzahlen steigen.

(Michael Neumann SPD: Seitdem Sie in Hamburg regieren, ist das so!)

Auch wenn Sie mir zehnmal erzählen, dass es mehr Beschäftigung gibt, so stimmt das dennoch nicht. Schauen Sie sich einmal die geleisteten Arbeitsstunden an. Wenn Sie die heutigen Zahlen mit denen von 1998 vergleichen, sind es nämlich weniger. Da fallen Sie nämlich um.

In der EU sind wir auf der ganzen Linie das Schlusslicht.

(Michael Neumann SPD: Ja, seitdem Sie regieren!)

Ich möchte Ihnen von der SPD und den Grünen ganz ehrlich sagen: Ihre vier Jahre sind für Deutschland weiß Gott kein Ruhmesblatt.

B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eben schon gesagt, worauf es in den nächsten Jahren in der Wirtschaftspolitik ankommt. Ich möchte noch einmal auf Frau Hajduk eingehen.

Es ist schon sehr verwunderlich. Offensichtlich wird vergessen, dass die Bundesregierung zurzeit von Rotgrün gebildet wird. Wenn wir schon ernsthaft darüber diskutieren, dann würde ich von den Grünen gern wissen: Welches Programm hat denn Ihre Regierung in den nächsten Jahren? Was haben Sie denn vor?

(Zurufe von der SPD und der GAL – Krista Sager GAL: Schauen Sie doch ins Internet! Wo ist denn Ihr Programm?)

Geben Sie uns doch einmal eine Hilfe für unsere Wahlentscheidung,

(Michael Neumann SPD: Ihnen ist nicht zu helfen!)

damit wir überhaupt eine Chance haben, uns darüber Gedanken zu machen. Bisher kommt von Ihnen nichts als heiße Luft.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie erzählen uns mit der Ihnen eigenen Überheblichkeit, dass alles toll sei. Sie halten ein Papier mit selbst gemal-

ten Strichen hoch und sagen, dass dies die Rechtfertigung dessen ist, was passiert sei, aber verschweigen die Stelle, an der Sie sie gefunden haben.

Ich sage noch einmal, worauf es ankommt. Es kommt darauf an, jetzt die Ergebnisse rotgrüner Politik – zu hohe Arbeitskosten, zu hohe Lohnzusatzkosten bei zu geringen Nettolöhnen, zu hohe Arbeitsplatzverluste, zu hohe Schwarzarbeit und die höchste illegale Beschäftigung aller Zeiten sowie die hohen Steuerausfälle – zu beseitigen. Ich vermisste ein klares Wort, warum wir oder warum überhaupt jemand Sie wählen sollten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Ingo Egloff SPD: Sie sowieso nicht!)

Noch einmal zu dem, worauf es jetzt entscheidend ankommt. Es kommt darauf an, klare Konzepte aufzuzeigen, wie in den nächsten vier Jahren

(Krista Sager GAL: Dann fangen Sie mal an!)

die Wirtschaft in Schwung gebracht werden kann.

(Krista Sager GAL: Fangen Sie an!)

Es kommt nicht darauf an, mit der Ihnen eigenen Überheblichkeit auf angebliche Erfolge zu verweisen, die es überhaupt nicht gegeben hat.

(Krista Sager GAL: Wo ist Ihr Programm?)

Wenn Sie also eine Sachdiskussion mit uns anmahnen, dann reden Sie bitte von der Zukunft, in der Vergangenheit haben Sie bereits versagt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme dem Wunsch von Herrn Frühauf nach und gebe ihm ein Wahlprogramm von den Grünen. Darin können Sie alles nachlesen.

(Beifall bei der GAL – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist aber sehr klein! – Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Das ist aber dünn!)

Ich will aber nicht verhehlen, dass ich darauf auch antworten kann und nicht nur eine Lesestudie gebe.

Ich möchte eine Sache loswerden. Es geht bei unserer Finanzpolitik darum, dass wir sehr wohl in der Lage sind – das haben wir in den letzten Jahren entschieden und wird sich auch noch bis zum Jahre 2005 auswirken –, gerade bei den kleinen und mittleren Einkommen vernünftige Steuersenkungen vorzunehmen. Im Jahr 2005 wird das noch kommen.

Wir haben parallel zu den vernünftigen Steuersenkungen die Haushaltskonsolidierung für den Bund im Blick. Das ist die Aufgabe von vernünftiger und gerechter Standortpolitik, die Sie auch nachlesen können. Dies war meine kurze Antwort auf Ihre wichtige Frage.

(Beifall bei der GAL)

Ich möchte noch auf eine Sache eingehen, die Frau Ahrons angesprochen hat.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Den Metzger haben Sie aber geschlachtet!)

(Anja Hajduk GAL)

- A – Herr Metzger musste in einem demokratischen Streit anderen weichen. Er ist aber – da sind wir uns einig – ein guter Politiker.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Er sollte in die FDP eintreten!)

Frau Ahrons hat angemahnt, dass Gesetzesfolgenabschätzungen erfolgen müssen. Sie hat Recht. Aber wir sollten auch einmal – das tun die Bürger hier auch – eine Wahlprogrammfolgenabschätzung machen. Damit müssen wir anfangen.

(Beifall bei der GAL)

Nun sind wir bei dem Thema, was Sie selbst angemeldet haben: Dramatische Steuereinbrüche für Hamburg. Wenn man das FDP- und auch das CDU-Programm nur teilweise ernst nimmt, dann erwarten uns so dramatische Steuereinbrüche, dass Hamburg nicht mehr die gleiche Stadt sein kann. Sie wird sich in eine Richtung verändern, die Sie auch nicht wünschen.

Hier wurde Kritik an den Folgen der Unternehmenssteuerreform der rotgrünen Regierung geübt. Es gibt bestimmt Fehler, die man noch ausbessern könnte. Es ist aber nicht richtig, wenn Sie verschweigen, dass Sie den Grundzug dieser Unternehmenssteuerreform als richtig erachten und ihn deswegen nicht ändern, weil Sie im Einkommensteuerbereich beim Spitzensteuersatz erheblich heruntergehen wollen. Sie schlagen damit eine ganz andere Steuerreform vor.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Es gibt den brisanten Punkt der absoluten Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen. Hierüber besteht bei den Roten, den Grünen, der CDU oder bei der FDP kein Unterschied, wie kritisch das diskutiert wird. Es steht jedenfalls im CDU-Wahlprogramm, dass geprüft werden soll, dieses wieder zu ändern. Hier geht es nämlich um den heiklen Punkt der Attraktivität der Auslandsinvestitionen. Da sollte man bitte nicht so polemisieren, sondern sagen: Im Grunde folgen wir der Unternehmensreform von Rotgrün. Ihnen geht jedoch schlicht und ergreifend die Entlastung der Spitzverdiener nicht weit genug. Das ist der Unterschied. Damit haben wir keine Probleme, denn diesen Unterschied werden wir den Wählern erklären.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte noch eines sagen. Wenn die FPD von dramatischen Steuerausfällen in Hamburg spricht, dann überdenken Sie einmal Ihre Argumentation, wenn es um die Gewerbesteuerdebatte geht. Sie polemisieren gegen die Gewerbesteuer in einer Weise, bei der die notwendige Reform der Gewerbesteuer für Hamburg nur schrecklich enden kann. Wenn Sie einmal überlegen, welchen Anteil die Gewerbesteuereinnahmen Hamburgs mit etwa 1,4 – je nach Steuerergebnis vielleicht 1,3 – Milliarden Euro an den Gesamteinnahmen von circa 8,8 Milliarden Euro haben, wissen Sie, was das für ein Batzen ist, den wir kompensieren wollen. Wenn Sie sich also in der steuerlichen Debatte kritisch zur Gewerbesteuer äußern wollen, sind wir uns so lange einig, solange wir über eine Reform der Gewerbesteuer reden. Wenn Sie aber von einer Polemik der Abschaffung reden, dann sind Sie auf dem falschen Dampfer, was eine vernünftige Haushaltsführung Hamburgs angeht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C Dann möchte ich noch etwas zu dem sagen, was hier fälschlicherweise behauptet wurde, dass der Mittelstand benachteiligt würde. Lesen Sie doch einmal die Gutachten des Sachverständigenrats, da wird deutlich gesagt, dass die Großunternehmen in Deutschland steuerlich stärker belastet werden als die kleinen und mittleren Unternehmen. Das war auch schon früher so, aber Rotgrün hat diese Marge noch verbessert; Sie kommen immer mit dem theoretischen Konstrukt. 5 Prozent der finanziell bestgestellten Personenunternehmen zahlen theoretisch ein bisschen mehr. Durch die Anrechnung der Gewerbesteuer werden insgesamt kleine und mittlere Unternehmen entlastet.

Es muss noch mit einem Mythos hier aufgeräumt werden: Die Steuerreform der Bundesregierung hat – das ist durch ein Forschungsinstitut belegt worden – zu einem 0,5 Prozent höheren Wachstum geführt, zu einer halben Million zusätzlicher Arbeitsplätze. Das hat das DIW aufgeschrieben, das darf hier auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zunächst darf ich einmal erläutern, warum die FDP die Haushaltspolitik für völlig verfehlt hält und die Verschuldung oder die Haushaltskonsolidierung für nicht erreichbar, so wie Eichel seine Politik betreibt.

(Barbara Duden SPD: Das war doch die Rede von vorhin!)

D Zunächst zu den Schulden, die Sie vorgefunden haben, Herr Egloff. Natürlich haben Sie eine Menge Schulden vorgefunden, aber die resultieren aus der Wiedervereinigung; das vergessen Sie immer zu sagen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Und dann frage ich Sie einmal, wer denn heute die Tilgungen für den Fonds Deutsche Einheit strecken möchte; das ist genau Ihr Finanzminister Hans Eichel. Da können Sie sehen, dass er auch nicht vorwärts kommt, dass er eine Absenkung der Neuverschuldung nur durch ganz faule Tricks erreicht, indem er ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent einstellt, wo alle Experten heute sagen, dass das im nächsten Jahr nicht zu erreichen sein wird, was wiederum eine geringere Arbeitslosenzahl zur Folge hätte. Ob das im nächsten Jahr je erreichbar ist, steht auch in den Sternen. Er geht von viel zu optimistischen Rahmenbedingungen aus und nur mit diesen optimistischen Rahmenbedingungen könnte er im Haushaltsplan die Netto-Neuverschuldung ein wenig reduzieren.

Es ist sicherlich unbestritten, dass das Defizit im laufenden Jahr leicht gesunken ist, aber beim Schuldenmachen insgesamt sind wir in Europa immer noch Europameister. Hans Eichel hat mit ganz knapper Not einen blauen Brief aus Brüssel verhindert; das hat doch seine Gründe, das kommt doch nicht aus heiterem Himmel. Und er hat ihn nur verhindert mit seinem wirklich leichtsinnigen Versprechen, 2004 über alle Körperschaften des Bundes einen Gesamthaushalt im Rahmen von close to balance, das heißt faktisch einen fast ausgeglichenen Haushalt, abzuliefern. Wie er das erreichen will, möchte ich gerne wissen. Wahrscheinlich hat er, als er das Versprechen abgab, schon

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A gewusst, dass er für die Einhaltung des Versprechens nicht mehr zuständig sein wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Ekkehard Rumpf FDP*: Genau!)

Meine Damen und Herren! Es gibt eine einzige Position, bei der im Bundeshaushalt in der Tat gespart wird, und das ist bei den Investitionen. Dies ist wirklich eine mittlere Katastrophe,

(*Krista Sager GAL*: Tun Sie doch auch!)

da wir heute die Dinge verbrauchen, die wir eigentlich an die nächste Generation weitergeben sollten, ohne ausreichend neue Ersatzinvestitionen zu liefern.

(*Uwe Grund SPD*: Gucken Sie doch mal den Haushaltsentwurf des Senats vom nächsten Jahr an! Schauen Sie die Investitionszahlen an!)

Frau Hajduk, Sie haben gesagt, die Steuerausfälle beruhen auf der Systemumstellung. Dann frage ich Sie, wieso wir dann auch in den kommenden Jahren Steuerausfälle haben, und zwar durchschnittlich 400 Millionen jährlich. Das hat ja wohl nichts mit Umstellung zu tun, das hat mit Steuermindereinnahmen und dem Thema Körperschaftsteuer zu tun; der Wirtschaftssenator hat das hier eindeutig formuliert.

Der Geburtsfehler dieser Steuerreform von Eichel ist einfach, dass die Großen entlastet wurden und durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage alle mit herangezogen worden sind, auch der Mittelstand und nicht nur der selbstständige Mittelstand, Herr Egloff, sondern den unselbstständigen Mittelstand trifft es genauso. Die Leistungsträger dieser Republik tragen die Lasten dieser Steuerreform und das ist der Geburtsfehler.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Es hat mich wirklich gefreut, Frau Hajduk, dass Sie gesagt haben, Sie hätten in Ihrem Wahlprogramm ein Konzept für eine vernünftige Steuerreform, die auch den Mittelstand entlasten soll. Eine bessere und kräftigere Ohrfeige für das, was Herr Eichel zurzeit in Berlin tut und was Ihre Fraktion dort in den letzten vier Jahren zu verantworten hat, kann man sich überhaupt nicht vorstellen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Anja Hajduk GAL*: Wir haben auch einen Preis gekriegt!)

Ein letztes Wort zur Gewerbesteuerreform. Wir wollen die Gewerbesteuer nicht reformieren, wir wollen sie abschaffen, und zwar nicht ersatzlos, sondern wir wollen, dass die Kommunen sich durch einen Zuschlag zu den Ertragssteuern finanzieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich zu dem Stellung nehmen möchte, was Frau Hajduk gesagt hat. Frau Hajduk hatte gesagt, es sei nicht richtig, dass mittelständische Unternehmen in der Steuer höher belastet würden als große Unternehmen. Nun wollen wir

die Sache einmal ohne irgendwelche Aufregung ganz ruhig betrachten. Frau Hajduk, es erfordert eine gewisse Aufmerksamkeit.

Es ist richtig, wenn Sie sagen, dass eine Kapitalgesellschaft zu einer höheren steuerlichen Belastung komme als eine Personengesellschaft, aber nur dann, wenn Sie die Ausschüttungsbelastung betrachten. Nun wissen wir und wir wünschen uns aus wirtschaftspolitischer Sicht, dass nicht alle Gewinne eines mittelständischen Personenunternehmens ausgeschüttet und verzehrt werden. Wenn Sie eine Betrachtung nur über den einbehaltenen Gewinn anstellen, den der mittelständische Einzelhandelsunternehmer oder der mittelständische Gastwirt in seinem Unternehmen beläßt, dann wird er höher belastet als eine Kapitalgesellschaft. Wenn er etwas für seine Gesellschaft entnimmt, steht er sich besser als ein GmbH-Gesellschafter oder ein Aktionär. Aber angesichts der schrecklichen Eigenkapitalsituation der Unternehmen in Deutschland, die uns große Sorgen bereitet unter dem Gesichtspunkt Basel II, müssen wir darauf achten, dass auch in den Personengesellschaften Gewinne zurückbehalten werden. Und selbst wenn Sie eine Gegenrechnung bei der Gewerbesteuer vornehmen, werden diese Gewinne bei einem Betrag, der thesauriert wird, von 100 000 D-Mark mit 7000 D-Mark mehr besteuert, als wenn der gleiche Betrieb in Form einer GmbH 100 000 D-Mark in die Rücklage legen würde.

Dieses soll jetzt auch das Ende einer steuerpolitischen Vorlesung sein, aber wer es nicht glaubt, der möge bitte genau diese Vergleiche ansehen. Die Bundesregierung nimmt immer den ausgeschütteten Gewinn. Wer es etwas differenzierter betrachtet, möge das, was ich eben gesagt habe, nachvollziehen. Wenn er mir nicht glaubt, stehe ich gerne für Rückfragen zur Verfügung, aber er soll sich bitte auch die Modellbetrachtungen ansehen, die die Bundesbank in ihrem Bericht vom August 2000 vorgelegt hat. Hier sind diese Zahlen sehr deutlich aufgeführt.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit bei diesem nicht ganz leichten steuerpolitischen Exkurs.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei, drei Dinge zu den Punkten sagen, die Herr Frühauf hier angesprochen hat, zum Thema rekordverdächtige Pleiten in Deutschland. Ich möchte aber zwei Vorbemerkungen zur Steuerpolitik machen.

Frau Pauly, als Helmut Kohl 1983 Bundeskanzler wurde

(*Heino Vahldieck CDU*: 1982!)

– im Oktober 1982 –, betrug die Bundesschuld 400 Milliarden D-Mark. Als Helmut Kohl 1998 die Wahl verlor, lag die Bundesschuld bei 1,5 Billionen Deutsche Mark.

(*Barbara Ahrons CDU*: Was lag dazwischen? – *Karen Koop CDU*: Da lag die deutsche Einheit dazwischen!)

Helmut Schmidt hat einmal gesagt, die Verdoppelung der Bundesschuld unter den gegebenen Umständen der deutschen Einheit ist sachgerecht. Eine Vervierfachung ist finanziell ein Frevel gewesen und wissen Sie, warum

(Werner Dobritz SPD)

A das gemacht worden ist? Weil Helmut Kohl 1990 gesagt hat, in diesem Land soll es allen besser gehen, aber keinem schlechter. Er hat die deutsche Einheit nur auf Pump finanziert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zum zweiten Punkt, Frau Pauly, bei aller Berechtigung der Kritik im Detail: Sie hatten 16 Jahre lang Zeit, um zum Beispiel in zwei Steuerbereichen, nämlich der Kapitalertrag- und der Umsatzsteuer, die wirklich kriminelle Energie der Steuerzahler abzumildern. In diesen Bereichen, das sagen Ihnen alle Institute, gibt es in Deutschland inzwischen einen Steuerbetrug, der weit über 100 Milliarden D-Mark liegt.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Werner Dobritz (fortfahrend): Nein, danke.

Wenn Sie dort in 16 Jahren gewirkt und gearbeitet hätten, dann hätten wir heute mehr Steuererträge und Herr Peiner hätte mehr Geld in der Tasche. Herr Uldall war übrigens in der Regierungsfraktion in Bonn und hätte mit Taten – nicht nur mit Steuersätzen von 15, 25 oder 35 Prozent – darauf hinwirken können, dass diese Steuerbetrügereien in diesem großen Stil in diesem Lande endlich aufhören.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte aber die zwei, drei Minuten, die ich habe, noch auf Herrn Frühauf eingehen, weil er versucht hat, die Pleitensituation, die es in Deutschland in der Tat gibt, sozusagen Rotgrün anzulasten.

B (Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das können Sie auch der PDS anlasten!)

Herr Frühauf, die Zuwächse der Insolvenzen gehen zu weit über 50 Prozent auf die Zunahme der Verbraucherinsolvenzen zurück; da liegt sozusagen die Dynamik. Wissen Sie, wie hoch die Verbraucherinsolvenzen im Jahre 1998 bei Kohl waren? Sie waren gleich null, weil es natürlich das System der Verbraucherinsolvenzen gar nicht gegeben hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Erzählen Sie doch keine Märchen!)

Heute, im Jahre 2001, nachdem die Reform gemacht worden ist, betragen die Verbraucherinsolvenzen 13 277. Ich zitiere einmal Creditreform, ein seriöses Institut, das deutlich sagt, dass der starke Anstieg der Insolvenzen in erster Linie auf die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen ist, die sich gegenüber dem Vergleichszeitraum nahezu verdoppelt haben; das ist der entscheidende Punkt. Im Übrigen haben wir das ja gewollt.

(Rose-Felicitas Pauly FDP: Das stimmt überhaupt nicht, was Sie erzählen!)

– Doch, ich habe den heutigen Auszug von Creditreform aus dem Internet, da steht das doch drin.

Hinzu kommt noch, dass wir das vereinfachte Verfahren, um den Leuten die Möglichkeit zu geben, aus ihrer Situation herauszukommen und einen neuen Start zu wagen, auch auf Kleinunternehmer übertragen haben, und das ist natürlich ein weiterer Punkt des Anstiegs in diesem Bereich.

C Frau Pauly, zu Ihrem Hinweis auf den Einzelhandel kann ich nur mit einem Hinweis aus der „Welt“ kontern: Der Einzelhandel hat natürlich am Anfang dieses Jahres einen Teil Schuld selbst auf sich geladen.

Und die „Welt“ schreibt in einem Kommentar von Henning Kruse im Wirtschaftsteil konkret:

„Das Signal ist klar, der Handel hat vor dem störrischen Kunden, der einfach nicht kaufen will, kapitulierte. Nur über den Preis kann neue Konsumlust geweckt werden. Der Einzelhandel hat sich am Anfang des Jahres selbst ein Bein gestellt. Das ist der Grund, warum es dem Einzelhandel so schlecht geht.“

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hinzu kommt – darauf brauche ich nicht einzugehen, Frau Pauly, Sie haben Volkswirtschaft studiert –, dass es seit 1949 bei der Bauindustrie konjunkturelle Dellen gibt.

(Glocke)

Ist die Redezeit zu Ende?

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Schon überschritten, Herr Abgeordneter!

Werner Dobritz (fortfahrend): Dann ende ich mit einem allerletzten Satz, wenn der Präsident genehmigt.

In „Creditreform-Intern“ steht: „Die zehn Todsünden der Pleitenfirmen“. Da gibt es Tipps von einem anerkannten Fachmann und unter Punkt 10 heißt es:

„Für Pleite gegangene Unternehmer sind immer die anderen an ihrem Debakel schuld.“

D Und sein Erfolgstipp ist:

„Einsicht in die alleinige Unternehmensverantwortung“

(Glocke)

„ist der erste Schritt zur Besserung.“

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wenn ich klingele, unterbrechen Sie bitte die Rede. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Das Wort bekommt der Abgeordnete Tants.

Henning Tants CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hajduk, da kann ich Sie nicht herauslassen. Es mag vielleicht im Moment Ihre Überlastung sein,

(Krista Sager GAL: Die kann viel mehr leisten, als Sie glauben!)

dass Sie die Dinge nicht mehr so im Griff haben, wie sie wirklich im Papier stehen, denn wenn Sie sich dieses Papier, das Sie hochgehalten haben, das Senator Peiner im Haushaltssausschuss verteilt hat – ich habe es in Farbe hier, damit es vielleicht deutlicher wird, ich wedele auch nicht damit, sondern halte es ruhig –, anschauen,

(Uwe Grund SPD: Das ist die Senatsfassung!)

ann sehen Sie nämlich die Kurve bei der Körperschaftsteuer. Die geht nicht wieder ganz nach oben, Sie bekommen das nicht hin.

(Anja Hajduk GAL: Das gibt eine Entlastung, die wir alle wollten!)

(Henning Tants CDU)

- A Wenn Sie sagen, das sei doch alles nicht so schlimm, dann ist es Ihnen infolge Ihrer Überlastung nicht gelungen, richtig hinzugucken. Und weil Sie nicht richtig hingeguckt haben, haben Sie auch der Öffentlichkeit nicht das Richtige darstellen können. Das bedauere ich sehr; es ist nicht das erste Mal.

Herr Dobritz spricht von Insolvenzen, meinem Kernpunkt, dass es eine Schieflage der Steuerreform zulasten der Länderhaushalte gebe, zulasten derjenigen, die die Schulen und die Kindergärten bezahlen sollen. Zu dieser Schieflage haben Sie kein Wort gesagt und was Sie an Steuerpolitik in den letzten vier Jahren gemacht haben, ist unsozial, weil es der kleine Bürger merkt. Wir werden von Ihnen an den Pranger gestellt, weil die Sachen nicht mehr finanziert werden können, und Sie haben sie verursacht.

Nun halte ich noch einmal eine Tabelle hoch, die Sie auch kennen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist sehr hilfreich!)

- So können Sie sie lesen, Herr Dr. Maier. Ich stelle sie Ihnen hinterher gerne zur Verfügung. – Da sehen Sie ganz genau die Auswirkungen dieser unsozialen Steuerpolitik.

(Farid Müller GAL: Ahal!)

Ich finde es außerordentlich unverantwortlich und – ich hoffe, das ist noch nicht ordnungsrußverdächtig – unverfroren, sich hier hinzustellen und zu sagen, in Hamburg werde eine unsoziale Sparpolitik gemacht, wenn diese in Bonn

(Walter Zuckerer SPD: Berlin!)

- in Berlin – durch Ihre Beschlüsse herbeigeführt wird.

(Krista Sager GAL: Das mit Bonn war schon ganz richtig, Herr Tants! – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit läuft weiter, auch wenn Sie durch den Saal laufen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Heiterkeit bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Henning Tants (fortfahrend): Das habe ich mir gedacht. – Ich wünsche mir, Frau Hajduk, dass Sie das Wahlprogramm der CDU und CSU sorgfältiger lesen als diese Listen, denn dann können Sie hier auch sorgfältiger wahrheitsgemäß antworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Porschke.

Alexander Porschke GAL:* Meine Damen und Herren! Es ist ein ernstes Thema und deswegen finde ich es wenig hilfreich, sich mit den Versprechungen, die Sie hier in die Welt setzen, auseinander zu setzen, denn was von Ihren Versprechungen zu halten ist, haben wir im letzten halben Jahr gehört. Lassen Sie uns einmal über Fakten reden.

Wie haben Sie die Bundespolitik 1997 hinterlassen und wo sind wir heute? Heute haben wir 4,4 Millionen Arbeitslose, also 500 000 weniger, aber auch weniger Pleiten, Herr Uldall. Bei den Pleiten muss man sich einmal angucken, wie viele Personen von diesen Pleiten betroffen sind. 1997

waren es 554 000 Betroffene und jetzt sind es 500 000, natürlich 500 000 zu viel, aber das schlechte Niveau, die schlechte Leistungsbilanz der Kohl-Regierung haben wir bei weitem noch nicht erreicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nun sind wir aber glücklicherweise hier im Landesparlament in Hamburg. Also gucken wir uns einmal die Verhältnisse in Hamburg an, zuerst wieder die Arbeitslosigkeit. Während es unter Rotgrün in den letzten vier Jahren eine deutlich bessere Entwicklung als auf Bundesebene gegeben hat

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

und wir am Ende bei circa 70 000 Arbeitslosen in Hamburg geblieben sind, ist seit September letzten Jahres die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Hamburg schlechter als im Bundestrend. Wir sind inzwischen schon wieder bei 78 000 Arbeitslosen.

(Petra Brinkmann SPD: Genau!)

Beim Zweiten Arbeitsmarkt gibt es natürlich Zusammenhänge zu dem, was der Wirtschaftssenator ausdrücklich will. Er will zum Beispiel im Zweiten Arbeitsmarkt sparen und sagt, deswegen soll es im Ersten Arbeitsmarkt besser sein.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Der Zweite Arbeitsmarkt ist doch kein Markt! Das ist doch Planwirtschaft!)

Jetzt wollen wir uns einmal angucken, wie es denn mit den Pleiten im Ersten Arbeitsmarkt ist. Herr Müller-Sönksen, da sollten Sie einmal genau zuhören. Eine Überschrift im „Hamburger Abendblatt“ lautet:

„Hamburg – der Pleitenrekord“

Ein trauriger Rekord, der in Hamburg noch übertroffen wurde. Während es nämlich bundesweit einen Anstieg von 25 Prozent gibt, beträgt der Anstieg bei den Pleiten in Hamburg 40 Prozent, und das ist ja wohl ein spezifisches Verhältnis in Hamburg. Sie versagen erstens im Zweiten Arbeitsmarkt – das ist Ihre Absicht – und Sie versagen im Ersten Arbeitsmarkt, obwohl Sie gerade gesagt haben, da wollten Sie einen Schwerpunkt setzen,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: In sieben Monaten!)

und deswegen gehören Sie auch nicht an die Spitze dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Noch ein Wort zu den Zahlen von Creditreform; ich habe sie auch, Herr Dobritz. Nach diesen Zahlen sind die Insolvenzen in den letzten beiden Jahren, also von 2000 bis 2002, gleichmäßig um 50 Prozent gestiegen sowohl bei den Unternehmensinsolvenzen als auch bei den privaten Insolvenzen. Schauen Sie sich das bitte noch einmal an und rechnen noch einmal nach. Was ich hier nun ganz schlimm finde, ist, dass Sie sichinstellen und behaupten, der Einzelhandel hätte sich selbst ein Bein gestellt und sei an den Einbrüchen bei den Verbrauchern selber schuld. Sie wollen damit auf die Preispolitik des Einzelhandels anspielen.

C

D

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

A Der größte Preistreiber in diesem Land ist die Bundesregierung mit zahlreichen Steuererhöhungen, der Öko-steuer, der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

– allein drei Steuererhöhungen in diesem Jahr. Und sich dann hinzustellen und einen Teuro-Gipfel einzuberufen, ist für mich wirklich der Gipfel der Scheinheiligkeit; so kann man es nicht machen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie handeln nach dem Motto „haltet den Dieb“ und sind selber der Verursacher für das, was da passiert.

Zu Ihrer schönen Statistik zum Thema Beschäftigung: Sie haben in die statistisch erfassten Beschäftigtenzahlen die geringfügig Beschäftigten hineingenommen und trotzdem ist die Beschäftigung nicht weiter gestiegen. Wenn Sie diesen Rechentrick nicht gemacht hätten, wäre die Beschäftigung radikal um mindestens eine Million Arbeitnehmer im Jahr nach unten gegangen. Schon daran können Sie sehen, dass alles nur Rechentricks sind und nichts Konkretes und Vernünftiges dahinter steht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Okun.

B **Werner Dobritz SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Pauly, wir müssen ja mitdebattieren, weil wir natürlich wissen, warum Sie diese Debatte in die Länge ziehen, da Sie große Sorge haben, dass Ihr stärkster Mann auf der Senatsbank in der zweiten Debattenrunde zu einem bestimmten Thema noch antworten muss; aber wir machen an diesem Punkt mit.

(Beifall bei der SPD)

Frau Pauly, ich habe Ihnen die Dynamik in der Kreditaufnahme auf Bundesebene zwischen 1991 und 1998 schon aufgezeigt und in welcher Situation wir die Regierung übernommen haben. Ich lese Ihnen noch einmal aus der Statistik des Statistischen Bundesamts über die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen von 1991 bis 2001 vor: Im Jahre 1991 betrugen die Unternehmensinsolvenzen in diesem Land 8837, als Kohl 1998 abtrat, lagen die Unternehmensinsolvenzen bei 27828. Wenn Sie mitrechnen, sind das über 350 Prozent. Das können Sie doch nicht als Leistung deklarieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nur, damit die Zahlenreihe weiter geht: Die Unternehmensinsolvenzen im Jahre 2001 lagen bei 32 278, das sind in der Tat 4000 mehr. Die Dynamik kommt aber daher, weil wir in das neue Verbraucherinsolvenzverfahren auch die Kleinstunternehmer mit einbezogen haben, was auch Sinn macht.

(*Ekkehard Rumpf FDP:* Wieso Sie? Herr Funke hat das gesagt!)

Nun noch ein zweiter Punkt. Die Insolvenzen als solche sind ja nicht die richtige statistische Größe, sondern die Höhe des Netto-Saldos in der Bundesrepublik Deutschland. Und da lese ich Ihnen einmal die Zahlen vor, seitdem Schröder Bundeskanzler geworden ist: 1998 gab es

513 000 Unternehmensgründungen und 413 000 Liquidationen; ein Saldo von plus 100 000. Im Jahre 1999 hatten wir ein Plus von 70 000, im Jahre 2000 von 78 000 und 2001 von 73 000. In diesem Land ist in den letzten vier Jahren ein richtiger Gründungsboom ausgebrochen

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Aber doch nicht wegen der Bundesregierung!)

und dieses ist auch mit ein Grund der guten Politik, die in Berlin gemacht worden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Okun.

Volker Okun CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt deutlich, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik gibt. Herr Porschke, um Ihrer Legendenbildung vorzubeugen: Die Wirtschaft wirkt niemals kurzfristig, sondern das, was wir heute im Wirtschafts- und Arbeitsmarkt erleben, sind die Ergebnisse Ihrer Politik der letzten vier Jahre in Hamburg; so kann es ja nicht gehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Dobritz, es ist schon wichtig zu sagen, dass in den Jahren vor dem Wechsel der Bundesregierung 1998 die damalige Hamburger Landesregierung keine Gelegenheit ausgelassen hat, die erfolgreiche – das werden Sie nicht abstreiten können – Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl mies zu reden und die hausgemachten Hamburger Probleme der damaligen Bundesregierung in die Schuhe zu schieben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In der Bilanzierung von Anspruch und Wirklichkeit der Wirtschaftspolitik der rotgrünen Regierung und deren Auswirkungen auf die Hamburger mittelständischen Betriebe kann man nur zu einem vernichtenden Ergebnis kommen. Sie waren zwar bereit, im Prinzip aber zu nichts in der Lage.

Es ist angesprochen worden, dass die größte Pleitewelle der Nachkriegsgeschichte über Deutschland hinwegrollt mit Steigerungsraten von Jahr zu Jahr. Das gilt für Deutschland, aber eben auch für Hamburg. Die Zahlen – ich werde sie konkretisieren – in der Bundesrepublik Deutschland liegen dieses Jahr bei voraussichtlich 40 000 Pleiten mit – und das ist das Entscheidende – einem Arbeitsplatzabbau von 600 000 Stellen. Hamburg hatte im Jahr 2001 2130 Pleiten und im ersten Quartal 2002 bereits 1031. Dieses Plus von 40 Prozent ist auch das Ergebnis, Herr Dobritz, Ihrer Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre in Hamburg.

Entscheidend neben den spektakulären Pleiten in den Schlagzeilen wie Brinkmann und anderen ist aber, dass es vorrangig kleine und mittlere Betriebe sind, die durch die veränderten Rahmenbedingungen bundesweiter rotgrüner Wirtschaftspolitik in die Pleite getrieben werden. Dabei ist bekannt, dass der Mittelstand bundesweit und auch in Hamburg die tragende Säule der Wirtschaft ist. 95 Prozent der 150 000 selbstständigen Unternehmen in Hamburg haben weniger als 20 Arbeitsplätze. Zugleich stellen kleine und mittlere Unternehmen den größten Teil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und einen sehr beträchtlichen Anteil der Auszubildenden. Die Hauptursache

C

D

(Volker Okun CDU)

- A für die gewaltige Pleitewelle ist die schlechte Wirtschaftslage. Wir brauchen deswegen bundesweit und auch in Hamburg eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Erfordernissen und Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen ausrichtet. Das wäre das beste Programm für Innovation, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen klare, berechenbare und verlässliche Leitbilder. Durch eine Politik, wie wir sie in den vergangenen vier Jahren von der Bundesregierung erleben, die neben konjunkturellen Problemen vor allem wichtige strukturelle Fehler aufweist, haben die Unternehmen wie auch die Bürger weitgehend das Vertrauen verloren. Der DAX mit einem Wert von heute unter 4000 macht deutlich, in welcher Dynamik wir stecken. Die Bundesregierung hat der wirtschaftlichen Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg mit ihren negativen gesetzlichen Regelungen Schaden zugefügt und den Hamburger Arbeitsmarkt stark belastet. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen.

Erstens: Durch die Neuregelung der 630-DM-Jobs für geringfügig Beschäftigte wurde Arbeit abgebaut und wurden Arbeitsplätze vernichtet, die durch die angebotene Form von Teilzeitarbeitsplätzen nicht aufgefangen werden konnten. Mit diesem Gesetz wurde zum Beispiel im Handwerk der Arbeitskräftemangel gesetzlich verordnet, denn Teilzeitarbeit über 325 Euro hinaus ist für die Beschäftigten unattraktiv geworden. Sie haben damit eine Gerechtigkeitslücke geschaffen, denn sobald das Einkommen auch nur einen Cent über 325 Euro erhöht wird, trifft den Arbeitnehmer die volle Härte der Sozialabgaben und Steuern mit dem absurdem Ergebnis, dass diese Mitarbeiter bei einem höheren Brutto- ein kleineres Nettoeinkommen haben.

- B Zweitens, auch das sagen wir Ihnen wiederholt in dieser Debatte: Die drastische Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes führt gerade für mittelständische Betriebe zu einer extremen zusätzlichen Kostenbelastung, wenn zum Beispiel in einem Betrieb mit über 200 Beschäftigten ein Mitarbeiter vollständig freigestellt werden muss und weitere acht Mitarbeiter in den Betriebsrat gewählt werden können.

Diese Beispiele zeigen, die Gesetzgebung ist mittelstandsfeindlich und hinterlässt deutliche Spuren am Arbeitsmarkt gerade auch bei Jugendlichen und jüngeren Arbeitnehmern. Ein Beispiel aus meinem Bezirk in Altona, Ende Mai 2002: 216 Jugendliche und 1306 jüngere Menschen sind arbeitslos gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 13,7 Prozent beziehungsweise 34,9 Prozent.

Wir halten fest: Der Arbeitsmarkt ist durch die Politik der Bundesregierung überreguliert und zu stark verkrustet. Die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts muss durch konsequente Deregulierung sowie Flexibilisierung in Arbeitszeit und Arbeitskosten wieder hergestellt werden.

Der Hamburger Senat und Senator Uldall haben deutlich gemacht, er hat, er muss und er wird sich an einem Maßnahmenbündel für den Mittelstand beteiligen. Ab September gilt das auch für die Bundesrepublik Deutschland. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Der Abgeordnete Frühauf bekommt das Wort.

C **Norbert Frühauf** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nur eine kurze Anmerkung zum Wirtschaftsprogramm der Grünen, Frau Hajduk, zum Thema „Wirtschaftliche Erneuerung“.

(Ingrid Cords SPD: Zum Thema!)

Auf Seite 83 soll etwas zur Wirtschaftspolitik stehen. Da steht aber nichts.

(Michael Neumann SPD: Lächerlich!)

– Das ist tatsächlich so.

Auf Seite 30 heißt es, die Steuerentlastung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Lohnnebenkosten seien zu senken. Das ist alles, was Sie zur „Wirtschaftlichen Erneuerung“ schreiben. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema der Aktuellen Stunde liegen mir nicht vor. Ich frage die antragstellende SPD-Fraktion, ob ich für noch restliche dreidreiviertel bis vier Minuten das zweite Thema aufrufen soll. – Das ist der Fall.

**Halbe Betreuung oder volle Bezahlung:
Kinderbetreuung nur noch für Hausfrauen?**

Die Abgeordnete Dr. Stöckl bekommt es wunschgemäß.

Dr. Ingrid Stöckl SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal haben Sie, Herr Senator Lange, für Aufregung gesorgt. Dieses Mal sind es nicht die Eltern, die Schüler und die Lehrer, die Sie durch voreilig getroffene Entscheidungen und rigorose Sparmaßnahmen total verunsichert haben, dieses Mal gilt Ihr Schnellschuss den Kindergärten.

Herr Senator! Sie wollen den Besuch des Kindergartens ein Jahr vor der Einschulung kostenfrei machen, allerdings nur für jene, die einen Vierstundenplatz beanspruchen. Damit versetzen Sie all jenen Frauen einen Schlag ins Gesicht, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit einer vierstündigen Betreuung lässt sich kaum die Berufstätigkeit mit Kindern in Einklang bringen. Berufstätige Mütter sind mindestens auf einen Fünf- oder Sechsstundenplatz angewiesen. Diese Frauen sollen aber nach Ihren Plänen weiterhin voll zur Kasse gebeten werden. Oder sollen sie gar ihren Job aufgeben? Wollen Sie die Frauen wieder an den Herd zurückdrängen? Wo bleiben die Wahlversprechungen, die Kinderbetreuung für alle kostenfrei zu machen?

Ihr Vorstoß hat System. Ich denke dabei auch an die von Ihnen in Auftrag gegebene Studie, die die lenkende Wirkung der Kita-Beiträge auf doppelt berufstätige Ehepaare abfragen soll.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, wenn so viele Kollegen im Saal sind, aber man muss es nicht gleich hören. Frau Dr. Stöckl, bitte fahren Sie fort.

Dr. Ingrid Stöckl (fortfahrend): Dahinter lässt sich unschwer die Absicht erkennen, Alleinerziehenden die Berufstätigkeit zu ermöglichen, damit sie der Sozialhilfe

(Dr. Ingrid Stöckl SPD)

A nicht zur Last fallen, verheirateten Frauen jedoch wieder den Weg zur Hausfrau frei zu machen.

Statt Frauen Wege zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzuzeigen, werden ihnen von diesem Senat immer nur Steine in den Weg gelegt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dazu passt auch Ihr Vorschlag zur Neufassung des Kindergartengesetzes. Danach sollen Kinder bis zum dritten Lebensjahr in Hamburg keinen Rechtsanspruch auf eine Betreuung haben. Es ist aber lediglich für Kinder vom vollendeten dritten bis sechsten Lebensjahr an eine vierstündige Betreuung garantiert. Dies ist nichts Neues und, wie wir wissen, für berufstätige Frauen bei weitem nicht ausreichend.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Die Pläne für eine kostenfreie Vierstundenbetreuung für wenige soll die Stadt 4 Millionen Euro kosten. Nehmen Sie doch stattdessen das Geld und geben Sie das in den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung, und zwar für alle.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Senator Lange! Ihre Kita-Pläne sind frauenfeindlich und ignorieren die Erfordernisse einer zeitgemäßen Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sind dafür verantwortlich, wenn immer mehr Frauen – vor allem gut qualifizierte – die Familienphase ganz ausspielen. Von einer familienfreundlichen Programmatik sind Sie weit entfernt und die Versprechungen in Ihrem Wahlprogramm haben Sie bisher bei weitem nicht gehalten.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Lange.

Senator Rudolf Lange: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der SPD scheint es offensichtlich an Themen zu mangeln.

(Lachen bei der SPD)

Wie sonst kann ich mir erklären, dass Sie zum wiederholten Male vermeintliche Ergebnisse eines von meiner Behörde ausgelösten Diskussionsprozesses aufgreifen, obwohl die Diskussion keineswegs beendet ist.

Manch einer wird sich noch an die schwierige Frage erinnern, nach welchen Kriterien künftig Ganz- und Teiltagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen bewilligt werden soll. Dies ist, wie ich im Ausschuss für Jugend und Sport kürzlich dargelegt habe, noch offen. Die SPD ficht das aber nicht an. Sie sagt erst einmal ein Ergebnis voraus und kritisiert es dann anschließend.

Mit einem weiteren Beispiel dieser Phantomdiskussion haben wir es heute zu tun. Die SPD hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass in meiner Behörde ernsthaft darüber nachgedacht wird, wie endlich damit begonnen werden kann, die vom rotgrünen Senat verantwortete, viel zu hohe Beteiligung der Eltern an den Kosten der Kindertagesbetreuung zu ermäßigen. Offenbar bereitet es ihr Verdruss zu hören, dass die fatalen prohibitiven Wirkungen von Elternbeiträgen thematisiert werden und gefragt wird, wie dieser skandalösen Tatsache begegnet werden kann, dass es

noch immer Kinder gibt, die keinerlei vorschulische Förderung erfahren, weil ihre Eltern die geforderten Elternbeiträge für den Kindergarten als zu hoch empfinden.

(Beifall bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Ich verstehe daher sehr gut, dass die SPD, die dies zu verantworten hat, unter diesen Umständen nervös wird. Dass sie allerdings so nervös ist und sich nicht in der Lage sieht abzuwarten, bis die von meinen Fachleuten angestellten Überlegungen politisch bewertet worden und zu Plänen gereift sind, überrascht doch.

Ich werde mich jedenfalls von dieser Nervosität nicht anstecken lassen. Ich werde auch zukünftig dafür sorgen, dass wichtige Themen gründlich durchdacht und dann einer Entscheidung zugeführt werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Lachen bei der SPD und der GAL)

Über diese Entscheidung kann man dann diskutieren. Bis dahin kann die SPD weiterhin versuchen, sich mit der Erörterung nicht abgeschlossener verwaltungsinterner Vorgänge in Szene zu setzen. Was das Geld anbetrifft, kann ich Ihnen nur sagen, wir nehmen nur Geld in die Hand, das tatsächlich vorhanden ist, und nicht – wie Sie – Geld, das gar nicht da ist.

Abschließend kann ich nur feststellen, die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Uwe Grund SPD: Sie sollten nicht vergessen, dass es in der Karawane auch Kamele gibt!)

C

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung ist jetzt wieder Redezeit vorhanden. Frau Pawłowski hatte sich gemeldet, sie zieht zurück. Die Abgeordnete Frau Dr. Lappe hat das Wort.

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Staatliche und politische Entscheidungen sollten in einer demokratischen Gesellschaft nach Möglichkeit zielführend und gerecht sein.

(Michael Neumann SPD: Und transparent!)

Ich gehe davon aus, dass darüber in diesem Hause Einigkeit besteht.

Für mich und meine Fraktion sind insbesondere soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zentrale Kriterien. Die angestrebte Kostenfreiheit eines vierstündigen Kita-Platzes für Kinder im Vorschulalter wird aus unserer Sicht allerdings weder zielführend noch gerecht sein. Warum das so ist, hat Frau Stöckl ausgiebig dargestellt. Ich habe aus den Worten des Senators entnommen, dass das noch lange nicht sicher ist, und ich habe Hoffnung, dass es in den Behörden noch vernünftige Menschen gibt, die diesen Entwurf einer Drucksache wieder zurückziehen oder ihn gründlich überarbeiten.

Niemand hier im Hause wird sich inhaltlich gegen die Absicht wenden, Vorschulen und Kitas gleichzustellen und beides kostenfrei anzubieten. Doch der geplante Vierstundenschritt ist in der Richtung falsch und kostet zudem noch Geld, ohne Aussicht darauf, dass alle Kita-Angebote

D

(Dr. Verena Lappe GAL)

- A kostenfrei werden, was eigentlich das Ziel – so habe ich jedenfalls bisher den Senat verstanden – sein sollte.

Was heißt das in der Konsequenz? Es ist der Behördenleitung nicht möglich, zielführende, gerechte Konzepte für die Versprechen, die im Wahlkampf gemacht worden sind und die in der Koalitionsvereinbarung stehen, zu entwickeln.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn der Behördenleitung und dem Senator nichts mehr einfällt, müssen die Frauen als billige Verschiebemasse herhalten. Das werden die Frauen nicht mitmachen. Offensichtlich hat es in den Behörden auch schon jemand gemerkt, dass das nicht klappen wird. Aber, dass diese Möglichkeit überhaupt in Erwägung gezogen wird, zeigt den Geist, der seit Jahrzehnten in Deutschland dafür sorgt, dass wir Schlusslichter bei der Geburtenrate, bei der Rate der Kinder pro Frau und auch inzwischen bei der Erwerbsquote von Frauen sind. Dem muss Einhalt geboten werden und es muss endlich das eingerichtet werden, was eigentlich geplant war, nämlich kostenlose Kindertagesbetreuung und am besten auch noch Ganztagsschulen und alles, was dazu gehört.

Dass es in dieser Behörde überhaupt möglich war, in diese Richtung zu denken, ist ein weiterer Fehlritt der schon lange andauernden Fehltritte in dieser Behörde. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass Sie endlich wahr machen, was Sie eigentlich wollen, nämlich Kostenfreiheit für die Kindertagesangebote. Dann wird es bei uns vielleicht noch etwas mit der Geburtenrate und der Frauenerwerbsquote und vielleicht auch das nächste Mal mit der PISA-Untersuchung. Aber, wenn es in dieser Behörde noch allzu lange so weitergeht wie bisher, sehe ich derzeit keine Chance. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Schließt sich der Abgeordnete Dr. Schinnenburg dem Beispiel der Kollegen aus der Regierungsfraktion an? – Nein, er besteht auf seinem Wort und bekommt es selbstverständlich.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lappe! Zum Glück gab es einen Regierungswechsel. In der neuen Regierung ist Denken erlaubt und nicht verboten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist auch erlaubt, über vielleicht problematische Forderungen nachzudenken.

Sie werden es gemerkt haben, Ihre Helfershelfer in der Behörde haben Sie schlicht und ergreifend falsch informiert. Es gibt hierzu noch gar keinen Beschluss und Sie wollten eine Phantomdebatte haben. Sie bekommen jetzt eine reale Debatte. Wir wollen nämlich einmal nachschauen, wie denn Ihre Kita-Politik war. Die war ein schlachtes Desaster.

Sie haben einen Mangel von Kita-Plätzen hinterlassen, mindestens 10 000. Sie haben die Kita-Mitarbeiter und die Eltern frustriert. Sie haben ewig lange am Kita-Card-System gearbeitet, Sie haben sich nur mit den Spitzenverbänden unterhalten und Sie haben einen Investitions- und Veränderungsstau herbeigeführt. Das ist das Ergebnis Ihrer Kita-Politik, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) C

Sie sind ferner verantwortlich für die höchsten Elternbeiträge in allen vergleichbaren Großstädten. Ich habe das für Sie einmal in Euro umgerechnet. Was in Hamburg 380 Euro kostet, kostet in München gerade einmal 100 Euro für die Eltern, in Frankfurt sind es 140, in Nordrhein-Westfalen 250. Das sind die wahren Zahlen. Wenn es uns gelingt, das nur ein bisschen zu verbessern, ist es ein Erfolg, und Sie sollten nicht versuchen, den von vornherein schlecht zu reden.

Was Sie bei Kita-Elternbeiträgen gemacht haben, ist unsozial. Es ist übrigens auch antiemanzipatorisch. Ich will Ihnen erklären, warum das so ist. Ich kenne sehr viele Frauen, die kleine Kinder haben. Sie haben zwar einen Kita-Platz, gehen aber nur deshalb nicht arbeiten, weil sie das für 50 oder 100 Euro Differenz netto machen müssten. Alles andere müssten sie aufgrund der von Ihnen festgelegten Elternbeiträge abliefern.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vor zwei Jahren haben Sie 16 Millionen DM aus dem Kita-Bereich herausgezogen; das haben Sie vielleicht vergessen.

Übrigens, meine Damen und Herren, das scheint nicht nur ein Problem der Hamburger SPD zu sein. Schauen Sie einmal auf die Bundesebene. Die Bundes-SPD hat beschlossen, die steuerliche Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten abzuschaffen. Das ist auch antiemanzipatorisch und auch unsozial.

Schließlich und endlich: Der Etat des Familienministeriums in Berlin ist um 200 Millionen Euro gesenkt worden. Das ist Ihre Familienpolitik und die wollen wir nicht mehr machen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) D

Ganz anders der neue Senat. Ich gebe zu, wir sind teilweise noch in der Planungsphase, aber es gibt schon Ergebnisse. Sie haben jahrelang Elternbeiträge erhöht und Zuschüsse gesenkt. Wir haben sie trotz der Haushaltsslage schon für 2002 um immerhin 700 000 Euro erhöht. Wir haben nicht nur mit Spitzenverbänden gesprochen. Wir haben vor einer Woche über 1000 Kita-Mitarbeiter eingeladen, von denen ungefähr 400 kamen. Wir stellen uns der Diskussion mit der Basis und durften dann die Kritik für Ihre Nicht-Diskussion aushalten.

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung zum Ziel der Beitragsfreiheit bekannt und wir haben auch schon konkrete erste Maßnahmen benannt: Nichtberücksichtigung des Kindergeldes und der Eigenheimzulage.

Sie sagen immer, man sollte die Beiträge hoch halten, aber dafür mehr Plätze schaffen. Was nützen uns denn viele Plätze, wenn sie gerade Frauen aus unteren und mittleren Einkommensschichten gar nicht nutzen können, weil sie die Elternbeiträge nicht bezahlen können. Wir müssen beides machen. Wir müssen mehr Plätze schaffen und die Beiträge senken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Böwer.

A **Thomas Böwer** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Dr. Schinnenburg,
 (Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Falsch!)

Sie bezeichnen Behördenmitarbeiter als Helfershelfer. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Es waren diese Behördenmitarbeiter, die bei Ihrer Fraktionsveranstaltung Protokoll führen mussten. Es ist eine seltsame Art und Weise, in diesem Zusammenhang von Helfershelfer zu reden.

(Beifall bei der SPD)

In der Arbeitsgruppe „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wurde der Amtsleiter des Amtes für Kinderbetreuung gefragt, ob er Auskunft geben könnte. Die Antwort war: Nein, er sei hier, um das Protokoll zu führen.

(Heiterkeit bei der GAL)

Uns interessiert in dieser Frage auch, welche anderen Mitarbeiter des Amtes für Kinderbetreuung ebenfalls an Ihrer gut besuchten Veranstaltung teilgenommen haben.

Herr Senator Lange, Sie sprachen von einer Karawane. Ich nenne das Ganze einen Konvoi und Sie schwimmen hinterher.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihnen ist es gelungen, das Chaos-Prinzip, das bisher nur für den Schulbereich galt, spielend, locker und unverantwortlich auch auf den Vorschulbereich zu übertragen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe immer gedacht, bei einer gewissen militärischen Vorausbildung und auch bei der Amtsbezeichnung KAdM gibt es eine Tugend wie Wahrhaftigkeit und Mut. Sie haben sich im Senat mit Ihrer Idee offensichtlich nicht durchsetzen können, denn die Senatsdrucksache, die für die Beratungen am Montag und gestern vorgegeben war, ist in Ihrem Auftrage in die Behördenabstimmung gegeben worden. Dann hat Ihr Finanzsenator Ihnen nicht die 1,7 Millionen Euro gegeben. Dass man verliert, ist okay, aber hinzugehen und zu sagen, Sie hätten gar nicht gekämpft, ist unwahrhaftig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist interessant, Herr Dr. Dr. Schinnenburg, wenn Sie sagen, wir befinden uns noch im Bereich der Planung. Der Haushalt 2003, über den wir reden, ist Ihr Halbzeitshaushalt, nicht mehr und nicht weniger, und Sie laufen Gefahr, vorher ausgewechselt zu werden, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir nehmen Sie beim Wort. Im FDP-Programm heißt es, Sie wollen die kostenlose Bereitstellung von Krippenplätzen, Hortplätzen und Kindergartenplätzen auch im Sechs- und Achtstundenbereich. Davon haben Sie nichts erreicht. Am 25. Januar gab es jene legendäre Sitzung des Haushaltsausschusses. Dort berichtete Herr Senator Lange, langfristiges Ziel des Senats sei der Verzicht auf Elternbeiträge für die Betreuung in Kindergärten und es sei feste Absicht der Behörde für Bildung und Sport, dieses Vorhaben innerhalb der 17. Legislaturperiode umzusetzen. Zur Halbzeit sollten Sie zumindest einen Anschlusstreffer gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nichts von alledem. Im Gegenteil. Egal wie man dazu steht, wir Sozialdemokraten haben zusammen mit unserem Ko-

litionspartner GAL andere Prioritäten gesetzt. Wir haben gesagt, wir bauen Plätze aus, halten den Standard und wenn dann etwas übrig bleibt, gehen wir an die Elternbeiträge.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Haben Sie Angst, was wir in 2005 machen?)

– Sie machen gar nichts. Gucken Sie in Ihre Haushaltzzahlen. Wir reden nachher noch einmal über Sprachförderung. Es ist spannend, sich auch in diesem Bereich die nackten Zahlen anzusehen. Sie bauen nicht aus, sondern erhöhen die Elternbeiträge, wenn Sie sich in dem Bereich die Zahlen von 2003 angucken. Die Nettohaushaltseinkommen der Familien steigen aufgrund der Steuerreform und das kassieren Sie an dieser Stelle ab.

Was wollen Sie eigentlich? Gutscheinsystem? Wann? Ich habe gehört, Sie wollen am 2. Juli unterzeichnen. Die jugendpolitischen Sprecher der von Ihnen getragenen Fraktion sagen, sie wollen nicht unterzeichnen. Sie sind im Augenblick dabei, einen zweiten Bereich, der in Ihrer Verantwortung liegt, kaputtzumachen, nicht nur kaputtzusparen, sondern auch kaputtzudiskutieren und kaputtzudelegieren. Auf der einen Seite kann man Herrn Finanzsenator Peiner dankbar sein, dass er Ihnen die 1,7 Millionen Euro verweigert – über die fachliche Frage ist schon geredet worden –, aber es sollte Ihnen zu denken geben, dass Sie keines Ihrer Wahlversprechen eingehalten haben, weder den Ausbau noch die Senkung der Elternbeiträge. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

C

D

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2a auf: Drucksache 17/1044, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Oberverwaltungsgericht.

[Unterrichtung durch die
**Präsidentin der Bürgerschaft:
 Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den
 Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen
 und Richter beim Hamburgischen
 Oberverwaltungsgericht – Drucksache 17/1044 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen und Bemerkungen führen zur Ungültigkeit. Bitte nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis werden wir Ihnen im Laufe des Abends mitteilen.*

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 17: Drucksache 17/904, Senatsantrag zur Ausübung von Verkaufsoptionen bei der Hamburgische Electricitäts-Werke AG und der Flughafen Hamburg GmbH.

* Ergebnis siehe Seite 976 C.

(Erster Vizepräsident Berndt Röder)

A [Senatsantrag:

**Ausübung von Verkaufsoptionen bei der
Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) und
der Flughafen Hamburg GmbH (FHG)**

– Drucksache 17/904 –]

Die SPD-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Haushaltsausschuss. Sofern über die Drucksache heute in der Sache abgestimmt werden sollte, möchte die SPD-Fraktion sie nachträglich an den Haushaltsausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht? – Der Abgeordnete Tants hat es.

Henning Tants CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier hat der Senat folgerichtig gehandelt. Er hat das, was 1999 von der Vorgängerregierung eingeleitet worden ist, nicht nur vollzogen, sondern über das Maß hinaus – darum kann mein Beitrag auch kurz sein – etwas für den Standort Hamburg geschaffen. Er hat einmal erreicht, dass wesentliche Geschäftsbereiche von Vattenfall in Hamburg bleiben. Er hat etwas für die Arbeitnehmer getan. Bis Ende 2005 werden mindestens 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich 250 Auszubildende in Hamburg beschäftigt. Der Sitz der Kernkrafttochtergesellschaft und das operative Geschäft bleiben in Hamburg und darüber hinaus werden Stromhandel, IT-Funktion und der Vertrieb für überregionale Großkunden der Vattenfall-Europa-Gruppe in Hamburg angesiedelt.

Für diese standort- und finanzpolitische Verhandlungsleistung – es kommen noch die fast 100 Millionen Euro dazu, die herausgehandelt worden sind – gebührt dem Senat Dank.

B

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

So viel zum Sachthema. Ich war erschrocken, dass am Anfang von der GAL so debattiert worden ist, dass dieses nur noch ein Abnickgremium sei. Auch von Ihnen, Herr Grund, ist dieses so dargestellt worden.

(*Uwe Grund SPD:* Natürlich, Sie bringen ja keine Beratung zustande!)

Herr Grund, ich weiß, dass auch Sie daran beteiligt sind.

(*Anja Hajduk GAL:* Sie haben mich nicht angerufen, Herr Tants!)

Sie wissen, dass ich es als unglücklich empfinde, dass heute hier einfach darüber abgestimmt wird.

Wir haben auf der anderen Seite die Notwendigkeit, vor der Sommerpause über diesen Geschäftsvorfall zu entscheiden. Ich darf mich ausdrücklich bei Ihrer Fraktion, Herr Grund, für die Unterstützung bei der Bemühung bedanken, für gestern eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses hinzubekommen und ein Protokoll zu erstellen, welches heute hier zugrunde liegt.

Meine Damen und Herren, am meisten gerufen und gewettet hat die GAL und an Ihnen, Frau Hajduk, an Ihrer Fraktion, ist genau dieses Verfahren, das ich beschrieben habe, gescheitert. Ich habe drei oder vier Tage versucht, auch im Einvernehmen mit Senator Dr. Peiner – ich darf mich hier noch einmal bei der Finanzbehörde bedanken, dass dort alles schon so weit vorbereitet war –, dass dieses gegen wäre.

(*Anja Hajduk GAL:* Machen Sie es jetzt nur nicht noch schlimmer!)

– Moment, Moment, Frau Hajduk, ganz vorsichtig. Dann höre ich nach drei Tagen, die GAL will das nicht, und dann stellt sich die GAL hier hin und sagt, wir machen das Parlament zur Abnickbude. Frau Hajduk, dieses ist Ihrer Fraktion und Ihrer Person unwürdig. Bleiben Sie doch mal bei der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie kommen hier schon wieder mit Dingen – das ist heute schon das zweite Mal –, die nachweisbar nicht wahr sind, und das als Symptom für Ihre Politik im Bundestagswahlkampf finde ich bemerkenswert. Das sollte vielen Leuten zu denken geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Zuckerer.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD:* Rede du wenigstens zur Sache!)

Walter Zuckerer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In gewisser Weise ist heute ein besonderer Tag, denn wir entscheiden über den Verkauf des letzten Anteils an einem der besten und ertragsreichsten Unternehmen, das diese Stadt je besessen hat. Das ist kein Anlass zur Freude. Das ist in gewisser Weise ein Anlass zur Rückschau. Dafür besteht heute allerdings wenig Zeit.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Der Verkauf ist finanzpolitisch notwendig. Er ist von Rotgrün ausgehandelt worden und wir werden ihn vollziehen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat Finanzsenator Dr. Peiner eine positive Nachverhandlung geführt. Er hat Notwendiges für die Stadt erreicht. Er erhält dafür auch von uns Anerkennung und Lob.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich hoffe, dass es uns auch in Zukunft gelingt, noch einige Erfolge zu erreichen, denn das, was wir bisher über den möglichen Rückzug der HEW aus großen städtischen Sponsorenveranstaltungen gehört haben, ist nicht positiv für die Stadt. Insofern von dieser Stelle auch der Appell an die HEW, auch weiterhin nach der Fusion ein hamburgisches Unternehmen zu bleiben, das sich für hamburgische Interessen einsetzt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Meine Damen und Herren! Wir beschließen heute auch über die Veräußerung der zweiten Option auf den Hamburger Flughafen. Auch diese Option ist unter Rotgrün ausgehandelt worden. Allerdings füge ich hinzu, dass die Ausübung dieser Optionen beziehungsweise der gesamte Zusammenhang in der letzten Legislaturperiode durchaus umstritten war. Der damalige Sprecher der CDU im Haushaltsausschuss hielt eine Veräußerung von lediglich 49 Prozent für zu gering und trat für weitere Veräußerungsanteile ein.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Dann warten Sie es doch ab!)

C

D

(Walter Zuckerer SPD)

- A Das ist eine offene Frage. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es im Interesse der Stadt vorteilhaft, wenn sie 51 Prozent behält.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vorteilhaft wegen unserer strategischen Interessen am Flughafen, es ist vorteilhaft für die dortigen Investoren und es ist vorteilhaft für die Bevölkerung, weil die Stadt dann auch den Einfluss auf Lärmschutzmaßnahmen und weitere sozialverträgliche Ausbaumaßnahmen am Flughafen behält.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Insofern muss ich deutlich sagen, dass unsere Fraktion erwartet, dass der Senat spätestens zum Herbst dieses Jahres bei den Haushaltsberatungen eine klare Vorgabe dafür gibt, wie er weiterhin mit dem Flughafen umzugehen gedenkt. Das, denke ich, muss man verlangen, denn es ist wichtig, damit Sicherheit für die Menschen in dieser Stadt besteht.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen mir schon eine kleine Anmerkung erlauben, denn die betrifft in diesem Zusammenhang bereits einen Teil des Verfahrens. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, wir ziehen jetzt die zweite Option auf den Flughafen. Die erste Option hat dieser Senat bereits gezogen, und zwar zum 31. Januar. Damals hat er das Parlament nicht befasst. Dies ist im Haushaltssausschuss diskutiert worden und es ist auch auf die Kritik der SPD-Fraktion gestoßen. Heute befasst der Senat uns mit zwei Veräußerungen. Ich gehe davon aus, dass der Senat grundsätzlich auch in Zukunft dieses Parlament mit Unternehmensveräußerungen befassen wird. Andernfalls müssen wir als SPD-Fraktion in der Tat eine verfassungsrechtliche Prüfung ins Werk setzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte abschließend auf das Verfahren der Beratung dieser Veräußerung eingehen.

Meine Damen und Herren! Der Verkauf der HEW ist vielleicht die größte Einzelunternehmensveräußerung in dieser Legislaturperiode und es ist nicht erträglich und begründbar, dass dieser Vorgang nicht in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren auch in den Ausschüssen beraten werden konnte. Es ist – ich sage das ausdrücklich – eigentlich nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die SPD-Fraktion hat angeboten, noch am 25. eine Beratung im Haushaltssausschuss durchzuführen und einen Schnellbericht vorzulegen. Das ist in der Tat an den Bedingungen der GAL gescheitert, aber, meine Damen und Herren von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP, es ist nicht allein die GAL, die für diese Beratung in der Verantwortung ist, das sind auch Sie. Wir haben noch am Freitag letzter Woche angeboten, dass es in solch einem Verfahren mindestens angemessen wäre, die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien und die Finanzsprecher ausführlich durch den Finanzsenator zu informieren. Wir haben auf diesen Vorschlag nicht einmal eine Antwort bekommen und das war ein konstruktiver Vorschlag.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolf-Dieter Scheurell / SPD: Hört, hört!)

Wir haben offiziell noch nicht einmal alle Informationen erhalten, die Sie in Ihren Presseerklärungen veröffentlicht

haben. Wir mussten sie über Kleine Anfragen abfragen. Auch das ist ein unmöglicher Vorgang.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Verena Lappe GAL – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Ein Skandal ist das!)

Meine Damen und Herren dort auf der Regierungsbank, Sie sind für ein ordentliches Politikmanagement mehr verantwortlich als die Fraktionen Ihrer Koalition. Und zu einem ordentlichen Politikmanagement gehören ausreichende Fristen für eine parlamentarische Beratung. Der Verkauf der HEW kommt nicht plötzlich und auch nicht überraschend. Es wäre möglich gewesen, diese Drucksache für dringlich zu erklären, es wäre möglich gewesen, sie vorweg zu überweisen. Es wäre möglich gewesen, am Tage der Bekanntgabe, an dem der Haushaltssausschuss tagte, dort eine ausführliche Information zu geben. Auf all das haben Sie verzichtet oder Sie haben es schlicht und ergreifend verschlampft, weil das Parlament überhaupt nicht in Ihrem Kalkül war. Deswegen muss ich Ihnen sagen, dass das nicht nur ein schlechtes politisches Handwerk ist, was Sie da geboten haben, das ist eigentlich ein unverschämter politischer Stil und anders kann man es auch nicht nennen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist traurig, aber es scheint mir notwendig zu sein, Sie darauf hinzuweisen, dass zu einem angemessenen Regierungsstil – ich rede hier nicht von einem fairen – auch die Achtung der Rechte des Parlaments gehört, und zwar des ganzen Parlaments und nicht nur der Opposition. Das, was Sie hier demonstriert haben, grenzt mindestens an Missachtung. Da haben Sie wirklich gegen hergebrachte parlamentarische Regeln verstochen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, wäre es eigentlich angebracht, die zweite Lesung heute zu verweigern,

(Beifall bei Ingrid Cords SPD)

schnon deshalb, um Sie mit Ihrem etwas selbstherrlichen Regierungsstil und einer gewissen Arroganz auch einmal richtig auszubremsen.

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das haben Sie doch schon mal gemacht!)

Das allerdings würde der Stadt finanziellen und im Übrigen auch politischen Schaden zufügen und deshalb tun wir das ausdrücklich nicht. Ich füge hinzu, dass die SPD in dieser Hinsicht für einen konstruktiven Regierungsstil und auch für einen konstruktiven Oppositionsstil steht. Wir neigen nicht zum Bonapartismus, aber das haben Sie sich wirklich zum letzten Mal erlaubt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen! Ich weiß, dass viele in Ihren Reihen diese Vorgehensweise, diesen parlamentarischen Stil und diesen Beratungsvorgang selbst kritisieren, dass Sie verärgert sind und dass er Ihnen auch weh tut. Deswegen verzichte ich darauf, die zweieinhalb Seiten Zitate über den neuen parlamentarischen Stil, die wir von Ihnen alle in dem Protokoll nachlesen konnten, hier vorzutragen. Mir liegt nicht an Häme. Das, was Sie da gesagt haben, fällt im Augenblick auf Sie selbst zurück. Ich muss als Mitglied einer ehemaligen Regierungsfraktion mit einer gewissen Ironie sagen, dass es Situationen gibt, da müssen sich Regierungsfraktionen als Reparaturbetrieb betätigen. Das machen Sie gerade für

C

D

(Walter Zuckerer SPD)

- A eine dilettantische politische Planung. Damit soll die Quälerei dann auch genug sein.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das war erfrischend!)

Worum es mir geht, ist etwas ganz anderes. Wenn wir uns darauf verständigen können, dass wir für die Zukunft mit einer saubereren politischen Planung saubere Ausschussberatungen für finanzwirksame Vorlagen und auch für Gesetze bekommen, dann hätten wir alle zur politischen Kultur dieser Stadt etwas beigetragen und wir würden uns besser verstehen.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell und Simone Kerlin, beide SPD)

Darum bitte ich nicht, das fordere ich von Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zuckerer, bei dem ersten Teil Ihrer Rede habe ich gedacht, da steht gar nicht Herr Zuckerer, das ist jemand anderes, aber nachher war der Original-Zuckerer wieder da. Herr Zuckerer, was Sie gesagt haben ...

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: ... war richtig!)

Sie haben gesagt, dass der Senat dem Parlament die Möglichkeit geben soll, die parlamentarischen Gremien entsprechend arbeiten zu lassen. Da muss ich sagen, so ganz Unrecht haben Sie nicht.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Ganz schön Recht!)

Es hätte etwas schneller gearbeitet werden müssen, aber ich bin der Meinung, dass das daran lag, dass der Senat versuchen musste, schnellstmöglich die Vorbereitungen zu treffen. Er konnte es nicht hinnehmen, dass noch zwei Monate ins Land gehen. Es wäre dann sehr schwierig geworden, rechtzeitig zum Haushalt 2003 die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

(Dr. Michael Freytag CDU: So ist es! – Uwe Grund SPD: Ne, die haben einfach gemurkst!)

Aber das betrachte ich noch als Anfangsschwierigkeiten und hoffe, dass der Senat da in Zukunft etwas schneller arbeitet.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Uns kommen die Tränen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn solche Unternehmen, wie zum Beispiel die HEW, endgültig verkauft werden, dann geht das uns Abgeordneten und auch vielen anderen doch etwas an die Nieren, weil das ein Vermögen ist, das Hamburger Bürger mehr oder weniger in Jahrzehnten, teilweise sogar bis zurück ins vorletzte Jahrhundert, geschaffen haben. Es sind teilweise auch strategisch wichtige Unternehmen, die jetzt veräußert werden müssen. Darum sollten wir uns doch auch in Zukunft bei allen Unternehmen, die veräußert werden müssen, vorher überlegen, was für Hamburg noch wichtig ist und ob nicht am Ende durch die Konkurrenz auch Schaden für Hamburg entsteht, wenn wir Betriebe verkaufen.

Auch die HEW war für die SPD in der Vergangenheit ein wichtiges Unternehmen. Man wollte es aus strategischen Gründen nie verkaufen, weil man auch Einfluss auf die

Energiepolitik nehmen wollte, insbesondere auch auf die Kernenergie. Das war immer ein Unternehmen, das die SPD nicht verkaufen wollte, aber die Haushaltsslage hat damals schon die SPD bewogen, auch hier wesentliche Teile zu verkaufen, genauso wie bei den Hamburger Gaswerken. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der jetzige Senat ist natürlich ebenfalls gezwungen, wichtige Dinge Hamburgs zu verkaufen, um überhaupt den Haushalt fahren zu können und nicht noch mehr Einsparungen durchzuführen, die sehr negativ auf die Hamburger Bevölkerung wirken. Ich will hier gar keine Schulzuweisungen machen, denn wo die Schulden herkommen, ist allgemein bekannt. Sie sind teilweise hausgemacht. Aber es soll an dieser Stelle auch gesagt werden, dass da auch bundespolitische Einflüsse sehr maßgebend gewesen sind, dass viele steuerliche Beschlüsse auf Bundesebene doch sehr, sehr negativ auf die Länder durchschlagen. So ist es auch zum jetzigen Zeitpunkt. Nichtsdestotrotz muss in diesem Fall gesagt werden, dass der jetzige Senat – anders als sein Vorgängersenat – die Verkäufe dafür nutzt, Schulden abzubauen und nicht alles im Betriebshaushalt zu verfrüchten, sondern in diesem Fall die Zinsentlastung dafür nutzt, den Haushalt mit zu finanzieren. Das wird auch in nächster Zukunft nicht anders sein. Wir werden die nächsten Jahre ebenfalls wichtige Teile des Hamburger Vermögens veräußern müssen, um überhaupt einen Haushalt fahren zu können.

Deshalb finde ich sehr gut, Herr Zuckerer, dass Sie gesagt haben – das erinnert mich an Ihre erste Rede im neuen Parlament –, die Schuldenlage ist derartig prekär, dass Regierung und Opposition gemeinsam versuchen müssen, den Haushalt wieder in Ordnung zu bekommen. Ich bin der Meinung, dass dieses heute ein guter Anfang von Ihnen war und dass wir diese schwierige Situation, in der sich Hamburg befindet – unabhängig davon, wer jetzt Schuld hat –, zum großen Teil nur gemeinsam lösen können. Darum rufe ich von dieser Stelle auch noch einmal die Opposition auf, mitzuhelfen, damit Hamburg wieder so regiert werden kann, wie es für die Bevölkerung notwendig ist. – Schönen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Mitteilung des Senats zur Ausübung von Verkaufsoptionen für die HEW und den Flughafen tätigt der Senat Verkaufsoptionen, die – das ist hier auch schon angeklungen – unter Rotgrün weitgehend vorbereitet wurden. Soweit ich das aus der Pressemitteilung und der Senatsmitteilung selbst – die recht knapp gehalten ist –, aber auch aus der mittlerweile vorliegenden Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage seitens der SPD beurteilen kann, haben wir den Eindruck gewonnen, dass der Finanzsenator entsprechend den Möglichkeiten, die vorhanden waren, ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt hat.

Der Preis war weitgehend vereinbart worden. Die zusätzlichen 94 Millionen Euro, die es jetzt gibt, waren, glaube ich, der Spielraum, den Hamburg durch unsere Zustimmung zu solch einer Umwandlung der Konzernstruktur hatte, bei der die Zustimmung Hamburgs zwingend ist. Für die kann man sich dann auch etwas geben lassen.

C

D

(Anja Hajduk GAL)

A Die Dynamik dieser Konzernentwicklung hätte vor einigen Jahren sicherlich niemand so genau abgesehen. Ich denke, was immer gegolten hat – soweit ich die Vertragslage kenne –, ist, dass die HEW vom Hamburger Standort aus wachsen sollte, so die Vereinbarung zwischen Regierung und den HEW. Das ist auch passiert. Dass dies eine Dynamik genommen hat, in dem ganz großartigen Wachsen, solch einen Global Player zu entwickeln, wo dann auch Standortfaktoren anderer Regionen, typischerweise in den neuen Ländern, berührt waren, hat dann sicher zu dem Ergebnis geführt, dass die Konzernzentrale – ich gehe aber davon aus, dass das eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern betrifft – nun in Berlin angesiedelt wird.

Ich glaube – oder so verstehe ich das –, dass das Vertragswerk, das Rotgrün mit den HEW geschlossen hat, der neuen Regierung die Möglichkeit gegeben hat, für Hamburg eine nicht ganz unwichtige Summe zum Jahr 2003 auszuhandeln. Wir von den Grünen sehen die Notwendigkeit und halten es auch nicht für falsch, dass dieser Verkauf jetzt getätigter wird, weil ein Verbleiben innerhalb des Konzerns unter der neuen Konzernstruktur keinen entscheidenden Sinn machen würde. Im Gegenteil. Wir haben schon im April mit einem Antrag zu den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass die Finanzierungsmöglichkeiten, die damit verbunden sind, wenn man an die Summe von 870 Millionen Euro denkt, für die Sanierung des Haushalts genutzt werden sollten. Hier bleiben für mich aber wichtige Fragen. Ich bedaure, dass wir die noch nicht klären konnten, bevor wir in dieser Sache schon abstimmen.

Mich würde natürlich interessieren, wie viel denn wirklich zur Schuldentlastung eingesetzt wird. Wenn ich die Äußerungen der Regierung zu den Entscheidungen für den Haushalt 2003 richtig verstehe, ist dort die Lücke im Betriebshaushalt so groß, dass ein nicht unerhebliches Maß zum Stopfen der Lücke im Betriebshaushalt genutzt werden muss. Wenn ich dann sehe, wie der Senat auf die Kleine Anfrage der Kollegin von der SPD geantwortet hat,

B dass eine Zinstilgung beim gesamten Einsatz für Schuldenrückführungen von 50 Millionen Euro nur übrig bleibt bei der HEW, dann eigentlich noch kalkulatorisch eine Dividende von 18 Millionen Euro abgezogen werden müsste, dann sieht man, dass die Zinsrückführung gar nicht so groß ist. Wenn man dann aber noch davon ausgeht, dass die Hälfte oder mehr vom Verkaufserlös nicht für die Schuldenrückführung genutzt werden kann, weil die Situation des Haushalts so problematisch ist, dann ist das ein Punkt, der – wie sich das Herr Silberbach gewünscht hat – eigentlich erst nachgewiesen werden müsste. Das ist, finde ich, eine wichtige Angelegenheit für uns. Wir können das jetzt nicht vorher, sondern werden das mit Sicherheit nachher fragen, weil wir natürlich die Aussage der Regierung, die eine nicht falsche Tendenz hat, überprüfen wollen.

Dabei sei mir aber eine kleine Kritik angemerkt. Wir haben im April dieses Jahres vorgeschlagen, dass Sie schon im Jahr 2002 damit anfangen, die Kreditermächtigung nicht voll auszuschöpfen, dann kann man nämlich gleich Zinsen sparen. Wir haben das schrittweise vorgeschlagen, weil die Haushaltsslage schwierig ist. Jetzt befürchte ich, dass wir im Jahr 2002 die Kreditermächtigung vielleicht voll ausnutzen müssen und noch nicht absehbar ist, wie viel von diesem großen Vermögensanteil wirklich in 2003 für die Schuldenrückführung und damit überhaupt erst der Anfang der Zinsersparnis in diesem Falle möglich ist.

Darüber hinaus müssen wir das noch genauer erfragen und später im Ausschuss debattieren – ich gehe davon

C aus, dass dem nachträglichen Überweisungswunsch gefolgt wird –, was aus Hamburg wegverlagert wird. In vorherigen Diskussionen und Interviews hatte der Finanzsenator selber Maßstäbe gesetzt, was er herausverhandeln möchte, welche Teile des operativen Geschäfts für Hamburg und wie vollständig erhalten bleiben sollen. Das möge uns dann an anderer Stelle noch einmal erläutert werden. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten das schon wissend und bewusst vor einer Entscheidung hier und heute miteinander klären können.

Zum Flughafen möchte ich aus „grüner“ Sicht sagen – das wird Sie nicht überraschen –, dass die Mehrheitsbeteiligung für den Flughafen, der im innerstädtischen Gebiet liegt, eine ganz entscheidende Frage ist. Bei den Vertragsbedingungen, die es zwischen Hamburg und auch den Mitgesellschaftern gibt, sind die Themen Lärm und Umweltverträglichkeiten geregelt. Wir gehen davon aus und werden darum streiten und kämpfen, dass sich an diesen Dingen nichts ändert wird, schon gar nicht an der Mehrheitsbeteiligung selbst.

Ich möchte zum Abschluss noch etwas zum Verfahren sagen. Herr Zuckerer hat das sehr eindringlich getan, aber Herr Tants hatte mich direkt angesprochen. Dazu möchte ich gerne Stellung nehmen.

Es ist nicht so, dass wir grundsätzlich abgelehnt hätten, weil wir das auch kennen, dass es mal Verfahrensbesonderheiten gibt. Was mich wirklich stört, ist, dass ich von Ihnen nicht persönlich angesprochen worden bin. Ich bin auch nicht von Herrn Peiner angesprochen worden. Ich habe schriftlich einen halbseitigen Vermerk aus der CDU-Bürgerschaftsfraktion bekommen und hätte mir gewünscht, mich mit Ihnen darüber austauschen zu können, dass Sie mir darlegen, warum und wieso dieses Verfahren nicht anders ging. Vielleicht können wir das in Zukunft so hinbekommen.

D *(Henning Tants CDU: Aber wenn Sie es hier schon so offen sagen, dann finde ich es schon bemerkenswert! Erkundigen Sie sich mal in Ihrer Fraktion, wie das geläufen ist!)*

– Ich möchte das jetzt gar nicht vertiefen. Ich drehe das einfach um und sage, ich fände es gut, weil ja immer mehrere daran beteiligt sind. Ich fände es richtig und gut, wenn von Senatsseite Zeitdruck ist, der von den Regierungsfraktionen auch wahrgenommen wird, die Möglichkeit, die wir früher immer hatten, zu nutzen, nämlich direkt mit Obleuten oder Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch zu kommen. Ich finde, das ist hier nicht zur Genüge geschehen. Das ist bedauerlich, weil das hier schon um eine schwerwiegende Entscheidung geht. Deswegen ist Ihr Eindruck, der sich wie auch immer bei Ihnen festgesetzt hat, dass wir dazu prinzipiell nicht bereit seien, so nicht richtig. Wir möchten nur auf angemessene Weise gefragt und informiert werden. Wir haben dann gesagt, dass wir auch einen Wunsch auf der Verfahrensebene hätten. Mich hat nur noch die Absage erreicht, dass Sie das hier durchstimmen wollen. Ich glaube, das liegt daran, dass wir solche Gespräche schlecht im Plenum führen können. Das gebe ich zu. Da habe ich vielleicht auch nicht alles ganz richtig wiedergegeben. Besser wäre es, wenn wir solche Verfahrenssachen jenseits des Plenums direkter und persönlicher besprechen würden. Dann kann es auch mal Ausnahmen geben. Insgesamt wünschen wir uns aber bei so grundsätzlich wichtigen Dingen, dass der Senat eine angemessene Beratungszeit – grundsätzlich auch im Ausschuss – für uns bereithält. – Danke schön.

(Anja Hajduk GAL)

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Im Grunde kann ich meinen Vorendnern nicht sehr viel hinzufügen. Es ist richtig, dass Finanzsenator Peiner einige wichtige standortpolitische Ziele bei den Nachverhandlungen, insbesondere, was das Thema HEW-Verkauf anbetrifft, durchgesetzt hat. Ein ganz wichtiger Punkt ist da für mich die Garantie von 3000 Arbeitsplätzen, dass das operative Geschäft der HEW in Hamburg bleiben soll, dass auch der Sitz der Kernkraftstöchter in Hamburg bleiben soll und dass einige andere Bereiche des sich neu formierenden Unternehmens nach Hamburg gezogen werden.

Der große Mangel an diesem ganzen Konzept ist, dass die neue Gesellschaft ihren Hauptsitz nicht in Hamburg, sondern in Berlin haben wird. Da muss ich einfach sagen, dass man das bei den ersten Verkaufsverhandlungen versäumt hat, dieses festzuzurren. Berlin hat das gemacht. Insofern waren die im Vorteil und später konnte man da nichts mehr retten. Da hat wohl im alten Senat – und da sind für mich die Ausführungen von Frau Hajduk eigentlich sehr signifikant – die Phantasie gefehlt, dass aus HEW einmal ein großes Unternehmen werden könnte,

(Anja Hajduk GAL: Das sollte! Das war vereinbart!)

was Begehrlichkeiten weckt und ein anderer uns das weg schnappt. Nun haben wir das Nachsehen, was den Standort anbetrifft.

B Hervorragend ist auch, dass es dem Finanzsenator gelungen ist, einen finanziellen Nachschlag auszuhandeln. Auch das steht auf der Positivseite. Was das Verfahren der Beratungen anbetrifft, muss ich Ihnen ehrlich sagen, dass ich es wirklich nicht glücklich finde. Da hätte es Mittel und Wege geben müssen, eine vernünftige Beratung auch im dafür zuständigen Ausschuss durchzusetzen. Ich kann nur an den Senat appellieren, nicht noch einmal so zu verfahren, sondern das vernünftig so vorzubereiten, dass auch eine gute Beratung im Ausschuss möglich ist. Wir haben versucht, das durch diese Sitzung zu retten, die eigentlich gestern hätte stattfinden sollen. Bei mir, Frau Hajduk, ist es so angekommen, dass die GAL zwar zugestimmt hätte, aber nur, wenn damit auch ein Koppelgeschäft verbunden worden wäre bezüglich irgendwelcher – ich weiß nicht genau welche – anderer Forderungen der GAL. So geht es natürlich nicht. So kann man es auch blockieren und das ist dann auch wenig glücklich. Wir sollten einmal alle gemeinsam beraten, wie wir das künftig vernünftig regeln, dass die Verständigung der Fraktionen untereinander besser klappt

(Anja Hajduk GAL: Wenn man auch mal direkt mit einander spricht, wäre das sehr hilfreich!)

und dass die Beratungen dann auch gut abgewickelt werden. Jetzt würden wir auch sagen, dass wir es nachträglich an den Haushaltsausschuss überweisen sollten. Wir alle sind dafür, dass die Anteile verkauft werden. Insofern geht nichts kaputt. Die Rahmenbedingungen und die Verwendung der Mittel können wir auch alle gerne nachträglich im Haushaltsausschuss beraten. Die FDP wird also auch dem Verkauf zustimmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat Senator Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich teile, was Herr Zuckerer eben über ein Stück Wehmut zum Restverkauf der HEW sagte. Die HEW sind ein bedeutendes Unternehmen, das mit der Stadt, mit den Familien der Stadt, mit der Wirtschaft der Stadt aufs Engste verbunden ist. Sicher ist es auch kein leichter Fall und keine leichte Situation, wenn ein Unternehmen, mit dem man sozusagen auch persönlich groß geworden ist und das eine Institution dieser Stadt ist, in dem Sinne plötzlich nicht mehr ein hamburgisches Unternehmen ist.

Wir haben dieses – und wenn ich sage wir, dann meine ich den Bürgermeister und mich – heute morgen noch einmal mit dem Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall und auch mit dem Vorstandsvorsitzenden der HEW besprochen und ihnen gesagt, dass wir sie darin unterstützen, dass die HEW in Hamburg verankert bleiben, auch in den Herzen der Menschen verankert bleiben, wenn sie ihrerseits, das heißt Vattenfall Deutschland in der neuen Konstellation der HEW, auch in Zukunft einen Beitrag für uns leisten und sich auch in Zukunft als hamburgisches Unternehmen, zumindest mit den in Hamburg verbleibenden Teilen, verhalten und die Stadt in wichtigen Fragen unterstützen. Mein Eindruck war, dass diese Botschaft von dem Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall, Herrn Joseffson, aber auch bei dem Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall Deutschland, Herrn Rauscher, verstanden wurde. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch jetzt, nach dem abgeschlossenen Verkauf, mit HEW und Vattenfall Europa zu einer guten, freundschaftlichen Arbeitsbeziehung kommen werden und von uns aus jeden Beitrag dazu leisten, dass auch in Zukunft die Arbeitsplätze hier über die vereinbarten Termine gesichert bleiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Ich teile auch ausdrücklich den Unmut über das Verfahren. Herr Zuckerer hat gesagt, eigentlich dürfte man das nicht hinnehmen. Ich bedanke mich für das „eigentlich“. Es ist richtig, aber ich bitte hier auch um Verständnis für den sehr engen Zeitraum in den Beratungen. Die Verhandlungen sind erst vor wenigen Wochen abgeschlossen worden und ich darf sagen, dass es nicht unbedingt immer leichte Verhandlungen waren. Hier ging es darum, die juristischen Restpositionen zu einem Optimum für Hamburg zu nutzen. Es galt, den schmalen Grat zwischen Aufrechterhaltung der freundlichen Beziehung und einer konsequenten Durchverhandlung zu wahren. Auch die Schweden trennen sich nicht leicht und schon gar nicht leichtfertig von Geld.

Dieser Prozess wurde erst vor wenigen Wochen abgeschlossen. Vattenfall hat dann aber um der eigenen Planungssicherheit Willen an uns die Bitte herangetragen, die Zustimmung der politischen Organe sicherzustellen, da während der Sommerpause die Einladungen zu den Hauptversammlungen geschrieben werden müssen, denn die HEW ist zumindest mit einem Rest noch eine Publikumsgesellschaft.

Man wollte die Zusicherung haben, um Ende August die notwendigen Beschlüsse zu vollziehen. Wenn die Bürgerschaft heute nicht zustimmen würde, hätte über das ganze Vertragspaket nicht mehr entschieden werden können. Dann wäre Vattenfall möglicherweise das Risiko gelaufen, dass es zu keiner rechtzeitigen Zustimmung kommt.

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

A Deswegen haben wir versucht, diesem Wunsch nachzukommen, und darum gebeten, heute die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Noch einmal: Ich habe volles Verständnis für die Kritik am Verfahren – Herr Zuckerer, ich gelobe Besserung für die Zukunft.

Zum Dritten: Ich freue mich über die Übereinstimmung in der Sache, denn ein Punkt war nicht ganz unkritisch. Die alten Verträge sahen bekanntlich vor, dass es, wenn die Option gezogen ist und wir unsere Anteile verkauft haben, gar keine standortsichernden Zusagen mehr gegeben hätte. Der Grundlagenvertrag mit Vattenfall und Hamburg wäre dann in sich zusammengefallen.

Uns kam es aber darauf an, neben dem finanziellen Rahmen vor allen Dingen auch standortsichernde Funktionen sicherzustellen. Wir standen hier auch im engen Kontakt mit der Betriebsratsvorsitzenden Frau Arndt. Ich denke, dass es uns gelungen ist, mit ihr in enger Zusammenarbeit – auch mit den verschiedenen Vertretern, die im Bereich der HEW tätig waren – zu einer Lösung zu kommen, die über die alten Verträge hinausgeht und – ich hoffe – dauerhaft den Standort und die Beschäftigung in Hamburg sichert.

Ein Punkt zum Flughafen. Wir sind, wenn wir diese Option ziehen, mit circa 51 Prozent am Flughafen beteiligt. Mit den von uns verabschiedeten Kriterien haben wir auch entschieden, dass dort, wo wir ein wesentliches Infrastrukturinteresse haben – das darf man beim Flughafen unterstellen –, es regelmäßig geboten ist, auch über eine Mehrheit zu verfügen. Wir haben dieses übrigens auch gegenüber Hoch-Tief klar signalisiert, denn das Unternehmen kam naturgemäß mit dem Wunsch: Wir nehmen zur Kenntnis, dass ihr die neun Prozent ausübt, noch lieber wäre es uns, noch zwei weitere preiswerte Prozente zu bekommen. Hier war das Vertragspaket wirklich sauber. Man konnte reinen Herzens sagen: Diese neun Prozent, weitere Prozentpunkte nicht.

Wir wollen den überwiegenden Teil der Verkaufserlöse – das sind mit dem Flughafen etwas mehr als eine Milliarde Euro, die dem Haushalt zufließen – schon überwiegend zur Verringerung der Netto-Kreditaufnahme in 2002 nutzen. Wir werden wahrscheinlich einen Teil in die Rücklage einstellen müssen, um für das wegen der voraussichtlich deutlich sinkenden Steuereinnahmen entstehende Haushaltsdefizit in 2003, aber auch – darüber haben wir gesprochen – wegen des Haushaltsdefizits aus 2001, das in 2003 finanziert werden muss, Vorsorge zu treffen.

Wir werden hierüber sehr ausführlich im Haushaltsausschuss berichten. Aber ich bin froh, dass wir – bei aller Wehmut – insbesondere den Prozess HEW so abgeschlossen haben, wie wir ihn abgeschlossen haben. Ich bedanke mich für die Bereitschaft der Bürgerschaft, diesem Abschluss heute den parlamentarischen Segen zu geben, obwohl ich mir darüber klar bin, dass der Verfahrensablauf etwas ungewöhnlich ist. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Liegen weitere Wortmeldungen vor? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/904 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Nun lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Senatsantrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist der Senatsantrag angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Senatsantrag einstimmig bei wenigen Stimmenthaltungen auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer stimmt nunmehr einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 17/904 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Mir liegt jetzt das **Wahlergebnis** vor. Bei der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Oberverwaltungsgericht sind 108 Stimmzettel abgegeben worden, davon war ein Stimmzettel ungültig. Frau Dr. Anke Jobmann erhielt 67 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen. Damit ist Frau Dr. Jobmann gewählt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich rufe Punkt 58 auf: Drucksache 17/1021: Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP: Deutschunterricht in Kindergärten

D

**[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:
Deutschunterricht in Kindergärten
– Drucksache 17/1021 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 17/1062 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kinder lernen Deutsch in Krippe und Kindergarten
– Drucksache 17/1062 –]**

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Freund.

(Werner Dobritz SPD: Noch im Amt?)

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema „Vorschulische Sprachentwicklung“ ist seit einigen Wochen in aller Munde. Ich wundere mich, warum es so lange gedauert hat, denn in unserem Wahlprogramm steht, dass wir hier etwas tun müssen.

(Günter Frank SPD: Hat keiner gelesen!)

Dieses Thema wurde lange Zeit sehr stiefmütterlich behandelt. Wir wissen, dass es zum großen Teil an den mangelnden Sprachkenntnissen liegt, warum wir bei PISA so schlecht abgeschnitten haben. Laut Bericht im „Hamburger Abendblatt“ von heute liegt der höchste Ausländeranteil an einer Schule bei 93 Prozent. Ich kann Ihnen diese Lektüre wirklich einmal empfehlen, denn in allen Stadtteilen gibt es Schulen mit einem Anteil von 40 Prozent, 60 Prozent oder 70 Prozent von Ausländer- oder Migran-

(Karin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A tenkindern. Das zeigt deutlich, dass hier dringend etwas getan werden muss.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die SPD ging jahrelang davon aus, dass das Mitlaufen der Kinder, die zu 93 Prozent in der Betreuung einer Vorschule oder eines Kindergarten sind, reichen würde, um genügend Sprachkenntnisse zu erlangen, bevor sie in die Schule kommen.

Seit zwei, drei Jahren ist es wissenschaftlich erwiesen, dass dies nicht der Fall ist. Es wurden leider erst jetzt Aktivitäten gezeigt, etwas zu tun und umzudenken. Wir haben so schnell wie möglich gehandelt und Herrn Professor Reich damit beauftragt, eine Sprachbestandsprüfungsuntersuchung zu entwickeln, die uns helfen soll, die Kinder herauszusuchen, die dringend einer Sprachförderung bedürfen.

Herr Professor Reich wird an dieser Untersuchung vom nächsten Schuljahr an arbeiten und gleichzeitig auch die Sprachförderungsmaßnahmen entwickeln, wie man den jungen Kindern am besten die Sprache beibringen kann. Bis wir diese Ergebnisse haben, müssen wir noch ein wenig warten, aber wir wollen die Hände nicht in den Schoß legen und die Zeit einfach verstreichen lassen.

Deswegen wird es zunächst ein Modellprojekt geben, an dem circa 30 bis 40 Grundschulen beteiligt werden sollen. Die Kinder sollen von Lehrerinnen oder Pädagogen, die zurzeit keine Anstellung haben, in den Kindergärten der Umgebung einer jeweiligen Schule für einige Wochenstunden betreut werden. Die dort ausgewählten Gruppen, die dieser Sprachförderung bedürfen, sollen von ihnen spielerisch unterrichtet werden. Die Erzieherinnen sollen unbedingt anwesend sein, um dies im täglichen Betreuungsprozess mit anzuwenden.

Davon erhoffen wir uns sehr viel. Die Lehrer, die in diese Kindergärten gehen werden, sind motiviert, weil diese Kinder später nämlich zu ihnen in die Schule kommen, sodass sie dann die Früchte ernten können. Sie profitieren davon, wenn die Kinder schon ein höheres Maß an Sprachkenntnissen mitbringen.

Unser langfristiges Ziel wird sein, dass wir diesen Sprachtest in Hamburg flächendeckend nicht nur für Migrantenkinder, sondern für alle Kinder durchführen lassen wollen. Es gibt – das wissen wir auch – sehr viele deutschsprachige Kinder, deren Sprachkenntnisse noch nicht ganz ausreichen, um dem Stoff der Grundschule folgen zu können. Auch hier müssen dringend Fördermaßnahmen angewendet werden.

Das langfristige Konzept sieht vor, dass die Kinder erst in den Schulprozess aufgenommen werden, die diese Mindestvoraussetzungen erfüllen.

Es wird wohl kaum Konflikte zwischen uns geben, denn die Förderung der deutschen Sprache – das hat auch die Anhörung in der letzten Woche ergeben – ist dringend notwendig. Insofern kann ich eigentlich nur dafür plädieren, dass Sie diesen Antrag unterstützen, damit wir schnellstmöglich die zu erarbeitenden Konzepte im nächsten Jahr gemeinsam umsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Freund, ich habe den Zeitungen entnehmen können, dass Sie Schwierigkeiten haben; ich versuche, Ihnen ein wenig zu helfen.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Auf Ihre Hilfe sind wir nicht angewiesen! Passen Sie auf Ihren eigenen Fraktionsvorsitzenden auf!)

Sie fordern bei der Sprachförderung ein Umdenken. Dieses Umdenken will ich an zwei Zahlen festmachen:

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Ich schreibe mit!)

Herr Müller-Sönksen, im Haushalt 2001 wurden für die Sprachförderung im Bereich der Kindertagesstätten 2,8 Millionen Euro ausgegeben. Ihr Senat sieht

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: In 2001 haben wir noch D-Mark ausgegeben!)

für das Jahr 2003 2,18 Millionen Euro vor. Das heißt, in diesem Bereich werden 700 000 Euro fehlen. Das nenne ich auch eine Art von Umdenken.

(Beifall bei der SPD)

Angenommen, wir zwei würden einen Spanischkurs besuchen, der jeweils an zwei Wochenstunden stattfindet, erfolgreich bestehen – ich weiß nicht, ob Sie Spanisch können; ich kann es nicht –, dann würden wir gerade einmal in der Lage sein, einen guten Rioja zu bestellen. Sie würden darüber hinaus wahrscheinlich noch in der Lage sein, sich mit dem Wirt über das Wetter zu unterhalten. Aber bei der Frage, ob wir uns in Madrid dem spanischen Alltag stellen oder um einen Job bewerben können, habe ich – auch bei Ihnen – meine Zweifel.

(*Karin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Erzieherinnen sollen auch sehen, wie gefördert wird!)

Im Zusammenhang mit der von Ihnen angesprochenen Sprachförderung im Bereich der Kindertagesstätten reden wir nicht von Erwachsenen – die bei aller Behäbigkeit wissen, was Vokabeln, Zeiten, Fälle und Sätze sind –, sondern wir reden von Kindern im Vorschulalter, die in der Regel davon nichts wissen und vor zwei Aufgaben stehen.

Erstens sollen sie eine ihnen bisher fremde Sprache lernen und zweitens bei der eigenen Muttersprache hinzulernen. Kinder, von denen wir im Augenblick reden und auf die Sie in Ihrem Antrag abzielen, lernen Sprache anders als Schulkinder und Erwachsene. Auch das wissen wir aus der von Ihnen gerade erwähnten Anhörung am letzten Donnerstag.

Sie lernen durch Tun, Bewegen und Berühren von Gegenständen.

(*Karin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Spielerisch!)

– Und spielerisch.

(*Karin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: So soll es auch sein!)

Der von Ihnen genannte Professor Reich sagt deutlich: Sprachunterricht ist das Letzte, was Kinder im Alter von vier und fünf Jahren gebrauchen können, um Sprache zu lernen.

(Beifall bei der SPD)

Was Kinder im späteren Entwicklungsstadium mühelos lernen – etwa das analytisch kognitive Umgehen mit der

(Thomas Böwer SPD)

- A Sprache –, ist als Fähigkeit in diesem Alter noch nicht vorhanden. Deshalb gilt für das Vorschulalter: Durch Tun, Spielen und Machen werden Fähigkeiten erworben. Von Sprachunterricht kann hier keine Rede sein.

(*Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Das hat sie ja gesagt!*)

Wenn Sie die Expertenanhörung im Jugend- und Sportausschuss vom letzten Donnerstag richtig verfolgt und auch verstanden hätten, dann hätten Sie eine gewisse Größe zeigen und Ihren Antrag zunächst zurückziehen sollen, um die Erkenntnisse dieser Anhörung mit einzubauen. Das haben Sie nicht getan.

Sie haben auch nichts aus Ihrer eigenen Anhörung dort im großen Saal gelernt,

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Hoffentlich lernen Sie mal aus Ihren Fehlern,
die Sie gemacht haben!*)

in der die Leitungskräfte der Kitas deutlich darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Sprachförderung integraler Bestandteil der Kita-Arbeit sein muss und dass – das haben auch die Experten am Donnerstag genannt – Hauptkraft und nicht Nebenkraft gelten muss. Das heißt, diejenigen, die mit den Kindern arbeiten, sollten auch die Sprachförderung übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind drei fachliche Gründe, die wesentlich sind. Wir bezeichnen Ihren Antrag deshalb nicht als vollkommen unsinnig und kontraproduktiv. Ich möchte Ihnen sehr gerne helfen. Darum mache ich Ihnen sechs Vorschläge, über die wir gemeinsam diskutieren können.

- B Erstens: Wir nehmen das Geld für Ihren Modellversuch – Sie haben versucht, diesen etwas fade und sehr unverbindlich darzustellen – und stecken es in die Sprachförderung zur Qualifikation von Erzieherinnen und Erzieher, die Tag für Tag mit den Kindern im Kindergarten arbeiten.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Wenn der Zeitpunkt kommt, dass Sie kein Geld mehr für Ihr Modellprojekt haben, dann bleibt zumindest die Qualifikation dieser Erzieherinnen und Erzieher. Das ist zumindest ein Pfund, mit dem wir wuchern können.

Zweitens: Wir glauben, dass es im Zusammenhang mit der Sprachförderung dringend erforderlich ist, eine Qualitätsvereinbarung zwischen dem Amt für Kindertagesbetreuung und Trägern der Kindertagesstätten herbeizuführen. Bisher ist die Sprachförderung für Kinder der Kindertagesstätten in Hamburg nichts Neues; das ist Praxis. Wir können allerdings gemeinsam dafür sorgen, dass diese noch sehr viel verbindlicher in den erzieherischen Prozess mit einfließt.

Drittens: Machen wir uns kundig darüber – ich habe aufgrund Ihres Antrags den Eindruck, dass Sie hierüber bisher nicht richtig recherchiert haben –, an welchen Kita-Standorten im Augenblick eine Sprachförderung stattfindet. Diese Untersuchung gibt es bisher noch nicht. Das wäre eine Aufgabe für Senator Lange und sein Amt für Kindertagesbetreuung.

Viertens: Wir kämen hinsichtlich der Sprachförderung so zu einer anderen Art von Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule. Wir haben am Donnerstag erfahren, dass der Sprachförderungsprozess für Kinder kein kurzfristiges Projekt ist, sondern Herr Professor Reich hat aus-

geführt, dass wir sinnvollerweise über einen Zeitraum von vier bis sieben Jahren reden müssen. Deshalb braucht es in der Frage der Sprachförderung von Kindern einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und nicht allein zwischen den Personen. Das ist die eigentliche Herausforderung. Deswegen war es sehr bedauerlich, Herr Kollege Drews, dass ich Sie bei der Anhörung leider nicht begrüßen konnte, obwohl Sie federführend für den GAL-Antrag „5 plus“ zur Sprachförderung sind.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Fünftens: Sie fordern Sprachtests und wollen dann entscheiden, ob Kinder in die Schule kommen können. Wir sagen, dass wir – in Analogie zu dem, was Herr Professor Reich ausgeführt hat –, Sprachstandserhebungstests brauchen, die auch die Muttersprache des jeweiligen Kindes im Auge behalten. Diese brauchen wir bei Eintritt in den Kindergarten und in dem Zeitraum vor dem Schuleintritt, um den eigentlichen Förderbedarf für die Kinder entsprechend zu entwickeln.

Wir brauchen darüber hinaus einen Test, um zu erkennen, in welcher der Kindertagesstätten gut und wo weniger gut gelernt werden kann. Das soll kein moralischer Fingerzeig sein, sondern wir wollen daraus Erkenntnisse gewinnen.

Sechstens: Frau Freund, Können Sie sich möglicherweise noch an die Haushaltsplanberatungen erinnern? Dort hatten Sie mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen den Antrag der SPD abgelehnt, dass wir bei der Sprachförderung die Mütter mit einbeziehen. Das ist einer der Punkte, den Herr Professor Reich ebenfalls angeführt hat, denn die Mütter sind der Schlüssel für die Akzeptanz, überhaupt eine andere Sprache als die Muttersprache zu lernen.

Ein Nebenaspekt am Rande: Manchmal öffnet die Kindertagesstätte für ausländische Mütter den ersten Zugang zu unserer Gesellschaft. Das sollten wir entsprechend nutzen.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Über die Art und Weise, wie Sie Ihren Antrag vorgebracht haben, entstand bei mir der Eindruck, dass er sehr dünn ist. Frau Freund, deswegen gilt weiterhin der Satz: Gut gemeint reicht manchmal nicht aus. Ich glaube, wir sollten uns die Zeit nehmen, beide Anträge – sowohl Ihren als auch unseren – in dem dafür zuständigen Fachausschuss zu diskutieren. Denn Sie haben Recht: Es kommt allen darauf an, wie Kinder Deutsch lernen. Das ist der Schlüssel für ihr Leben.

(*Dirk Nockemann SPD: Da hätten Sie ein bisschen eher drauf kommen müssen!*)

Aber Ihr Vorschlag

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP: ... ist besser!*)

geht in die Irre und ist an einigen Stellen unsinnig. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böwer, Ihre Worte sind von keiner ausreichenden und umfassenden Sachkenntnis geprägt.

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

C

D

(Wolfgang Drews CDU)

- A – Sie fangen immer schon an herumzubölkeln, bevor Sie überhaupt den zweiten Teil des Satzes gehört haben; warten Sie erst einmal ab.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Drews, für das Wort „bölkeln“ muss ich Sie mit einem Ordnungsrufl belegen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wolfgang Drews (fortfahrend): Sie müssen bedenken, dass es nicht darum geht, den Kindern nur aus Sicht der Kindergärten Deutsch beizubringen, sondern es geht darum, wie wir unsere Kinder so weiterentwickeln können, dass sie den Anforderungen in den Schulen und im späteren beruflichen Leben gewachsen sind.

Hier ist zunächst festzustellen, dass Sie die letzten Jahre in diesem Bereich Verantwortung getragen, aber etwas Vergleichbares nicht vorgelegt haben. Wenn ich mir die Debatten der letzten Jahre anschau, muss ich erkennen, dass sowohl die SPD als vermutlich auch Frau Goetsch ihr Herz dafür entdeckt haben, wie wichtig es ist, an den Schulen und in den Kindergärten Deutsch zu lernen.

Die Debatten der letzten Jahre in diesem Haus haben doch immer nur gezeigt, dass Sie die jeweilige Muttersprache der Kinder in Hamburg voranbringen wollten. Für die deutsche Sprache in Kindergärten und Schulen ist in den letzten Jahren von Rotgrün überhaupt nichts beigebracht worden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Luisa Fiedler SPD: Das ist ja absurd!)

B Von daher haben Sie in kurzer Zeit ebenso eine Kehrtwendung vollzogen wie die Bundesbildungsministerin. Es haben heute alle gelesen, dass Frau Bulmahn ganz plötzlich für nationale Leistungsstandards eintritt. Wer hat sich denn in den letzten Jahren in Hamburg gegen die Vergleichbarkeit von Abschlüssen gewehrt?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Zurufe von der SPD)

Frau Fiedler, die Unerlichkeit Ihrer Genossinnen und Genossen ist für jedermann ersichtlich. Die Kehrtwende, die Sie im Bereich der Leistungsstandards und bei der deutschen Sprache vollzogen haben, ist für jedes Mitglied in diesem Hause und für jede Bürgerin und jeden Bürger nachlesbar bei der Parlamentsdokumentation der Bürgerschaftskanzlei unentgeltlich abzufordern.

(Rüdiger Schulz SPD: Reden Sie mal zum Thema!)

Ich lade alle dazu ein, die es nicht glauben, die Reden der letzten Jahre – man muss nicht zwanzig Jahre zurückgehen, es reicht ein Jahr – abzufordern. Dann wird man feststellen, welche

(Rüdiger Schulz SPD: Haben Sie auch etwas zum Thema?)

atemberaubende Kehrtwende Hamburger Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode – seitdem sie die Macht verloren haben – vollzogen haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die geringere Bildungsbeteiligung aufgrund der fehlenden Kenntnisse der deutschen Sprache – das wissen wir – ist

bei ausländischen Kindern für die Schwierigkeiten in der Schule und insbesondere für die geringeren Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mitverantwortlich. Die Debatten haben wir hier wirklich mehr als einmal geführt.

C Herr Böwer, Sie sind in der Tat zu kurz gesprungen. Sie hätten auch LAU 9 lesen sollen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass eine Benachteiligung von Schülern ausländischer Herkunft im Hamburger Bildungssystem zwar nicht feststellbar ist, aber bei der Betrachtung der Fachleistungen zeigt sich

(Hartmut Engels CDU: Dann ist Bayern wieder vorne!)

insbesondere in den Bereichen Leseverständnis und Sprache ein deutliches Leistungsgefälle zuungunsten der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft.

Das ist eine Untersuchung, die die alte BSJB von unabhängigen Wissenschaftlern in Auftrag gegeben hat. Insfern, Herr Kollege Böwer, hätten Sie die Ergebnisse von LAU 9 im Bereich der Fachleistungen zumindest noch einmal querlesen oder sich aufschreiben lassen sollen.

Bis zum Ende der Klassenstufe 8 ist es bis zum heutigen Tag nicht gelungen, in Hamburg die bestehenden Leistungsunterschiede und Defizite in zentralen

(Luisa Fiedler SPD: Sie reden am Thema vorbei!
Darum geht es heute nicht!)

Kompetenzbereichen der Wissenschafts- und Informationsgesellschaft, verehrte Frau Fiedler, zu beseitigen.

Für den neuen Senat und die ihn stützende Bürgerkoalition aus CDU, FDP und Partei Rechtsstaatlicher Offensive ist die Verbesserung dieser Sprachkenntnisse bei allen Kindern – Frau Fiedler, bei allen Kindern – ein zentrales Ziel der Bildungspolitik.

(Zurufe von der SPD)

Hamburg wird damit als erstes Bundesland – ich versteh, dass Sie das aufregt –

(Barbara Duden SPD: Wir wollen etwas zur Sache hören! – Luisa Fiedler SPD: Zur Sache!)

ein Verfahren zu Sprachkompetenzabfrage von Kindern entwickeln, die Vorschulklassen oder Kindertageseinrichtungen besuchen. Hier wird die Grundlage für eine gezielte, frühzeitige Förderung der Sprachkenntnisse bereits vor der Einschulung in die Grundschule gelegt und damit für einen chancenreichen Start in die jeweiligen Lebensabschnitte – in der Schule und in anderen Bildungsbereichen wie zum Beispiel bei der Erwerbung von Kompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung – gesorgt.

Wir sollten uns – wie es leider in der Vergangenheit unter den Senatorinnen Raab und Pape gehandhabt wurde – mit diesen Dingen nicht zu viel Zeit lassen. Wir alle lesen jeden Tag in den Zeitungen, dass unpolitische Kommentatoren fragen: Deutschland, wie lange wird es dauern, bis versucht wird, die Erkenntnisse zumindest ansatzweise zu ändern? Genau das ist das Stichwort: Herr Böwer, Ihr Antrag reicht nicht.

Es ist doch die Frage, ob Veränderungen in einer Stadt oder bei einem Gemeinwesen aufgrund von Gutachten, Gegengutachten und durch die Befragung von 100 000 Personen Jahre oder Jahrzehnte dauern müssen oder ob sich die gesamtgesellschaftlichen Gruppierungen oder diejenigen, die Verantwortung tragen, in der Bewertung

(Wolfgang Drews CDU)

A einig sind und sagen: Wir bringen den Mut, die Kraft und die finanziellen Mittel auf; es ist unsere Kompetenz, in gemeinsamer Anstrengung etwas zu verändern und zu bewegen.

Dieser Antrag ist – das ist im Text einleitend dargestellt – ein erster Schritt, in dieser Stadt etwas zu verändern und nicht Jahre zu warten, bis es Gutachten und Gegengutachten gibt, die beweisen, dass das, was die CDU in Hamburg auch schon seit Jahren gesagt hat, richtig ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Wolfgang Drews (fortfahrend): Nein, Herr Präsident.

Es geht letzten Endes darum, mit dem vorgeschlagenen Modellprojekt eine neue Kooperation zwischen Grundschulen und Kindertageseinrichtungen zu erproben und die gewonnenen Erkenntnisse flächendeckend in Hamburg für Sprachförderangebote umzusetzen. Das wird – das betone ich noch einmal – in der geplanten Form unter allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland einzigartig sein. Die Kindertagesstätten, die in der Vergangenheit eine Funktion als reine Betreuungseinrichtung hatten, werden zukünftig somit auch in Teilen die Rolle einer Bildungseinrichtung, zumindest zum Erwerb der Sprachen übernehmen.

Herr Böwer, wir hatten vor einigen Wochen zusammen mit Frau Ernst, Herrn Buss und anderen aus Ihrer Fraktion in Göteborg Gelegenheit, uns kundig zu machen, wie es in Schweden gehandhabt wird, was den Erwerb von Sprachen anbelangt, und von Finnland wissen wir es letzten Endes auch. Es wurde uns immer wieder gesagt, dass drei Dinge im Land zum Erwerb von Chancen für berufliche Weiterbildung, für Entwicklung in der Gesellschaft, für Teilhabe wichtig sind: Sprache, Sprache, Sprache. Genau das ist der Punkt und in Hamburg ist es nicht anders. Auch hier geht es darum, diese drei Dinge voranzutreiben und zu forcieren. Wir als Bürgerkoalition wollen das jedenfalls und deswegen dieser erste Antrag.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Wilfried Buss SPD: Unzureichend!)

Verehrter Herr Böwer, ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Dass die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen zur frühzeitigen Sprachförderung in Hamburg bisher ungenutzt geblieben sind, darauf weisen beispielsweise die Ergebnisse der ersten Phase des Pilotprojekts „Sprachentwicklung zweisprachiger Kinder im Elementarbereich“ aus dem Jahr 2001 hin beziehungsweise dort sind die Defizite entsprechend aufgeführt. Im Bereich der Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen fehlen nämlich für die Erzieherinnen und Erzieher systematische Anleitungen und Methoden der Erfolgsüberprüfung. Da sind wir im Grunde wieder bei dem Thema, bei dem wir auch bei Modellprojekten an Schulen häufig gelandet sind. Es fehlt an der Systematik, Evaluation durchzuführen, und häufig auch an den finanziellen Mitteln. Und eines muss uns klar sein: Modellprojekte alleine machen keinen Sinn. Sie müssen auch von allen gewürdigt, sie müssen evaluiert werden, erst dann wird ein Schuh daraus und man muss den

Mut aufweisen, auch im Nachgang Korrekturen anzubringen. Aus diesem Grund ist es geboten, die verzahnte Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und den entsprechenden Grundschulen zu intensivieren.

C

Lassen Sie mich zum Abschluss kurz Punkt für Punkt auf Ihren Antrag eingehen, warum wir der Ansicht sind, dass der Antrag ungeeignet ist.

In Punkt 1 fordern Sie eine Qualifizierungsoffensive; da sind wir gerade dabei. Sie wissen, dass Professor Reich von der BWS und Senator Lange beauftragt wurde, mit diesem Ziel etwas weiterzuentwickeln. Was wir Ihnen heute als Antrag vorlegen, sind quasi die Antipasti zum richtigen Menü,

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

aber bitte gestatten Sie uns, dass gut Ding Weile haben will.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Damit komme ich zu Punkt 2. Sie fordern hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt Honorarkräfte. Herr Böwer, unser Antrag geht einen Schritt weiter. Wir sagen nicht Honorarkräfte oder hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für uns sollen es ordentliche, qualifizierte Grundschullehrer und damit Pädagogen sein und dieser Schritt ist ein Schritt in die richtige Richtung und damit weitergehender.

Im dritten Punkt fragen Sie nach den Standorten. Das ist in unserem Antrag enthalten.

(Glocke)

Nein, Herr Präsident, ich gestatte keine weiteren Zwischenfragen.

D

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Darf ich erst die Frage stellen, bevor Sie antworten?

(Jürgen Klimke CDU: Er hat doch keine Zeit mehr!)

Wolfgang Drews (fortfahrend): Der dritte Punkt, die Frage nach den Standorten, wird im Frühjahr 2003 beantwortet. Das haben wir in der Tat in unserem Antrag gefordert.

Punkte 4 und 5, Bildungsplan Sprachförderung und Entwicklung einer Sprachstandserhebung, sind gerade das, was Professor Reich macht. Mit anderen Worten: Sie haben im Prinzip das abgeschrieben, was die Behörde seit einem halben Jahr macht.

In Punkt 6 fordern Sie, in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und anderen Bildungsanbietern das Ganze weiterzuentwickeln. Das Programm zur Sprachförderung von Müttern in den Krippen und Kindergärten wird ja in der BWS weiterentwickelt; darauf wird der Senator eingehen. Das ist ja gerade die Sprachüberprüfung.

Und der siebte Punkt, die Berichterstattung im Dezember 2002, ist in der Tat zu kurzfristig. Deswegen haben wir in unserem Antrag Frühjahr 2003 und da sind wir an den Professor gebunden, der mit seiner Ausarbeitung zu Ende sein muss und gesagt hat, er braucht ein Vierteljahr, um einen Bericht zu schreiben, den er dem Parlament vorlegen kann.

Was in Ihrem Antrag steht, wird in der Quintessenz genau seit einem halben Jahr gemacht; der Senator wird es gleich berichten. Wir sind deswegen mit dem, was wir eingeleitet haben, einige Schritte voraus. Aber wir laden Sie dennoch genauso herzlich wie in der Vergangenheit auch ein, zum

(Wolfgang Drews CDU)

- A Wohl der Kinder an unseren Schulen mitzumachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Drews, Sie haben Glück, dass Sie nicht bei mir im mündlichen Überprüfungsverfahren sind, das wiederum ein Evaluationsinstrument ist, das in der letzten Legislatur eingeführt wurde, um vergleichende Qualitäts sicherung einzuführen, denn so viel warme Luft und so wenig zum Thema habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Die beste Qualität sind bei uns die Wahlen!)

Ich würde gerne wieder auf den Antrag zurückkommen. Darauf ist nämlich Herr Drews gar nicht eingegangen, das konnte er auch nicht so gut, weil er bei der Anhörung nicht anwesend war.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte erst einmal ein Märchen hinterfragen, das Sie hier dauernd erzählen, die große Einführung der Aktivitäten. Die wissenschaftliche Begleitung zum Thema Migrantenkinder im Vorschulbereich und in der Grundschule hat Anfang 1999 unter der Leitung von Professor Dr. Hans Reich im Auftrag der damaligen Behörde unter Rotgrün begonnen, und zwar um die Sprachentwicklung zweisprachig aufwachsender Kinder in der Vorschule bis zum Ende der Grundschule zu untersuchen. Das Ergebnis ist im Juli 2001 vorgestellt worden, da war noch Rotgrün in der Regierung. Dabei wurde festgestellt – darauf basieren jetzt die weiteren Untersuchungen, wobei die Untersuchungen im Elementarbereich schon unter Rotgrün in Auftrag gegeben wurden –, dass sich eine planlose Herangehensweise an das Erlernen der Zielsprache nicht bewährt hat, dass zeitlich hinreichend und systematisch didaktisch immer die Herkunftssprache den Lernerfolg begünstigt und die Kombination von systematischer Förderung beim Erwerb der Zielsprache unter Einbeziehung der Herkunftssprache zu besseren Ergebnissen führt.

Es kommt in Ihrem Antrag kein einziges Mal vor, dass diese Sprachstandsuntersuchung nur unter Berücksichtigung der Herkunftssprache, der Familiensprache stattfinden kann, wie auch Herr Reich noch einmal deutlich betont hat.

Ich möchte aber erst einmal zur Antragsgeschichte kommen. Frau Freund ist leider nicht da oder hört nicht zu. Dieser Antrag ist wie die in der letzten Debatte besprochene Senatsdrucksache wieder so eine typische Pleiten-, Pech- und Pannenangelegenheit. Wie wir ja wissen, wird hier ein Antrag gestellt, ohne eine Anhörung abzuwarten. Man hätte erst einmal in sich gehen und sich von den Ergebnissen dieser Anhörung der Wissenschaftler beeindrucken lassen müssen und dann diesen Antrag stellen sollen.

Ich möchte folgende Punkte widerlegen: Sie fordern eine verbindliche einjährige Sprachförderung. Nach „Ihrem“ Professor Reich widerspricht dies jeglichen Spracherwerbstheorien und Spracherwerbsforschung, dass ausschließlich Deutschkurse erfolgversprechend sind. Das führt nämlich zu einer Separierung, die für die Förderung nicht positiv ist, sondern Spracherwerb ist bei Drei-, Vier-

und Fünfjährigen nur in Verbindung mit Handlung und im Kontext mit sprachreichen Aktivitäten sinnvoll. Insofern ist dieser Punkt Ihres Antrags schon hinfällig und widerlegt.

Dann zu den Sprachtests, Herr Silberbach. Die Forderung nach Sprachtests ist nun wirklich hinfällig, es wird keine Sprachtests geben. Es wird Sprachstandserhebungen geben, was ein hochqualifiziertes Instrument ist, und zwar Kinder beim Sprechen zu beobachten.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Sind Sie im richtigen Antrag?)

Da werden die Kinder nicht in Reihe und Glied gesetzt und abgetestet – das ist ein Instrument, mit dem Sie verhindern wollen, dass sie eingeschult werden –, sondern es geht darum, Sprachbeobachtung durchzuführen, und dazu braucht man natürlich hochqualifizierte Erzieherinnen, die auch eine entsprechende sprachdiagnostische Kompetenz haben. Auch dieser Punkt ist von Professor Dr. Hans Reich in der Anhörung widerlegt worden.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christa Goetsch (fortfahrend): Ich gestatte keine Frage.

Der nächste Punkt: Ich hatte eben schon von der Akzeptanz der Herkunftssprachen gesprochen. Professor Reich sagt eindeutig, dass die positive Akzeptanz der Muttersprache, die Einbeziehung der Erstsprache – ich zitiere – positive Auswirkungen hat. Ohne Anerkennung der Zweisprachigkeit wird kein Erfolg in dieser Form möglich sein. Wir brauchen ein förderfähiges System, und zwar vier bis acht Jahre lang und nicht nur ein einziges Jahr; damit ist überhaupt noch nichts erreicht. Wir brauchen sicherlich ein Bildungsjahr, verpflichtend für die Fünfjährigen, aber nicht zur Sprachförderung. Die geht viel früher los und hört nicht in der Schule erst auf.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist richtig ärgerlich, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse, auch noch von Professor Reich, der für die BBS weiterarbeitet, einfach nicht in Ihrem Antrag vorkommen.

Zum Schluss kommen Sie noch mit einer Oberkeule:

„Es ist sicherzustellen, dass Kinder, deren Eltern die Angebote ... nicht annehmen, dann nicht in Normalklassen kommen, sondern in Sprachförderklassen.“

Das wird mit Sicherheit keinen positiven Effekt haben. Frau Freund sagte schon richtigerweise, dass 93 Prozent aller Migrantenkinder in Einrichtungen gehen. Es geht darum, die übrigen Eltern zu gewinnen und nicht mit der Druckkeule zu kommen.

Ich möchte mit den Forderungen von Marieluise Beck schließen, die in der letzten Woche sehr deutlich – auf Bundesebene haben wir Gott sei Dank noch eine Ausländerbeauftragte – im Kontext mit vorschulischer Erziehung und vor allen Dingen in Bezug auf Sprachförderung sagte, es gehe um Förderung statt um Selektion. Sie will die Sprachkompetenz mit hochwertigen Erhebungsinstrumenten feststellen lassen, aber keine Sprachtests. Ich zitiere:

„Auch die Sprachlernsituation von zweisprachig aufwachsenden Kindern ist zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sollen nicht der Selektion, sondern für Förderkonzepte dienen.“

C

D

(Christa Goetsch GAL)

A Genau diesen Punkt sprach auch Professor Reich letzte Woche an. Ansonsten sprach sie von einem vorschulischen Curriculum. Kindergärten sollen sich als Bildungseinrichtungen verstehen, das wollen wir alle, deshalb auch das „Bildungsjahr Fünf Plus“, und das ist uns nicht erst in der letzten Woche eingefallen. Spielerisches Lernen und lernendes Spielen muss Bestandteil eines systematischen vorschulischen Curriculums sein.

Dann schließt sich der Kreis, Herr Engels, dann sind wir wieder bei den Bildungsratsbeschlüssen und Empfehlungen aus den Siebzigerjahren, die damals schon verbindlich ein Bildungsjahr forderten. Wir wollen qualifizierte Sprachstandserhebungen und das entsprechende Personal, aber nicht einen Antrag, der sich überhaupt nicht mehr auf das bezieht, was letzte Woche in der Anhörung eindeutig gesagt wurde.

Ich zitiere zum Schluss aus dem „Hamburger Abendblatt“, damit noch einmal hundertprozentig klar wird, dass diese Sprachtestforderung von Herrn Silberbach Quatsch ist:

„Von einem Test jedoch, das ist in der Anhörung deutlich geworden, scheint der Professor wenig zu halten.“

Und wie Herr Professor Reich sagt:

„Ein Test ist eine reine Formalität. Das führt dazu, dass man einfach bestimmte Elemente abfragt.“

Viel wichtiger ist, dass wir ein Sprachförderungskonzept bekommen, das bis in die Grundschule hineinreicht und nicht punktuell abzielt. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B **Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Woestmeyer.

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich noch an die Zeit im vergangenen Herbst, als die Bürgerkoalition ihren Koalitionsvertrag zusammengeschmiedet hat und erstmals ein Problem aufgegriffen wurde, das wir nicht erst heute im „Hamburger Abendblatt“ auf der ersten Lokalseite gefunden haben, sondern das uns auch in den Wochen vor der Wahl schon begleitet hat, nämlich die fehlenden Sprachkompetenzen im vorschulischen Bereich und in den ersten Schuljahren unserer Schulen.

(Erhard Pumm SPD: Was ganz Neues!)

Da kam die Idee im Koalitionsvertrag auf, an dieser Stelle etwas tun zu müssen. Das entspricht auch ein Stück weit dem Wählerauftrag, den wir an dieser Stelle besonders ernst genommen haben. Aber was war das Geschrei auf Ihrer Seite groß. Da hieß es sofort, das sei ein Mechanismus der Ausgrenzung und da sollen Tests gemacht werden, bei denen dann Leute außen vor blieben und andere hineinkämen und man bleibe schön unter sich. Sie haben am lautesten geschrien und merken jetzt, dass das Thema immer noch die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt bewegt.

Frau Goetsch hat dagegen mit Ihrem Antrag „Bildungsjahr Fünf Plus“ diese Debatte aufgenommen. Sie hat den richtigen Anstoß dazu gegeben, dass wir hier auch schon einmal eine sehr intensive Debatte zu diesem ganzen Themenbereich Zweisprachigkeit, Mehrsprachigkeit, frühkindliche Sprachförderung geführt haben und das Ganze in ein Verfahren gemündet ist. Dieses Verfahren endet vorerst mit einer Anhörung, die wir im Schulausschuss zum

C Thema „Bildungsjahr Fünf Plus“ durchführen. Wir halten es aus dem Wahlkampf heraus, darauf haben wir uns mit allen fünf Fraktionen geeinigt. Wir haben gesagt, wir machen es gleich nach der Bundestagswahl, und warum dann Herr Böwer als Ausschussvorsitzender des Jugendausschusses da besonders schnell bei der Hand sein wollte – er hat jetzt schon eine Anhörung gemacht –, obliegt seinen Einschätzungen als Ausschussvorsitzender, hat aber zum Ergebnis, Herr Böwer, dass Sie jetzt hier eine Debatte führen, die völlig fehl am Platze ist. Wir haben den Antrag der Bürgerkoalition, ein Modellprojekt zu starten, nicht mehr als ein Modellprojekt. Da kann man nicht sagen, das sei zu viel, zu wenig oder es ginge in die falsche Richtung. Es ist erst einmal nur ein Modellprojekt, um Handlungsfähigkeit zu beweisen und zu zeigen, dass sich sehr schnell mit sehr einfachen Mitteln in dieser Stadt etwas tut.

(Uwe Grund SPD: Also just for show? – Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Martin Woestmeyer (fortfahrend): Ja.

Zwischenfrage von Thomas Böwer SPD: Herr Kollege, könnten Sie mir sagen, mit welchen Kosten Sie für die Durchführung Ihres Modellprojekts rechnen und woher Sie dieses Geld nehmen?

Martin Woestmeyer (fortfahrend): Nein, das kann ich Ihnen natürlich nicht sagen, weil ich nicht die Behörde bin, die so etwas errechnet. Aber ich kann Ihnen gerne den Unterschied zwischen einem Modellprojekt und einem mit heißer Nadel gestrickten Konzept erklären, das Sie mit Ihrem Zusatzantrag innerhalb von fünf Tagen vorgelegt haben.

D Es ist richtig, dass Sie intensiv bei der im Ausschuss durchgeführten Anhörung zugehört haben und gleich die Ergebnisse und auch viele gute Aspekte aufgegriffen und daraus einen Antrag gemacht haben. Aber innerhalb von fünf Tagen ein Konzept zu stricken, daraus einen Zusatzantrag zu machen, in dem es erst einmal nur um ein Modellprojekt geht, das ist wirklich der falsche Weg. Damit machen Sie sich das Thema eher kaputt.

(Beifall bei der CDU – Walter Zuckerer SPD: Wir können das, Sie nicht!)

Es ist auch schon einiges zu den Punkten Ihres Konzepts gesagt worden. Herr Drews lädt Sie herzlich zu dieser Sitzung ein, die wir in aller Ruhe vorbereiten und wo wir auch herausfinden werden, wie weit Herr Reich mit seiner Arbeit schon ist, die Sie angemahnt haben. Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen; ich werde dazu nichts weiter sagen.

Mir ist es aber wichtig zu sagen, dass ich den Antrag der Bürgerkoalition für richtig halte, denn wenn wir die Kompetenz der Grundschullehrer dafür gewinnen können, mit Erzieherinnen und Erziehern zusammen schon im vorschulischen Bereich Sprachförderung modellhaft zu implementieren, können wir zwei Dinge erreichen. Zum einen wird klarer werden, wie genau die Anforderungen an vorschulische Sprachförderung zu formulieren sind, und zum anderen schaffen wir schnell eine Situation, von der dann auch die neuen Erstklässler an den Standorten des Modellprojekts profitieren.

Frau Goetsch, ich hatte zuweilen den Eindruck, Sie haben den falschen Antrag in der Hand gehabt. Es geht hier wirk-

(Martin Woestmeyer FDP)

A lich nur um ein Modellprojekt mit nur 20, 30 Schulen, um zu zeigen, wir sind handlungsfähig. Wir gehen dahin, wo die sozialen Brennpunkte sind, wo es am meisten drückt, wir machen erst einmal etwas. Wir lassen es uns aber auch durch Zusatzanträge der SPD nicht nehmen, ein fundiertes Konzept zur vorschulischen Sprachförderung aufzulegen – gerne auch mit Ihnen gemeinsam –, beraten dann aber abschließend im Schulausschuss und nicht im Jugendausschuss; dazu sind Sie herzlich eingeladen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Senator Lange.

(Uwe Grund SPD: Sehr ungewöhnlich!)

Senator Rudolf Lange: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nur an das anschließen, was Herr Woestmeyer gerade gesagt hat. Von Tests ist im Antrag der Regierungskoalition zwar auch die Rede, aber in einem anderen Zusammenhang, nämlich im Zusammenhang mit der Reich-Studie, über deren Bedeutung und Wichtigkeit wir uns alle einig sind, wenn ich das auch letzte Woche bei der Fünf-Plus-Anhörung richtig gesehen habe. Wir wissen aber doch auch alle, dass die Ergebnisse nicht vor Mitte nächsten Jahres vorliegen oder umgesetzt werden können.

Im Antrag der Regierungskoalition steht, dass im Rahmen eines Modellprojekts an einigen Schulen versucht werden soll, mit anderen Kräften die Sprachförderung zu starten und auch einmal neue Wege zu gehen, da sich auch durch PISA sehr deutlich gezeigt hat, dass im fröhlichen Bereich und vor der eigentlichen Schule angesetzt werden muss. Ich weiß nicht, was es dagegen einzuwenden gibt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dass wir insgesamt die Sprachförderung im vorschulischen Bereich intensivieren, ist Ihnen hinlänglich bekannt. Herr Böwer, die von Ihnen angesprochene Zusammenarbeit, gerade beim Mutter-Kind-Projekt in den Volks- hochschulen, haben wir erheblich verstärkt und viele andere Maßnahmen ergriffen. Diesen Antrag der Regierungsparteien halte ich für eine sinnvolle Ergänzung, schnell zu handeln und eine Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schule, die sicherlich in Hamburg, gelinde gesagt, noch entwicklungsbedürftig ist, eine Kooperation und eine Verflechtung vorzunehmen und dann die möglicherweise vorhandenen Ressentiments auf der einen oder anderen Seite dabei zu überwinden.

Deswegen unterstützen wir die Idee, dass man ...

(Glocke – Dietrich Wersich CDU: Nicht mitten im Satz, das gilt auch für Herrn Lange!)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten?

Senator Rudolf Lange: Bitte schön.

Zwischenfrage von Thomas Böwer SPD: Herr Woestmeyer konnte die Frage nicht beantworten. Sie als Senator müssten vielleicht die Frage beantworten können, mit welchen Mitteln und wie hoch Sie diesen Modellversuch finanzieren wollen und wo das Geld herkommt.

Senator Rudolf Lange (fortfahren): Sie sind, Herr Böwer, das muss ich wirklich sagen, genau on the spot. Wenn Sie allerdings noch einen Satz gewartet hätten, dann wäre ich genau zu diesem Punkt gekommen.

(Zuruf von Thomas Böwer SPD)

– Meine Rede ist eines der wenigen Papiere, das Sie nicht kennen, das mag ja sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wenn wir uns ein Modellprojekt von 20 bis 30 Schulen und zwei Förderstunden vorstellen, dann lässt sich das relativ leicht herunterbrechen auf eine Größenordnung von nicht mehr als fünf Lehrern. Sie wissen ja, dass wir zusätzlich 100 Junglehrer einstellen werden, gerade auch, um diesen Bereich zu verstärken. Die können wir aus diesen zusätzlichen Mitteln, die wir gestern im Senat beschlossen haben, gut finanzieren. Wegen dieses Schwerpunkts und der notwendigen Überlegung, wie wir gemeinsam und jenseits aller früheren ideologischen Barrieren dazu beitragen können, dass sich die fröhliche Sprachförderung gerade in den schwierigen Stadtteilen noch besser gestaltet, unterstütze ich diesen Antrag sehr intensiv. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Versuch unternehmen und dann werden wir sehen, was an Positivem herauskommt, ob wir das zusammen mit den Ergebnissen der Reich-Studie dann zu einem flächendeckenden Unternehmen machen.

– Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Böwer, Sie sind hier mit einer Arroganz aufgetreten

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

und tun so, als wenn Sie die Weisheit erfunden hätten, was man mit den Kindern macht, die die deutsche Sprache nicht können. Warum haben Sie dieses nicht schon viel früher gemerkt, als Sie an der Regierung waren?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie werfen der Koalition vor, dass sie handelt, was Sie in den ganzen Jahren davor nicht gemacht haben.

(Zuruf von Wilfried Buss SPD)

– Sie haben überhaupt nichts gemacht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieses Thema wird eines der schwierigsten Themen werden, insbesondere unter dem Eindruck, dass wir verhältnismäßig wenig Geld haben. Ich wohne nicht nur in einem solchen Stadtteil, meine Kinder sind in Wilhelmsburg zur Schule gegangen und meine Enkelkinder gehen jetzt dort zur Schule. Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern stelle einfach fest, dass die Probleme nicht geringer, sondern schwieriger werden, und zwar einfach dadurch, weil immer mehr deutsche Familien, aber auch ausländische Mitbürger, die integrationswillig sind, aus diesen Stadtteilen wegziehen.

C

D

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Ich habe kürzlich gelesen, dass ein Professor gesagt hat, dass es das Günstigste wäre, wenn die Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die hier wohnen und ihre Kinder in die Schule beziehungsweise in die Kindergärten schicken, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, in der Minderheit wären. Dies wäre die beste Möglichkeit, in verhältnismäßig kurzer Zeit die deutsche Sprache zu lernen. Aber leider ist die Wirklichkeit so, gerade was die Kinder türkischer Mitbürger betrifft, dass in ihrem Elternhaus überwiegend türkisch gesprochen wird und dass sie teilweise auch die Mehrheit in den Kindergärten sind, auch dort nur türkisch sprechen. Dieses setzt sich auf dem Schulhof fort, da wird auch nur türkisch gesprochen, und wenn sie anschließend nach Hause kommen, ihre Schularbeiten gemacht haben und draußen auf dem Hof spielen, wird wieder nur türkisch gesprochen. Das ist leider die Tatsache.

Wir müssen diese Aufgabe wirklich gemeinsam angehen. Wir müssen auch auf unsere türkischen Mitbürger einwirken, insbesondere auf die Eltern und auf die, die in der zweiten und dritten Generation hier leben, und ihnen klar machen, dass, wenn ihre Kinder eine vernünftige Chance in unserer Gesellschaft haben wollen, angefangen von der Schule bis zur Berufsausbildung und darüber hinaus, wenn sie hier Anschluss finden wollen, dann auch von ihnen mehr zu erwarten ist, denn ohne die Mithilfe der Eltern werden sämtliche Anstrengungen, die wir machen, scheitern.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei Dr. Andreas Mattner CDU)

Aber lassen Sie uns doch erst das Ergebnis dieses Versuchs, der jetzt von der Regierungskoalition eingeleitet worden ist und von der Schulbehörde ausgearbeitet wird, abwarten. Wir sind schon dabei, das werden Sie der Zeitung ja entnommen haben, dass die Schill-Fraktion bereits einen Stufenplan auf den Weg gebracht hat, den wir noch mit unseren Koalitionspartnern absprechen und dann zum Haushalt 2003 einreichen werden, denn eines ist uns völlig klar: Ohne zusätzliches Personal wird dieses nicht zu verwirklichen sein. Darüber müssen wir uns im Klaren sein und ich hoffe auch, dass die Opposition uns unterstützen wird.

Versuchen Sie uns also nicht unterzuschieben, wir wollten Mittel einsparen, sondern auf diesem Gebiet werden wir zusätzliche Mittel freischaufeln, um weiterarbeiten zu können. Und nun fragen Sie bitte nicht, Herr Böwer, wie viele Lehrer und wie viel Geld wir einsetzen wollen.

(Barbara Duden SPD: Das wissen wir doch gar nicht!)

Dazu sollen erst einmal die Versuche anlaufen und wir werden dies nicht auf die lange Bank schieben.

Da Sie, Frau Goetsch, die Ausländerbeauftragte angesprochen haben: Ich habe sie bei einer Zusammenkunft vor zwei Jahren erlebt, wo ich gesagt habe, dass immer mehr Deutsche aus diesen Gebieten wegziehen, weil sie keine Chance für ihre Kinder sehen. Da sagte sie, das müsse erst einmal empirisch untersucht werden und dann könnten wir Schulversuche laufen lassen. Und in den zwei Jahren ist auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschehen. Wir wollen nicht wieder lange Schulversuche machen,

(Thomas Böwer SPD: Wir wollen keine Lange-Schulpolitik!)

die über zwei Jahre laufen und dann anschließend doch nicht weitergeführt werden. Wir wollen jetzt den Anfang wagen; unterstützen Sie uns, denn alles, was bisher auf

dem Gebiet gelaufen ist, hat nichts gebracht und wir stehen vor einem Dilemma, nicht nur finanzpolitisch, sondern auch schulpolitisch. Unterstützen Sie uns, damit wir da etwas auf den Weg bringen. Wir sind bereit, dieses zu machen, und es wäre gut, wenn Sie, wo Sie teilweise an dieser Situation schuld sind, einmal einen Schritt nach vorne und nicht zwei zurück machen würden. Dann werden wir auch in der Lage sein, die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Silberbach, als jemand, der 16 oder 18 Jahre Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion war, sollte man sehr vorsichtig sein, immer die „44-Jahre-Leier“ zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Da Sie mich persönlich angesprochen haben, fordern Sie mich nicht heraus, in alten Protokollen nachzugucken und festzustellen, an welchen „schrecklichen Dingen“ Sie teilgenommen haben.

(Unmutsäußerungen von der CDU)

Soweit dazu.

Ich habe heute im Rahmen der Debatte gelernt, es gibt eine neue Variante der ruhigen Hand. Wir reden bei diesem groß angelegten Modellversuch insgesamt über fünf Lehrerstellen, die aus dem Kontingent der 100 neu eingestellten Lehrer herausgenommen werden. Das ist in der Tat zu wenig. Das ist gut gemeint, reicht aber nicht aus. – Danke.

(Beifall bei der SPD – Martin Woestmeyer FDP: Ein Modellprojekt, Herr Böwer!)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch nur ganz kurz. Die 100 Lehrer reichen noch nicht einmal, um die pensionierten zu ersetzen. Herr Silberbach, Marieluise Beck hatte ich zitiert. Da sollten Sie besser zuhören.

Ich bin übrigens dankbar für die Debatte. Jetzt wissen wir, dass das Wort „Sprachtest“ nicht mehr vorkommen muss. Der Senator hat es selbst noch einmal erläutert. Insofern bitte ich Sie dringend, das Wort „Sprachtest“ nicht mehr in den Mund zu nehmen, denn es ist nicht das drin, was draufsteht, sondern es ist eine Sprachstandserhebung. Dann sind wir doch schon einen Schritt weiter. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst zum SPD-Antrag, Drucksache 17/1062.

Wer möchte ihn beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltung? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/1021 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

C

D

(Vizepräsident Farid Müller)

- A Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 49: Antrag der GAL-Fraktion, Drucksache 17/1012.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Die Bezirke sind noch zu retten!
– Drucksache 17/1012 –]**

Die SPD-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Rechtsausschuss. Wer wünscht das Wort? – Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass wenigstens die Bezirkspolitiker und -politikerinnen noch im Saal bleiben, auch wenn scheinbar dringend eine Pause nötig ist.

Die Bürgerschaft hat sich bisher viel zu wenig in den politischen Streit, der in den Bezirken über die vom Senat geforderten strukturellen Veränderungen und Einsparungen entstanden ist, eingemischt. Ich denke, wir sollten das tun. Zumindest aber die Abgeordneten, die auch in der Bezirksversammlung mit diesem Thema zu tun hatten, sollten sich zwangsläufig damit befassen. In der vergangenen Woche haben sich die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition damit beschäftigt. Der Senat kann die Kompetenzen der Hamburger Bezirksverwaltung ändern. Die Bürgerschaft kann dieses nicht tun und hat damit auch nichts zu tun. Wir sollten aber dem Senat Anmerkungen und Richtlinien mit auf den Weg geben. Diese finden Sie in dem Antrag, den die GAL-Fraktion heute vorlegt.

Veränderungen der bezirklichen Strukturen greifen dermaßen in die demokratischen Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte unseres Stadtstaats ein, dass das Thema ständig für Streit sorgt. Dieses Thema taugt nicht für Wahlkampfzeiten und sollte auch nicht unter der Überschrift „Haushaltskonsolidierung“ abgehakt und durchgepaukt werden. Die Bezirke sind im Stadtteil mit ihren diversen Serviceeinrichtungen eine unverzichtbare Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Dass es daran viel zu verbessern gibt – Beispiele sind aufwändige bürokratische Verfahren oder besetzte „lange“ Leitungen –, ist allen klar. Die Bezirke brauchen an dieser Stelle allerdings angemessene Entscheidungskompetenzen. Beratungsangebote dürfen nicht dem Ziel der Effizienzsteigerung zum Opfer fallen. Da die Leistungsfähigkeit der Verwaltung natürlich auch von der Motivation der Beschäftigten abhängig und geprägt ist, ist hier ein abgestimmtes Miteinander gefragt. Wir haben das als „Kultur der Beteiligung auf Augenhöhe“ bezeichnet. Dieser Begriff trifft das Problem sehr genau.

Diese kleine Vorrede war nötig, um klar zu machen, welches heillose Chaos die Regierungskoalition in den letzten zwei Monaten in der Bezirksverwaltung angerichtet hat. Die Bezirke sollen sich an der Haushaltskonsolidierung beteiligen. Die Frage ist nur, wie.

Es ist fast zum gewohnten Bild geworden, dass hierbei weder auf die Zahlen, die vom Senat kommen, noch auf die von der Koalition vorgelegten Einsparstrategien Verlass ist. Die Regierung hatte nach der fast legendären Jesteburg-Sitzung die Parole ausgegeben, die Einsparungen nicht nach einer Quote vorzunehmen, sondern durch Umstrukturierung der Verwaltung nach klaren Ordnungsprinzipien. Dazu sollte vor allem das Aufbrechen des Resortdenkens gehören. 260 Prüfaufträge sollten dazu vergeben werden. Die Bezirksverwaltung hatte sich dieser Aufgabe sehr schnell angenommen. Schon Anfang April haben die Bezirksamtsleiter dem Senatsamt für Bezirks-

angelegenheiten und der Finanzbehörde ein detailliertes Konzept vorgelegt, um insgesamt 3,9 Millionen Euro einzusparen, und damit natürlich auch die Diskussionen in den Bezirken angefacht:

C

Die Zusammenlegung der Grün- und Tiefbauämter. Was bedeutet letztendlich noch das bezirkliche Grün für die Stadtteile?

Die Zentralisierung der Liegenschaft. Was zählt das lokale Know-how, was zählen die Stadtteilinteressen?

Die Reorganisation der Rentenberatung. Ein bisschen flapsig formuliert unter der Überschrift „Welche Wege kann man eigentlich den alten Menschen zumuten“.

Die strukturelle Umorganisation der Gesundheits- und Umweltämter oder auch die Umstrukturierung des Beitragsbemessungssystems der Kindertagesheimbetreuung.

Die Vorschläge der Verwaltung führten zu politischem Streit. Interessanterweise – damit sind wir wieder bei der Bürgerschaft – funktioniert die Regierungskoalition in den Bezirken nur bedingt. Es kam zu erheblichem Widerstand. Heute konnte man in einer Pressemitteilung nachlesen, dass sich inzwischen alle sieben CDU-Fraktionsvorsitzenden an ihren CDU-Landesausschuss gewendet haben mit der Forderung nach Stärkung der Bezirke beziehungsweise mit der Forderung, mit der Stärkung der Bezirke endlich ernst zu machen. Das ist noch ein bisschen deutlicher.

An den von mir beispielhaft genannten Themen wird natürlich deutlich, dass die inhaltliche Befassung der strukturellen Veränderung überhaupt nicht ihren Platz in der Bürgerschaft hat. Wir können hier nicht entscheiden, welches die tatsächlichen Auswirkungen in den Stadtteilen sind. Für uns stellt sich aber die interessante Frage, wer eigentlich was plant. Der zuständige Senator, Herr Kusch, tritt dazu nicht in Erscheinung. Heute habe ich gelesen, dass er den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ ein Interview gegeben hat. Darin steht dann beispielsweise, dass die Stärkung der Bezirke mehr wert sei als bloße Worte oder dass wir in drei Jahren Bilanz ziehen sollten, dann würde man sehen.

D

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Schnacks!)

Jetzt haben wir den Streit. Jetzt brauchen wir vom Senat inhaltliche Vorgaben und die fehlen uns bisher.

Herr Peiner ist natürlich am Geld interessiert und die Fraktionsvorsitzenden haben in der letzten Woche versucht, das Schlimmste zu verhindern. So habe ich jedenfalls diese Initiative verstanden.

Auf Ihrer Pressekonferenz wurde im Endeffekt das große Zurückrudern von den Jesteburger Beschlüssen angekündigt. Es sollte keine Kompetenzbeschneidungen der Bezirke geben, alle Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen sollen vor Ort entschieden werden und Bürgernähe gesichert sein. Die Bezirke sollen selbst Einsparvorschläge machen, insgesamt 4 Millionen Euro einsparen, und vor allem – das hat Herr Freytag gesagt – sollte der gestrige Dienstag für die Bezirke zum „Tag der Wahrheit“ werden.

Was ist gestern bei der Haushalts-PK zur Bezirksverwaltung gesagt worden? Gar nichts. In einer Tabelle der Pressemitteilung taucht allerdings eine Zahl auf: 6,827 Millionen Euro sollen bei den Bezirken eingespart werden. Die Überschrift lautet „Einsparungen durch Aufgabenkritik“; das ist sehr konkret, sehr präzise auf den Punkt gebracht.

(Antje Möller GAL)

A Damit hat sich die Vorgabe, von der das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten noch im April ausgegangen war – also das Angebot, das die Bezirksamtsleiter inhaltlich konkretisiert vorgelegt haben –, um ungefähr Zweidrittel erhöht. Vergleicht man das mit den Sparvorgaben für alle anderen Ressorts, ergibt sich eine überproportionale Sparrate für die Bezirke.

Die Forderungen der Koalitionsfraktionsvorsitzenden sind damit letztendlich Schall und Rauch. Die Jesteburger Vorgaben des ressortübergreifenden Sparsens von oben sind bestätigt worden. Ich würde deswegen gern von Ihnen hören, ob Sie damit zufrieden sind. Wie wollen Sie das in den Bezirken vermitteln? Wie wollen Sie die bezirkliche Basis beruhigen? Sie haben öffentlich gesagt, Herr Peiner sei mit 4 Millionen Euro Sparvolumen einverstanden. Jetzt sind es 6,827 Millionen Euro geworden. Um diesem politischen Drama ein Ende zu machen, sehen wir die Bürgerschaft in der Verantwortung, dem Senat mit sechs klaren Punkten ein bisschen auf die Sprünge zu helfen.

Erstens: Die Verwaltung muss durch die Ortsämter in der Fläche präsent bleiben. Die Ortsausschüsse sollen in ihrer politischen Funktion nicht geschwächt werden.

Zweitens: Mütterberatung, Elternschulen, Rentenberatung, zahnärztlicher Dienst und Ähnliches sind als präventive Beratungsangebote im Bezirk zwingend notwendig.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Drittens: Die Kernkompetenzen der Bezirke bleiben erhalten. Dazu gehören: Baugenehmigung, Bauleitplanung, bezirkliche Straßen und Wege, Tiefbau und Gartenbau, ebenso bezirkliche Grünflächen und Parks.

B Viertens: Die Zentralisierung der Liegenschaftsämter zerstört dieses System der Kernkompetenz, das Arbeiten aus einer Hand. Die Funktionen Bauleitplanung, Baugenehmigung und Flächenbereitstellung gehören in den Bezirk. Stadtentwicklung und bezirkliche Notwendigkeiten dürfen einer Bodenpolitik lediglich unter fiskalischen Gesichtspunkten nicht geopfert werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Fünftens: Die Bezirksversammlung muss bei der Schließung bezirklicher Dienststellen um Zustimmung ersucht werden. Hier stehen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in direkter Verantwortung. Diejenigen von Ihnen, die auch im Bezirk sitzen, werden das genau wissen.

Letztendlich sollte der Bürgerservice durch die Schwerpunktsetzung auf E-Government und Online-Angebote ergänzt und nicht abgebaut werden.

Meine Damen und Herren! Dem Hin und Her in Bezug auf die Zentralisierung bezirklicher Kompetenz – ich habe wirklich nur einen kleinen Auszug geliefert, Sie haben hoffentlich in den letzten zwei Monaten die diversen Zeitungsartikel dazu verfolgt – und den Abbau von Bürger- und Bürgerinnennähe muss ein Ende gemacht werden. Der Senat hat sich die Stärkung der Bezirke auf die Fahne geschrieben. Daran werden und wollen wir Sie messen. Im Moment sieht man aber nichts.

Wir brauchen eine Haushaltskonsolidierung unter Beteiligung der Bezirke und nicht über sie hinweg. Das fordern wir mit unserem Antrag ein.

Zum Schluss würde ich gern auf ein Thema kommen, das heute schon mehrfach andiskutiert wurde. Die SPD hat um eine Überweisung dieser Drucksache an den Rechtsaus-

C schuss gebeten. Wenn meine Informationen richtig sind, lehnen Sie diese Überweisung ab. Wollen Sie in Zukunft gar keine Diskussionen zwischen Senat und Bürgerschaft mehr zulassen? Nicken Sie wirklich nur noch ab? – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Franz.

Wolfgang Franz SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Jesteburg – so war zu lesen – wurden vom Senat 260 Prüfaufträge angedacht. Frau Möller hat bereits darauf hingewiesen. Dazu zählte die Zusammenfassung der Rentner- und Schuldnerberatungsstellen in den Bezirken ebenso wie die Zentralisierung der bezirklichen Liegenschaftsämter, Tiefbau- und Grünabteilungen.

Ein Sturm der Entrüstung aus den Bezirken – auch von Ihrer irritierten eigenen Anhängerschaft – hat die Fraktionsvorsitzenden Ihrer Koalition zum Handeln getragen. Nicht etwa die eigene Einsicht, nein, vielmehr dem Druck Ihrer Parteifreunde mussten Sie nachgeben

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das wäre ja auch eine Einsicht!*)

und den Senat korrigieren. Die Bezirke sollen nun – so ist zu erfahren – künftig die Kompetenz für Tiefbau- und Grünabteilungen behalten. Weitere Zentralisierungsbestrebungen sind noch offen, so zum Beispiel die bezirklichen Zuständigkeiten über die Liegenschaftsämter – ein durchsichtiges Manöver.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Transparent – könnte man sagen!*)

So nebenbei werden Machtverschiebungen zulasten der Bezirkskompetenzen geplant. Dabei nimmt die Mitte-Rechts-Koalition bürgerfernes Verwaltungshandeln in Kauf,

(*Beifall bei der SPD – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wo denn?*)

obwohl dezentrale Aufgabenwahrnehmung kostengünstiger sein kann, allemal aber bürgerfreundlicher ist.

(*Dr. Michael Freytag CDU: Beruhigen Sie sich doch!*)

– Herr Freytag, zu Ihnen komme ich auch noch.

Sie haben im Koalitionsvertrag und in Ihrer Regierungs-erklärung die Stärkung der bezirklichen Ebene und eine weitergehende Dezentralisierung im Sinne einer bürgernahe Verwaltung versprochen. Unter Beifall der drei Regierungsfraktionen hat der Erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung in diesem Hause hinzugefügt:

„Diejenigen Behörden, mit denen die Menschen am ehesten in Kontakt kommen, sind die Behörden auf quasi kommunaler Ebene. Das heißt Bezirksamter und Ortsämter. Ich werde hier ganz besonders mein persönliches Augenmerk darauf richten, dass diese auch quantitativ und qualitativ in die Lage versetzt werden, ihre für den Bürger wichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können. Dazu gehört auch, dass wir in Hamburg Stück für Stück die Verwaltungsreform dahin gehend fortsetzen, dass örtliche Dinge abschließend auf örtlicher Ebene entschieden und vollzogen werden können.“

(Wolfgang Franz SPD)

A (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Wir tun das, was wir sagen!)

Es ist für alle offensichtlich, die Jesteburger Beschlüsse stehen im krassen Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung und zu dem persönlichen Versprechen des Bürgermeisters. Entweder hat der Bürgermeister Erklärungen in diesem Hause abgegeben, deren Inhalt nicht viel wert ist,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Na, na!)

oder es stellt sich die Frage, wie glaubwürdig der Hamburger Bürgermeister in zentralen Politikbereichen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie meinen in dezentralen Bereichen!)

Die Entmachtung der Bezirke mit einem so genannten Prüfauftrag zu versehen, obwohl sich der Erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung gerade für bürgernahe Bezirke ausgesprochen hat, ist völlig absurd. Es könnte jedoch so sein, wie die „Tageszeitung“ am 20. Juni beschrieben hat: locker etwas beschließen, anschließend verkünden, sehr viel Porzellan zerschlagen,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das haben Siel)

etwas darüber nachdenken und am Ende etwas zurücknehmen, aber das in keinem Fall einräumen.

(Ekkehard Rumpf FDP: Die „taz“ lesen Sie auch erst seit einem Monat!)

B Senator Kusch, vielleicht können Sie dem Bürgermeister ausrichten, er solle in dieser Angelegenheit Klarheit über die Kompetenzen der Bezirke und die Bezirksversammlungen schaffen. Er soll weiterhin die Verunsicherung von den Beschäftigten nehmen.

Herr Dr. Freytag, Sie wurden mit den Worten zitiert, Jesteburg sei gut vorbereitet gewesen, man habe den demokratischen Weg gewählt und die Idee zuerst der Öffentlichkeit vorgestellt, um sie dann auf Machbarkeit zu überprüfen. Herr Kollege Freytag, ich frage Sie, wer schützt uns

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir!)

vor der Art und Weise, wie Sie den demokratischen Weg verstehen. Die Beschäftigten in den Bezirken lassen sich aber nicht davon täuschen. Sie wehren sich gegen diese Vorgehensweise.

(Ekkehard Rumpf FDP: Keiner klatscht!)

Machen Sie es so wie die SPD-Fraktion, stimmen Sie dem Antrag zu.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir wollen wieder gewählt werden!)

Wir sind auch gern bereit, mit Ihnen im Rechtsausschuss weiter darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Kruse.

Rolf Kruse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Möller, wir haben vor viereinhalb Jahren etwas Wunderbares gemacht. Bevor Sie die Koali-

C tion beschlossen haben, hatten wir noch schnell ein neues Bezirksverwaltungsgesetz gemacht. Ich stehe dazu, weil ich weiß, dass Sozialdemokraten sich über 35 Jahre nie getraut haben, den Bezirken Rechte zu geben. Nun fangen Sie an zu jammern. So kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Nicht getraut!)

Die Koalition hat sich für die nächsten Jahre vorgenommen – ich zitiere –:

„Das Bezirksverwaltungsgesetz wird überarbeitet mit den Zielen einer Stärkung der bezirklichen Ebene bei Wahrung einer Einheitsgemeinde und einer weitgehenden Dezentralisierung und Verwaltungsmodernisierung im Sinne einer bürgernahen Verwaltung.“

Eigentlich fordern Sie das. Ich fordere vom Senat – ich bin auch sicher, dass er das machen wird –, dass die Koalitionsvereinbarung eingehalten wird.

(Anja Hajduk GAL: Das wird nicht immer getan!)

– Das können Sie mich auch fragen, weil ich das seit etlichen Legislaturperioden versuche.

Ich habe einen Traum, der sagt, mir gefällt nicht, dass praktisch über allem in den Bezirken die Fachaufsicht des Senats ruht. Wir müssen – soweit Artikel 4 der Hamburger Verfassung es zulässt – dazu kommen, dass dezentral vertretbare Entscheidungen nur noch über einen Rechtseintritt vom Senat beanstandet werden können, weil es für mich auch zum Demokratieprinzip gehört, dass unsere in gleicher, freier, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitglieder der Bezirksversammlung eigene abschließende Kompetenzen haben. Dazu würde auch viel besser ein Bürgerbegehren passen, von dem man weiß, dass die Bezirksversammlung entscheidet. Hier ist noch viel nachzuarbeiten, auch im Sinne unserer hamburgischen kommunalen Demokratie.

(Manfred Mahr GAL: Wollen Sie jetzt doch überweisen?)

Im Übrigen kann ich Ihre Bedenken nicht teilen. Wir werden alle Dinge in ein Gesetz schreiben, denn es heißt „Überarbeitung des Gesetzes“. Gesetze werden in der Hamburgischen Bürgerschaft gemacht und wir wollen sehen, ob die Bürgerkoalition demokratisch gut vorankommt. Ich bin sicher, dass wir das schaffen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihr Antrag ist nur im Titel amüsant, im Inhalt überflüssig. Er ist obsolet, weil überholt, und deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

Die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition haben in der letzten Woche in diesem Rathaus erklärt, dass die Kernkompetenzen der Bezirke erhalten bleiben. Mit einem Irrtum, der hier ständig und wider besseres Wissen wiederholt und verbreitet wird, möchte ich aufräumen.

Es ist nicht so gewesen, Herr Franz, dass der Senat in Jesteburg beschlossen hat, den Bezirken Kompetenzen wegzunehmen, sondern er hat beschlossen, unter Beteiligung

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A der Fraktionsvorsitzenden zu prüfen, ob in den Bezirken Sparmaßnahmen möglich sind

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Was ist denn da der Unterschied?)

entweder durch Zentralisierung der Tiefbau- und Grünabteilungen in den Bezirken oder aber durch Zentralisierung dieser Abteilungen bei der Fachbehörde. Dieses wurde geprüft und sehr ausführlich mit den Bezirken besprochen. Dabei ist herausgekommen, dass die Einsparverpflichtung, die in Jesteburg verlangt wurde, eingehalten werden kann, auch wenn man Grün und Tiefbau beim Bezirk belässt. Zu keinem Zeitpunkt war es geplant, den Bezirken Kompetenzen im Bereich Tiefbau und Grün wegzunehmen.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Möller?

Norbert Frühauf (fortfahrend): Ja.

Zwischenfrage von Antje Möller GAL:* Ich würde gern die konkrete Zahl der Einsparverpflichtung hören. Sind es die 4 Millionen Euro, von denen Sie ausgegangen sind, oder sind es die 6,827 Millionen Euro, die der Senat in seiner Pressekonferenz vorgestellt hat?

Norbert Frühauf (fortfahrend): Wir müssen diese Zahlen noch einmal klären, weil wir nicht wissen, welche Jahre zugrunde liegen. Die Einsparverpflichtung ist selbstverständlich wachsend, ausgehend von 4 Millionen Euro im ersten Jahr. So war es angepeilt. Wenn es 6 oder 7 Millionen Euro werden können, wären wir sehr dankbar.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das ist die Stärkung der Bezirke!)

Wir haben eine Stärkung der Bezirke gefordert. Mit uns wird sie es auch geben und keinesfalls, wie Sie behaupten, eine Schwächung. Ich sage es noch einmal sehr deutlich, eine solche Schwächung stand nicht zur Debatte. Es ist unfair – wahrscheinlich gehört das zu den Aufgaben der Opposition –, ständig das Gegenteil zu behaupten. Ich wiederhole es darum immer wieder, es war weder in Jesteburg noch sonst wo geplant, den Bezirken Entscheidungskompetenzen wegzunehmen. Nun müssen Sie es verstanden haben. Die Bezirke werden selbstständige Einheiten bleiben. Es wird bei Grün und Tiefbau die Entscheidungskompetenz sowie auch die Verwaltungseinheit verbleiben. Das war das, was besprochen wurde. Es werden sich dort – das haben alle Bezirksamtsleiter übereinstimmend erklärt – durch Verschlankung und möglicherweise durch Einsparung von Bauhöfen Einsparmöglichkeiten ergeben.

Die Zuständigkeiten sind insoweit auch weiterhin dezentral. Darauf kam es Ihnen ja an. Die Bezirke sind auch für diese Koalition kein Auslaufmodell, sondern ein Zeichen von Bürgernähe. Das, was man in der Verwaltung an Verschlankung und Verwaltungseffizienz – auch aus Sicht der Bezirke – herstellen kann, werden wir tun. Wir werden den Bezirken helfen, auch ihre eigenen Verschlankungs- und Straffungsmodelle umzusetzen. Wir sind nicht mehr in dem rotgrünen Besitzstandsenken verhaftet, das da sagte: Möglichst viel Macht jeweils der Organisation, der man angehört; ist man beispielsweise Abgeordneter aus Hamburg-Mitte, gibt man nichts weg in Hamburg-Mitte, ist man

Abgeordneter in Hamburg-Nord, gibt man nichts weg in Hamburg-Nord. Damit ist Schluss. Wir machen Politik nach Effizienz und Verwaltungsverschlankung und dabei einen Riesenunterschied beim Sparen: Wir sparen nicht per Quote und sparen Leistungen ein – wie es früher der Fall gewesen ist nach dem Motto „jede Abteilung gibt zwei Stellen ab, egal ob es dann noch funktioniert“ –, sondern wir gucken, wie wir durch effizientere Maßnahmen, durch Verschlankung der Verwaltung, sparen können, ohne gleichzeitig auf Leistungen für die Bürger vor Ort zu verzichten.

Dass dieses geht, haben uns alle Bezirksamtsleiter bestätigt. Die Bezirke werden uns vormachen – diese Kompetenz haben wir ihnen jetzt gelassen –, wie es geht. Im Übrigen ist der Bezirk Hamburg-Mitte bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er Tiefbau und Grün zusammengelegt hat. Dadurch haben sich bereits erhebliche Einsparpotenziale ergeben und man kann nur andere Bezirke bitten, sich das einmal anzusehen. Es gibt also keine Entmachtung der Bezirke.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Im Gegenteil!)

In Ihrem Antrag ist davon die Rede, dass man dem Senat unterstellt, es gehe um zentralistische Machtansprüche. Ich habe der SPD in den vergangenen zehn Jahren ständig vorgeworfen, dass Besitzstandsenken und Ausbau von Machtpositionen in den Vordergrund gestellt werden. Das kann selbstverständlich nicht dazu führen, dass man Einsparungen vornimmt, das heißt auch lieb gewonnene Besitzständestrukturen für Sparmaßnahmen aufgibt.

Wir wollen mehr Effizienz und eine Verschlankung der Verwaltung, wie es seit zehn Jahren von allen Verwaltungswissenschaftlern und von den Bezirken selbst gefordert wird, keine Einschränkung von Zuständigkeiten, sondern vielmehr Stärkung der Bezirke, wo es möglich ist. Die zweite Runde der Stärkung der Bezirke kommt erst noch auf uns zu. Jetzt ging es darum, die vom Finanzsenator und von den Jesteburger Beschlüssen erwarteten Einsparungen im Hinblick auf Steuerausfälle vorzunehmen. Dazu haben die Bezirke einvernehmlich ihren Beitrag leisten wollen und auch versichert, dass sie diesen leisten können. Ich bin froh,

(*Wolf-Gerhard Wehnert SPD*: Ich bin ja so begeistert!)

dass es auch Begeisterung aus den Reihen der SPD gibt. Ich danke für die Zustimmung. Wir werden auf diesem Wege fortfahren. Seien Sie gewiss, den Popanz der Entmachtung der Bezirke und der Ortsausschüsse können Sie bei uns nicht los werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Opposition! An die GAL gerichtet mag ich nur sagen: In der Überschrift Ihres Antrag heißt es:

„Die Bezirke sind noch zu retten!“

Sie haben sich schon nicht mehr getraut, die rhetorische Frage zu stellen: Sind die Bezirke noch zu retten? Wenn Sie sich getraut hätten, hätte ich mit einem klaren Ja antworten können

C

D

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

A (Antje Möller GAL: Das können Sie auch so!)
und meine Rede wäre an dieser Stelle schon zu Ende gewesen.

(Ingo Egloff SPD: Sie können auch so aufhören!)

Mit Ihrer Debattenanmeldung haben Sie mir aber noch einmal Gelegenheit gegeben, an die Kollegen der SPD eine kleine Ausführung zu machen.

Die SPD hat die Hierarchie zwischen den zentralen Behörden und ihren Bezirken allein unter binnenteipolitischen Gründen verteilt. Die Frage der Macht und Aufgabenverteilung erfolgte weniger nach organisatorisch effizienten und nützlichen Gesichtspunkten als vielmehr dem Umstand, dass die SPD in der Breite ihrer Parteifunktionäre Pfründe von rund 150 Bezirksabgeordneten zu verteilen hatte.

(Zuruf von der SPD: Was für Pfründe?)

– Das ist für Sie ein Fremdwort.

(Anja Hajduk GAL: Das machen Sie ja jetzt! Ohne Ausschreibung!)

Diese Verteilung bestand aus einer wohl dosierten, parteiinternen Machtverteilung: Genosse gibt, Genosse nimmt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Ingo Egloff SPD: So ein Blödsinn!)

Meine Damen und Herren! Die Wähler haben den Sozialdemokraten in der letzten Bürgerschaftswahl das Regierungszepter aus der Hand geschlagen. Die neue Bürgerkoalition wird ihre Aufgabeneuverteilung auch in vertikaler Hinsicht – also zwischen den Zentralbehörden und den Bezirken – vornehmen

B (Manfred Mahr GAL: Was lesen Sie da eigentlich vor?)

– das sehen wir besser als Sie –, nämlich in den Bezirken als dem Ort der Bürgernähe, wo die Bürger Verwaltung erfahren. Wir werden diese Bezirke, die die Bürger sehen, in ihren Funktionen stärken.

Hierbei – in diesem Punkt stimme ich unseren beiden Koalitionspartnern zu – spielt für die FDP überhaupt keine Rolle, dass sie in fünf Bezirksversammlungen noch nicht vertreten ist. Dies kann uns aber nicht von der richtigen Erkenntnis abbringen, sowohl die notwendige Entscheidungskompetenz in den Bezirksversammlungen bei den Bezirken zu belassen – da können Sie einmal sehen, dass wir selbst für diejenigen ein Wort reden können, wo wir selber nicht vertreten sind –

(Manfred Mahr GAL: Sie sind ja großzügig!)

als auch die Durchführungskompetenz dezentral, aber gleichwohl kostenbewusster, als Sie das bisher organisiert haben, weiterhin bei den Bezirken aufzuhängen.

Über Garten- und Tiefbau haben meine Vorredner schon viel Richtiges gesagt. Allein eine mögliche Zusammenlegung kann schon dazu führen, dass die Beseitigung einer im Wind herumfliegenden Papier- oder Mülltüte

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly übernimmt den Vorsitz.)

entweder von der Tiefbauabteilung, einer Gartenbauabteilung, von Strom- und Hafenbau oder der Stadtreinigung als zuständige Stelle übernommen werden kann.

Die Zusammenfassung der Hochbauabteilungen in der Baubehörde entspricht den dadurch gewonnenen Ratio-

nalisierungseffekten. Die bezirklichen Entscheidungskompetenzen werden dadurch in keiner Weise berührt.

C

Schließlich möchte ich noch zum wichtigen Thema der Liegenschaftsverwaltung anmerken, dass wir das nicht nur aus Kostengesichtspunkten gemacht haben, sondern das auch aus Gründen der hamburgweit zu schaffenden Möglichkeit der zentralen Vergabe von Gewerbegrundstücken entschieden haben. In Gesprächen mit Bezirksamtsleitern konnte ich jedoch die Sorge ausräumen, dass auch weiterhin grundsätzlich die Möglichkeit besteht, lokale Kenntnisse über Immobilien in ein zu schaffendes Kataster einzubringen und im Benehmen mit dem Senat mit einem „bezirklichen Vorrangvermerk“ zu versehen. Sie sehen, dass wir in diesem sehr sensiblen Bereich gleichwohl mehrere Sachen auf einmal zusammenbringen. Auf diese Weise haben wir mit einer Lösung mehrere Ziele und Zielkonflikte gelöst. Das ist Verwaltungsmodernisierung und Konsolidierung. Das ist eine Reform, die den Namen wirklich verdient. Dazu wären Sie, liebe Kollegen von der SPD, mit Sicherheit aus parteiinternen Gründen niemals in der Lage gewesen. Das packen wir jetzt an und das werden wir auch umsetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Dr. Kusch.

Senator Dr. Roger Kusch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Möller, Sie haben in Ihren Antrag den Satz aufgenommen, dass die

„Bezirksversammlungen und die Ortsausschüsse nicht durch“

– sprachlich nicht ganz sauber formuliert –

(Anja Hajduk GAL: Danke, Herr Lehrmeister! – Manfred Mahr GAL: Können Sie ja rot anstreichen!)

„die zentralisierten Machtansprüche geschwächt werden“.

Die Formulierung „durch die Machtansprüche“ klingt so, als hätten Sie direkt welche ausgemacht, die Sie jetzt nur nicht der Einfachheit der Sprache halber beim Namen nennen. Es könnte sein, dass Ihnen da noch die Wahrnehmung in alten Senatsstrukturen als Fehler unterlaufen ist, denn der neue Senat nimmt Machtansprüche möglicherweise etwas anders wahr als der alte Senat.

(Anja Hajduk GAL: Wie lange soll es denn noch so weitergehen?)

Es könnte aber sein, aber das sind nur mögliche Interpretationsversuche Ihrer Formulierung, dass der neue Senat ein etwas anderes Politikverständnis hat als der alte.

(Anja Hajduk GAL: Ja, leider!)

Das, was Sie noch als „die zentralistischen Machtansprüche“ ausgemacht haben, mag für den alten Senat eine durchaus vernünftige Wortwahl gewesen sein. Ich selbst als Mitglied des Senats hätte doch in den letzten Monaten irgendetwas ausmachen müssen, was zentralisierte oder zentralistische Machtansprüche angeht. Zum Beispiel der gestalt, dass ich entweder bei mir selbst im Justizressort oder in anderen Bereichen des Hamburger Senats irgendwelche Kräfte, Kollegen oder Kolleginnen kennen gelernt hätte, deren Bestreben darin besteht, die eigene Behörde, die Baubehörde, die Schulbehörde oder was auch immer

D

(Senator Dr. Roger Kusch)

A zulasten der Bezirke zu stärken. Glauben Sie mir, auch wenn das jetzt vielleicht ein Plaudern aus den nicht veröffentlichtungsfähigen Kommunikationsstrukturen des Senats ist, im neuen Senat gibt es solche Bestrebungen nicht. Denn eines verbindet uns alle, dass die Parteien, die in der Bürgerschaft vertreten sind, und zwar sowohl die Oppositionsparteien als auch die, die den Senat tragen, wiedergewählt werden wollen. Verraten Sie mir doch einmal irgendein logisch nachvollziehbares Argument, was für ein machtpolitisches Interesse dieser Senat, die ihn tragenden Fraktionen und die ihn tragenden Parteien daran haben könnten,

(*Krista Sager GAL:* Sagen Sie nicht, dass Ihre Politik logisch ist! Das glaubt Ihnen sowieso keiner!)

Zentraleinheiten zu stärken? Welcher Bürger, welche Bürgerin wählt denn wegen Zentralisierung einen Senat neu? Die Menschen in Hamburg wählen den Senat dann wieder – und wir wollen natürlich wiedergewählt werden –, wenn sie eine Verwaltung kennen lernen, die in vier Jahren effizienter ist, als sie im Moment noch ist. Die Bürgerinnen und Bürger wählen uns dann wieder, wenn sie spüren, dass ihre Anliegen nicht über 27 Etagen bei irgendeiner fernen Instanz ankommen, sondern direkt vor Ort besprochen, behandelt und entschieden werden. Deshalb, meine Damen und Herren, sind die Äußerungen, die der Erste Bürgermeister zum Thema Stärkung der Bezirke gemacht hat, nicht irgendwelche Sonntagsreden, sondern elementares politisches Anliegen dieses Senats.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B Erlauben Sie mir, nachdem Sie mir gerade Oberlehrerhaftigkeit vorgeworfen haben, dass ich noch auf eine Bemerkung von Ihnen eingehe. Sie sind auf die Formulierung einer Kultur der Beteiligung auf Augenhöhe so stolz, dass Sie hier noch einmal mündlich wiederholt haben, was Sie schon schriftlich niedergelegt haben. Für mich ist die Stärkung der Bezirke keine Frage von Politphrasen, sondern von täglicher Alltagsbewältigung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Barbara Duden SPD:* Ich glaube, das sehen Sie anders!)

Wissen Sie, wie ich die Kontakte mit den Bezirksamtsleitern, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirksamtern und mit den Abgeordneten der Bezirksversammlungen kennen gelernt habe? Stets und immer auf einer Augenhöhe, und zwar unabhängig von der Körpergröße. Mit solchen Phrasen bringen Sie Hamburg nicht weiter.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Anja Hajduk GAL:* Sie auch nicht!)

Aber wir wollen Hamburg weiterbringen. Deshalb wird die in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Kommission zur Neuordnung des Bezirksverwaltungsgesetzes nach der Sommerpause eingesetzt und aus acht Personen bestehen. Der Vorsitz – das ist auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt – wird von mir und der stellvertretende Vorsitz von Staatsrat Horstmann übernommen. Dann wird der Kommission der Leiter des Senatsamts für Bezirksangelegenheiten als Geschäftsführer angehören und schließlich werden an der Kommission zwei noch zu benennende Bezirksamtsleiter teilnehmen, dann ein Vertreter der Senatskanzlei, ein Vertreter der Finanzbehörde

C und als achter ein Verfassungsrechtler, dessen Herkunft noch zu bestimmen ist. Er kann vielleicht aus der Justizbehörde oder aus anderen Behörden kommen.

Diese aus acht Personen bestehende Kommission ist deshalb auf diese kleine Zahl begrenzt, weil es uns ein elementares Anliegen ist, dass diese Kommission nicht nur tagt, sondern auch zu Ergebnissen kommt. Bei der Beratung wird sehr frühzeitig der von Herrn Kruse benannte und beschriebene Traum Gegenstand der Beratungen, nämlich die Hamburger Tradition, die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten und die Struktur des bisherigen Bezirksverwaltungsgesetzes darauf zu überprüfen, ob wir die Strukturen der Rechtsaufsicht nicht in dem Sinne stärken können, den Herr Kruse genannt hat. Ich bin mir ganz sicher, dass wir am Ende der Kommissionsarbeit genau das als Ergebnis vorweisen können. Ich freue mich auf die Kommissionsarbeit und verspreche Ihnen schon im eigenen Interesse, dass wir unsere Zeit nicht mit Beratungen verplempern. Wir haben ganz konkret vor Augen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern Hamburg ein vernünftiges Ergebnis vorlegen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es freut mich, dass wir jetzt doch noch eine solche liebevolle Debatte zu einem Thema hinbekommen, das eigentlich wirklich sperrig ist.

Herr Senator, es war eine Freude, Ihnen zuzuhören. Sie hatten sich so viel Mühe gegeben, unsere Lyrik auseinander zu nehmen und auf den grammatischen Fehler, aber natürlich auch auf den inhaltlich dramatischen Anspruch hinzuweisen. Sie wissen auch, dass der Teil mit den Spiegelstrichen und der erste Teil eines Antrages, der sozusagen vor dem Teil steht, wo man formuliert „Die Bürgerschaft möge beschließen“, die Lyrik des Antrages ist.

D Dann haben Sie aber leider auch sehr deutlich gesagt, dass es nicht um die Sprache – obwohl ich den Satz der Beteiligung auf Augenhöhe immer noch sehr schön finde –, sondern um den praktischen Erfolg geht und genau um den geht es uns auch.

(Beifall bei der GAL)

Also lassen wir die Machtansprüche und reden noch einmal über einen einzigen Punkt und ich sage es jetzt wieder: Über die Zentralisierung der Liegenschaft. Da geht es zum Beispiel nicht darum, dass Sie etwas tun, was für die Wähler von Interesse ist. Sie haben hier mehrfach gesagt, Sie wollen nur Projekte umsetzen, für die Sie wiedergewählt werden. Die FDP, in Person von Herrn Müller-Sönksen, ist irgendwo damit zitiert, dass man die Liegenschaft zentralisieren müsste, damit die Investoren aus China und Shanghai einen klaren Ansprechpartner haben. Es wäre mir neu, wenn die Wählerinnen und Wähler in dieser Stadt aus Shanghai wären,

(Heiterkeit bei der GAL)

aber vor allem ist mir neu, dass es keine klaren Ansprechpartner für Interessen der Industrie, für potenzielle Ansiedler in dieser Stadt gibt. Das ist der pure Unsinn.

(Beifall bei der GAL)

(Antje Möller GAL)

- A Die Handelskammer ist ein kompetenter Ansprechpartner, die Liegenschaft ist ein kompetenter Ansprechpartner und in jedem Bezirk finden Sie einen Wirtschaftsreferenten, ein Wirtschaftsreferat. Auch dort gibt es kompetente Ansprechpartner. Dieses ist ein Beispiel für eine Argumentation, die schlicht und einfach nicht trägt, die Sie inhaltlich überhaupt nicht füllen können, es sei denn, mit derart weit-schweifigen Äußerungen,

(Manfred Mahr GAL: Mit Phrasen!)

und die die Bezirke ruinieren.

Die Zentralisierung der Liegenschaft wird den Bezirk in Bezug auf seine Kompetenz Bauleitplanung, Baugenehmigung und Flächenvergabe ruinieren und das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Alle anderen Beiträge sprechen eine ganz deutliche Sprache, nämlich die, dass wir miteinander im Ausschuss über dieses Thema reden sollten, und zwar weil wir hier teilweise Menschen mit zwei Hüten haben, weil wir alle nicht immer verantwortlich für Politik in den Bezirken sind, aber Politik machen. Wir müssen diese Beschlüsse unter das Volk bringen und dazu müssen Sie als Senat mit uns reden. Ich kann nur noch einmal die Koalitionsfraktion bitten, eine Überweisung an den Ausschuss mitzumachen, damit wir in aller Breite und Ausführlichkeit und in dem nötigen Detail darüber reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

- B Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/1012 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 17/1012 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist damit abgelehnt.

Ich rufe Punkt 56 der Tagesordnung auf: Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive zur Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben.

**[Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Entlastung der Lehrerkollegien und der
Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher
Aufgaben – Drucksache 17/1019 –]**

Die SPD-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Schulausschuss.

Wer wünscht das Wort? – Herr Woestmeyer, Sie haben es.

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der letzte Wahlkampf hier in Hamburg und auch das Ergebnis dieser Wahl haben gezeigt, wie groß die Bedeutung ist, die der Bildungspolitik zugemessen wird. Dies setzt sich nun auch auf Bundesebene fort. Kanzler Schröder hat gemerkt, dass dem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als seiner Bildungsministerin, und das Thema dementsprechend zur Chefsache erklärt und seitdem laufen die großen bildungspolitischen Auseinandersetzungen. Jetzt werden

Zahlen hin- und hergeschoben, milliardenschwere Programme aufgelegt, auch die Medien halten sich nicht zurück und puzzeln fleißig aus den Zahlen alle möglichen Rankings zusammen. Auch in der Hamburger Debatte misst die Opposition die Schulpolitik nur in Zahlen: 10,3 Prozent Abiturientenquote et cetera, et cetera und eben Lehrerstellen.

(Zuruf von Wolf-Gerhard Wehnert SPD)

Aber die ganze Debatte über zu viele, zu wenige oder eben gar nicht finanzierte Lehrerstellen lassen wir heute einmal außen vor. Uns geht es nämlich bei diesem Antrag nicht um Lehrerstellen, sondern um Lehrer. Mit pauschalen Äußerungen liegen Sie da in aller Regel falsch. Richtig liegen Sie, wenn Sie sich genau angucken, was Sie von Hamburgs Lehrerinnen und Lehrern erwarten, nämlich dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, auf das Erteilen von Unterricht und auf das Vor- und Nachbereiten von Unterricht.

Aber das Vor- und Nachbereiten und das Erteilen des Unterrichts sind eben nicht gegeben, wenn unsere Lehrer meterlange Statistiken ausfüllen, wenn sie jede Woche neue Klassenarbeiten konzipieren müssen, wenn sie im Musikraum das Blech polieren oder in der Bibliothek die Bücher entstauben. Viele Lehrer engagieren sich jenseits ihrer Arbeitszeit um diese und andere Dinge und freuen sich an gemeinsamen Erfolgen mit ihren Schülerinnen und Schülern.

Viele Aufgaben sind jedoch eine echte unfreiwillige Mehrbelastung für die Lehrer, die der Qualität des Unterrichts nicht zugute kommt. Um es deutlich zu sagen: Ich möchte, dass die Schüler ihren Lehrer öfter mit der Kreide in der Hand an der Tafel sehen als mit dem Taschenrechner an einer Statistik alleine hinter dem Schreibtisch.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das heißt, meine Damen und Herren, alle außerunterrichtlichen Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Fortbildung und Vorbereitung sind davon ausdrücklich ausgenommen. Aber für alles andere muss es das Ziel sein, Lehrerinnen und Lehrer von außerunterrichtlichen Belastungen zu entlasten. Da gibt es einiges Konkretes zu tun.

Erstens: Ein ordentliches Personalentwicklungskonzept, mehr schulinterne Regelungen zwischen Schulleitungen und Personalrat statt zentraler Vorgaben.

Zweitens: Wo immer möglich, mehr nicht-pädagogisches Personal einsetzen. Schulbücher sortieren und Instrumente blank putzen sind keine Aufgabe für Lehrer.

Drittens: Schülerdaten und Statistiken können zu einem guten Teil zentral geführt werden. Zum mindesten muss es eine einheitliche Software geben, damit Hilfestellungen von zentraler Stelle effizienter möglich sind. Es ist auch zu prüfen, inwieweit man große Papiermengen, zum Beispiel die Zeugnisse, zentral ausdrucken lassen kann, statt dass zweimal jährlich fünf besorgte Kolleginnen und Kollegen und eine Sekretärin betroffen um einen zugrunde gerichteten Kleinstrucker herumstehen.

(Christa Goetsch GAL: Quatsch, wir haben doch große Drucker in den Schulen!)

Einen entscheidenden Punkt nenne ich zuletzt. Wir haben uns in unserem Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen, dass Tests auch im Vergleich mit anderen Schulen möglich sein sollen. Vergleichbare Abschlüsse in einigen Kern-

C

D

(Martin Woestmeyer FDP)

A fächern sind dann natürlich gleich der nächste Schritt. Es geht aber nicht nur um die Vergleichbarkeit, sondern auch darum, dass dies natürlich einen enormen Entlastungseffekt für Lehrer haben kann, damit die sich in dieser Zeit intensiver ihren unterrichtlichen Aufgaben widmen können. Nicht jede Arbeit muss neu erdacht werden, nicht jeder Test muss neu geschrieben werden. Wenn es seitens der Behörde möglich ist, dann sollte man einen Aufgabenpool bereitstellen – und das fordert der Antrag –, aus dem sich Lehrerinnen und Lehrer bedienen können, nicht nur für die Abschlüsse, nein, gerade auch für die ganz normalen Klassenarbeiten aller Jahrgangsstufen.

Die Arbeitsbelastung der Lehrer wird manchmal verspottet. Nicht von mir, nicht von uns, nein, wir wollen uns eben sehr genau damit auseinandersetzen

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Das ist nötig!)

und die Unterrichtssituation, also das Herzstück von Schule, verbessern.

Sie sehen auch, meine Damen und Herren, dass dieser Antrag und die beiden anderen schulpolitischen Anträge, die jetzt aus den Koalitionsfraktionen gekommen sind – einen haben wir schon debattiert, einer erwartet uns morgen am Ende der Tagesordnung –, beseelt davon sind, große und kleine positive Akzente zu setzen. Ich kann verstehen, dass es sich als Opposition manchmal mit negativen Schlagzeilen besser lebt, aber hier sind Sie herzlich eingeladen, mit uns gemeinsam positive Aspekte und Akzente zu setzen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Anja Hajduk GAL: Für Sie ist das doch ein Problem!)

B

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Frau Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Woestmeyer, eines möchte ich gleich vorweg sagen: Wieder einmal lässt sich ein Antrag der neuen Regierung mit der Überschrift betiteln: „Sie haben keine eigenen und schon gar keine neuen Konzepte.“

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie stürzen sich auf Ideen der alten Regierung und versuchen, diese als neu zu verkaufen.

(Martin Woestmeyer FDP: Wir machen es dann! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Machen, machen, machen!)

– Ja, das sollten Sie mal tun, Herr Müller-Sönksen. In Wirklichkeit ist es nämlich so, dass Sie nach Ihren großen Ankündigungen zur Reform der Schulpolitik bisher noch nicht allzu viel Neues geschafft haben. Jetzt versuchen Sie, den frustrierten Lehrerinnen und Lehrern wieder ein paar Happen hinzuwerfen, um sich bei ihnen lieb Kind zu machen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Warum sind die eigentlich frustriert?)

Dabei wissen Sie genau, dass Sie auch diese Versprechen gar nicht einhalten können.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zuruf von Werner Dobritz SPD: Schulfrei am Sonntag!)

Selbstverständlich ist es auch Ziel der SPD, Lehrerkollegien und Schulleitungen von ihren Aufgaben zu entlasten,

die nicht unmittelbar mit dem Schulunterricht im Zusammenhang stehen. Darüber müssen wir gar nicht diskutieren.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das haben Sie alles schon gemacht!)

Eine solche Entlastung hat zum Ziel, dass sich Lehrerinnen und Lehrer durch intensivere Vorbereitung und eine erweiterte Fortbildung, das wird in Ihrem Papier auch erwähnt, in den Schulen stärker auf die Erteilung ihres Unterrichts und dessen Verbesserung konzentrieren können. Dies ist zu begrüßen und zu unterstützen.

Wenn uns PISA eines gezeigt hat, dann ist es, dass der Unterricht an den Schulen nicht durch administrative Tätigkeiten beeinträchtigt werden darf. Herr Woestmeyer, Sie brachten eben auch das schöne Beispiel mit der Kreide und dem Taschenrechner, natürlich auch nicht dadurch, denn die Qualität des Unterrichts leidet darunter. Auch da sind wir uns einig. Von daher ist es also erforderlich, bestehende und zurzeit in Vorbereitung befindliche Regelungen zu außerunterrichtlichen Aufgaben der Schulen auf den Prüfstand zu stellen. Das Ziel muss sein, möglichst viel Lehrerarbeitszeit für den Unterricht zu reservieren.

Aber, meine Damen und Herren, bei so viel Übereinstimmung lässt sich fragen, warum wir überhaupt darüber diskutieren.

(Ekkehard Rumpf FDP: Genau!)

Das Thema Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen ist überhaupt nicht neu.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Nicht neu, aber ungelöst!)

Auch wenn die Regierungsfraktionen es gerne so darstellen würden, als hätten sie es neu erfunden

(Zuruf von Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

– hören Sie doch erst einmal zu, Herr Müller-Sönksen –, die Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von Aufgaben, die nicht den Schulunterricht betreffen, war bereits ein Anliegen der alten Regierung. Die hatte damals erkannt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, und aus diesem Grund das Projekt „Weiterentwicklung Schulmanagement“ ins Leben gerufen. Das Ziel dieses Projekts war und ist, die Struktur, in denen die staatlichen Schulen in Hamburg ihre Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, eben das so genannte Schulmanagement, weiterzuentwickeln und den Veränderungen anzupassen. Es sind also die Strukturen des Schulmanagements, die Rollen der Beteiligten und die Regelungen, die die außerunterrichtlichen Aufgaben der Schulen betreffen, die überprüft werden sollen.

Meine Damen und Herren der Regierungsfraktionen! Eine solche Überprüfung findet bereits statt. Die Frage ist, warum Sie zu diesem Zeitpunkt einen solchen Antrag stellen. Wie Sie sicherlich auch wissen, meine Damen und Herren, hat die FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein fast den gleichen Antrag zum Thema Entlastung der Lehrerkollegien gestellt.

(Martin Woestmeyer FDP: Da haben Sie ihn abgelehnt! – Zuruf von der SPD: Abgeschrieben!)

In der Schule würde man sagen, abgeschrieben, Herr Woestmeyer.

Lassen Sie mich noch Folgendes bemerken: Die SPD findet das Ziel gut und wichtig, den Antrag, der in vielen Tei-

C

D

(Aydan Özoguz SPD)

- A) Ien vollkommen unpräzise formuliert und nicht zu Ende gedacht ist, aber völlig inhaltsleer. Nehmen wir noch folgendes Beispiel: „Einsatz von nicht-pädagogischem Personal zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen“. Wer ist mit nicht-pädagogischem Personal gemeint? Welche Personen wollen Sie damit ansprechen?

(Uwe Grund SPD: Den Hausmeister vielleicht!)

Sollten Sie, meine Damen und Herren, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulbüros oder die Hausmeister meinen? Ich frage mich, ob Sie diesen Personen unterstellen, so viele Freiräume zu haben, dass sie nebenbei auch noch zur Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern beitragen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Könnte es nicht sein, dass diese Personen bereits mit ihren eigenen Aufgaben so ausgelastet sind, dass sie das nicht tun könnten? Haben Sie einmal daran gedacht, dass auch bei diesen Personen unter Umständen gar keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung stehen? Aus welchen Mitteln sollen diese Entlastungen dann überhaupt noch herbeigeführt werden? Werden hier nicht wieder Hoffnungen geweckt, die nicht einlösbar sind? Ich denke, diese Punkte bedürfen einer Klärung.

Fast sieht es so aus, als hätten Sie sich noch gar keine Gedanken über all diese Punkte gemacht. Aber, meine Damen und Herren, so ganz verwunderlich wäre dieses auch nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

B) Es wäre nicht das erste Mal unter der Ägide des Senators – das muss ich leider so direkt sagen, Herr Senator –, dass gerade in der Hamburger Schulpolitik schnell etwas durchgezogen werden soll, ohne dass vorher darüber wirklich nachgedacht worden ist, geschweige denn, mit den Betroffenen im Vorfeld gesprochen wurde.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie wollen also nicht entlasten! – Martin Woestmeyer FDP: Ich bin gespannt, wie Sie gleich abstimmen werden!)

Meine Damen und Herren! Es bleibt also festzustellen, dass es außer Frage steht, dass wir alle für eine Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben sind. Wir haben allerdings den Eindruck gewonnen, dass dieser Antrag von den Regierungsfraktionen lediglich als ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit benutzt wird,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Haben wir nicht nötig! – Ekkehard Rumpf FDP: Das machen Sie doch für uns!)

und dazu wollen wir die Schulpolitik nicht verkommen lassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Für eine inhaltlich sinnvolle Gestaltung beantragen wir daher die Überweisung an den Schulausschuss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Der Abgeordnete Drews hat das Wort.

Wolfgang Drews CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten knapper Haushaltssmittel und

C) ständig rückläufiger Steuerschätzungen im dritten Jahr ist es wichtig zu überprüfen, inwiefern wir an Schulen Personal zur Unterstützung von Lehrerkollegien und Schulleitern einsetzen können, um diese Personen für Aufgaben einzusetzen, die nicht direkt mit der Erteilung von Unterricht, mit der pädagogischen Betreuung zu tun haben.

Meine Damen und Herren! Hier gilt natürlich auch, Frau Özoguz, wie für den ersten Antrag zum Thema Schule und Bildung heute, dass wir auch bei diesem Punkt abwägen müssen zwischen dem Finden von vermeintlichen Haaren in der Suppe und der Bereitschaft, zu einem Antrag ja zu sagen, wo wir schon seit Jahren im Parlament gesagt haben, dass Schulen in diesem Bereich verstärkt Unterstützung brauchen. Auch hier kann ich feststellen, dass der kundige Bürger, der in der Parlamentsdokumentation etwas zu dieser Thematik sucht, von den Regierungsfraktionen der letzten Jahre und Jahrzehnte einfach nichts findet.

D) Ich stelle hier einmal fest, dass dieses der erste parlamentarische Antrag und Vorstoß ist zu sagen, ja, wir wollen als Regierungsfraktionen den Schulen, den Schulleitungen und den Lehrerkollegien mit entsprechenden Aufgaben helfen,

(Manfred Mahr GAL: Warum will die Hilfe denn keiner haben?)

ohne für uns in Anspruch zu nehmen, dass dieses jetzt das schlüssige Konzept ist, das unverändert die nächsten Jahrzehnte Fortbestand haben soll, meine Damen und Herren.

Es ist also wichtig, etwas zu tun. Wie man es dreht und wendet, Ihnen kann man es nicht recht machen. Das ist ja die parlamentarisch gewollte Zweiteilung, dass Sie das nicht gut finden, was wir machen. Das ist auch okay, das akzeptieren wir auch. Aber, meine Damen und Herren, akzeptieren Sie auch, dass wir Ihren Ball aufgreifen, den Sie die letzten Wochen immer auf uns gespielt haben und gesagt haben, nun kommt doch mit konkreten Sachanträgen, nun gestaltet doch mal. Jetzt gestalten wir und wir laden Sie hierzu wiederum herzlich ein, uns zu begleiten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind auf die Schulen Aufgaben zugekommen und auch abgewälzt worden in einer Art und Weise, dass wir uns wirklich fragen müssen, ob nicht auch diese Tatsachen – zumindest anteilig – Ursache dafür sind, dass wir heute generell in Deutschland – das ist ja nicht nur eine Hamburger Problematik – da stehen, wo wir stehen. Das heißt, dass Defizite in LAU – hamburgspezifisch –, aber auch in PISA und in anderen Bereichen diagnostiziert werden, nämlich, dass die Politik generell Probleme auf Schulen abgewälzt hat und sie definitiv in vielen Dingen alleine gelassen hat, ohne ihnen zumindest ansatzweise Rezepte zur Hilfe zu geben. Und so ist dieser Antrag zu verstehen als eine Unterstützung, als eine Hilfeleistung, in schwierigen Zeiten Schulen nicht alleine zu lassen.

Ich möchte Ihnen konkrete Beispiele nennen. Meine Damen und Herren! Die Eigenständigkeit der Schulen wurde in den letzten Jahren in Hamburg in insbesondere drei Punkten erweitert, die ich exemplarisch herausgreife.

Erstens: Seit Schulbeginn 1991 werden den Schulen für Lehr- und Lernmittel Haushaltssmittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen.

(Wolfgang Drews CDU)

A Zweitens: Die Aufgaben der äußeren Schulverwaltung wurden von den Bezirken in den Bereich der Schulbehörde verlagert. Dadurch erhielten auch die Schulen Entscheidungskompetenzen über Bauunterhaltung, Fremdreinigung und die Zuständigkeiten für Mitbenutzungsangelegenheiten.

Drittens: Mit der Richtlinie zu Werbung, Sponsoring und sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten an Schulen wurde den Schulen die Möglichkeit eingeräumt, Mittel einzuwerben, Vorhaben zu finanzieren, die zur Grundausstattung der Schulen gehören. Alles Bereiche, wo den Schulen Kompetenzen – was auch gut und richtig ist – gegeben wurden, die aber auf der anderen Seite natürlich auch einen verantwortungsbewussten Umgang und eine Verwaltung in immer stärkerem Maße erfordern, wobei wir uns natürlich alle darüber einig sind, dass die Erfüllung dieser entsprechenden Aufgaben nicht originär mit der Erteilung von Unterricht zu tun hat.

Neben diesen Beispielen, die in erster Linie die Selbstbewirtschaftung von Schulen betreffen, wurde richtigerweise auch die Eigenverantwortung für die Gestaltung des Unterrichts und des Schullebens gestärkt. Hier ist in erster Linie die Erarbeitung der Schulprogramme zu nennen. Unter starkem Zeitdruck – Sie erinnern sich, Frau Goetsch – mussten die Schulen bis zum 1. August 2000 Schulprogramme vorlegen, ohne dass dafür die alte BSJB unter Schulsektorin Pape in ausreichendem Maße Ressourcen – beispielsweise in Form von Anrechnungsstunden – bereitgestellt hat. Dieser Kraftakt wurde insbesondere von Lehrerkollegien der Hamburger Schulen mit einer erheblichen Mehrbelastung durchgeführt. Die Aussage der damaligen BSJB, die man der Drucksache 16/5446 entnehmen kann, die Mitarbeit bei der Erarbeitung von Schulprogrammen gehöre zu den allgemeinen Dienstpflichten der Lehrerinnen und Lehrer, ist unterm Strich sicherlich richtig. Sie war aber nicht geeignet, die Motivation der Schulleitungen und der Lehrkräfte auf Dauer zu steigern.

Sie müssen sich nur an Schulen umhören, wie wir es getan haben, um die Stimmung aufzugreifen und zu fragen, ob man der Ansicht ist, dass man von außerschulischen Programmen entlastet werden müsste. Wir haben sehr viele Anregungen bekommen, die richtigerweise in diesen Antrag eingemündet sind.

Frau Özoguz, die in der Vergangenheit bei der Weiterentwicklung und der Evaluation von Schulprogrammen gemachten Fehler wird die Bürgerkoalition nicht fortsetzen.

Ein nächster, zweiter wichtiger Ansatz ist der Einsatz von nicht-pädagogischem Personal an Schulen. Danach hatten Sie gerade gefragt. Hier offenbart das im Jahre 2001 vorgelegte Gutachten des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) – nicht die böse CDU oder gar die genauso schlimmen Teile der Bürgerkoalition – in Drucksache 16/5809 „Überprüfung der Verteilung des pädagogischen und nicht-pädagogischen Personal auf die verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe I“ erhebliche Ausstattungsunterschiede zwischen den Schulformen in Hamburg. Ich empfehle die genannte Drucksache zum Nachlesen.

So stehen zum Beispiel, Frau Goetsch, jeder Gesamtschule – das muss man sich als Beispiel auf der Zunge zergehen lassen – im Durchschnitt drei Sozialpädagogen zu Verfügung, während sich im Grund-, Hauptschul- und Realschulbereich rechnerisch neun Schulen einen Sozialpädagogen teilen müssen.

(Karen Koop CDU: Sehr richtig!)

C

Ein weiterer Beleg für die Bevorzugung der Gesamtschulen und angesichts der jetzigen Zusammensetzung der Schülerschaft in den Hauptschulen ist dies mit Sicherheit unverantwortlich.

Auch bei der Ausstattung mit Bürokräften und technischen Assistenten haben wir an den Gesamtschulen – bezogen auf die Schülerzahlen – eine fast dreimal so hohe Stellenzuweisung. Das sind zwei Beispiele, die wir herausgegriffen haben.

Mein Fazit: Es ist dringend geboten, die bestehenden Regelungen für den Einsatz nicht-pädagogischen Personals an Hamburger Schulen im Sinne einer weiteren Gerechtigkeit unter allen Schulformen endlich auf den Prüfstand zu stellen. Insofern ist dieser Antrag, meine Damen und Herren von der SPD und der GAL, für die Bürgerkoalition ein weiterer Schritt für mehr Gerechtigkeit unter den Schulformen in Hamburg. Wir möchten die erhebliche Mehrbelastung der Schulleitungen eindämmen und zur Umkehr bringen, ohne dass es an den Schulen zu einer gewaltigen Trendumkehr kommt, die zu gravierenden Einschnitten im Unterricht führen. Der Schwerpunkt ist Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und letzten Endes eine bessere pädagogische Betreuung an den Schulen.

Meine Damen und Herren! Dieser Weg ist gerade in Zeiten einer schwierigen Haushaltssituation richtig. Wir laden Sie herzlich ein, diesem Antrag zuzustimmen und uns auf diesem Wege zu begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Müller.

D

Stefan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schwierig, wenn man mit seiner Debatte so spät dran ist. Dann muss man seine Rede komplett ändern.

Frau Özoguz, Sie sagen zu unserem Antrag, wir hätten Ihnen quasi die Idee geklaut,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Weil Sie es in 44 Jahren nicht geschafft haben!)

Sie hätten dieses eigentlich schon in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Sie mögen in der letzten Legislaturperiode vielleicht gute Ideen gehabt haben, aber Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, diese nicht umgesetzt zu haben. Das zieht sich – so ist mein Eindruck – wie ein roter Faden durch sämtliche politischen Themenbereiche.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Im Übrigen ist es sicherlich widersprüchlich, zu sagen, es ist eine gute Idee – es hakt natürlich noch ein wenig in der Umsetzung –, aber selbst in dem von Ihnen erwähnten Schleswig-Holstein dem nicht zuzustimmen. Ich bin gespannt, wie Sie sich heute hier entscheiden.

Wir haben in den letzten Wochen kontrovers über Lehrerstellen, PISA und LAU diskutiert und dabei die Lehrer selbst aus dem Auge verloren. Heute wollen wir nicht darüber debattieren, ob oder wie viele neue Lehrkräfte eingestellt werden können, sondern an einen Teil unseres Koalitionsvertrages anknüpfen.

(Stefan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A In Abschnitt „Schule“ des Koalitionsvertrages haben wir nicht nur die Neueinstellung von Lehrkräften angeregt, sondern auch eine Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungsaufgaben. Genau dieses sieht der hier debattierte Antrag vor. Lehrer sollten sich wieder auf ihre elementaren Aufgaben konzentrieren, ohne zeitaufwendige und niederqualifizierte Arbeiten übernehmen zu müssen, wie beispielsweise Verwaltungsaufgaben. Der in diesem Antrag formulierte Einsatz von nicht-pädagogischem Personal strebt dieses Ziel an.

Unabhängig von den im Antrag vorgesehenen Punkten zur Entlastung sollten wir einen Blick über den Tellerrand unseres Bundeslandes riskieren. Die Zahl der im Lehrplan festgelegten Klausuren und Tests ist im Gegensatz zu anderen Ländern – beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg – vergleichsweise hoch. Daraus resultiert ein hoher Korrekturaufwand für die Lehrkräfte. Wir sollten über den von Herrn Woestmeyer erwähnten Aufgabenpool nachdenken.

Wenn wir Vergleiche zwischen den einzelnen Schulformen in unserem Bundesland ziehen, fällt auf, dass die so genannten Koordinatoren an Gymnasien keine Arbeitszeitentlastung erhalten. Dagegen erhalten die Kolleginnen und Kollegen an Gesamtschulen im Schnitt bis zu zehn Stunden. Wenn wir also von Entlastung sprechen, muss diese gleich verteilt sein, unabhängig von der Schulform.

Kopierarbeiten, Bibliotheksverwaltung und andere Tätigkeiten, die Lehrer von der Schulkasse fernhalten, sind verschwendete Zeit, die unsere Lehrer zusätzlich belasten.

Abschließend ist festzuhalten, dass wir uns ebenfalls stärker an unseren europäischen Nachbarn orientieren müssen, denn diese haben es verstanden, Schulen mit einem effektiven Verwaltungspersonal auszustatten. Deswegen sollten wir mit diesem Antrag den ersten Schritt in die richtige Richtung machen. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Herr verschone uns vor solchen Debatten und entlaste uns in der Bürgerschaft.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Immer dasselbe, was Sie dazu zu sagen haben!)

Ich bin Lehrerin und muss Ihnen sagen, die Geschenke können Sie sich schenken.

(*Rolf Kruse CDU:* Sie sollten dazu gar nicht reden!)

Zum Antrag. Wenn ich mir vorstelle, als Klassenlehrerin nach dem Unterricht keine Elterngespräche zu führen, nicht mehr mit den Einrichtungen im Stadtteil zu koordinieren, nicht mehr dafür Sorge zu tragen, mich am Nachmittag zu engagieren, dann ist das eine wunderbare Aufforderung. Die Arbeitszeitkommission, die unter Mitwirkung des jetzigen Staatsrats Behrens gearbeitet hat, hat festgestellt, dass Schule mehr als Unterricht ist.

(Beifall bei Krista Sager und Anja Hajduk, beide GAL, sowie bei Simone Kerlin SPD)

Das wollen Sie jetzt alles aufheben? Wie sieht eigentlich Ihr Lehrerbild aus?

(Zuruf von Martin Woestmeyer FDP)

C

– Nein, ich mache es anders, Herr Woestmeyer. Ich lade Sie herzlich ein, in meine Schule zu kommen und sich anzusehen, wie es dort ausschaut.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Ahnungslosigkeit ist gar nicht mehr zu übertreffen. Der eine oder andere von Ihnen hat vielleicht eine duale Ausbildung gemacht. Da hat man doch gelernt, dass man seinen Arbeitsplatz aufzuräumen hat. Soll ich jetzt Laboranten einstellen, die die von mir im Chemieunterricht benutzten Reagenzgläser in die Spülmaschine stellen? Das wollen Sie bei diesen knappen Kassen doch nicht initiieren. Ich poliere im Physikraum nicht irgendetwas, sondern ich sehe zu, dass ich meine Geräte in Ordnung halte, damit ich mit den Schülern Versuche machen kann. Sie demonstrieren eine Ahnungslosigkeit von Schule, die zum Himmel schreit.

(Beifall bei der GAL)

Sie schreiben im Antrag unter Punkt 1, Sie wollen die Lehrer entlasten. Dann machen Sie das doch. Jetzt wollen Sie endlich einen Bonbon an die Lehrer loswerden. Was Sie hier anbieten, ist lediglich ein saurer Drops, der übrig geblieben ist.

Einerseits wollen Sie Kollegen von A 13 auf A 12 herunterstufen und dann wollen Sie sie entlasten. Herr Müller sagt, die „armen“ Oberstufenkoordinatoren im Gymnasium hätten so viel Arbeit. Die bekommen auch A 15. Ich verstehe nicht, was Sie damit meinen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly (unterbrechend): Frau Goetsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Drews.

D

Christa Goetsch (fortfahrend): Ja, Herr Drews, Sie haben ja wieder so schön geredet.

Zwischenfrage von Wolfgang Drews CDU: Frau Goetsch, Sie hatten Herrn Woestmeyer gerade vorschlagen, in Ihre Schule zu kommen.

Akzeptieren Sie, dass das, was die Bürgerkoalition im Antrag vorgelegt hat, durchaus Erfahrungen, Wünsche und Erwartungen vieler Hamburger Schulen sind und nicht die privaten Vorstellungen von Herrn Woestmeyer, wie Schule in Hamburg aussieht?

Christa Goetsch (fortfahrend): Als Praktikerin akzeptiere ich es nicht. Den einzigen Punkt, den ich interessant finde, ist das Personalentwicklungskonzept im Kontext mit dem Personalrat. Das ist spannend zu diskutieren. Alles andere ist warme Luft. Ich will das kurz ausführen, denn ich habe nur wenig Zeit.

Die Schulprogramme sollen nicht mehr in der Schule von den Kollegen gemacht werden. Wer soll sie denn machen? In Schweden schreibt Mats Ekholm aus dem Ministerium über die akzeptierte Selbstständigkeit, dass die Schulen ihr Schulprogramm natürlich selbst schreiben müssen und nicht irgendwelche außenstehenden Menschen.

Zum Ausdruck von Zeugnissen noch einen Satz. Ich werde doch von 26 oder 27 Schülern das Zeugnis allein ausdrucken können, dafür brauche ich keinen Hiwi. Das ist wirklich Blödsinn, der nichts mit der Realität zu tun hat.

(Christa Goetsch GAL)

A (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zum Schluss einige grüne Forderungen, wodurch Schule weiterentwickelt werden müsste: schulscharfe Einstellungen, Schulen wählen ihr Personal aus, Schulen sind verantwortlich für ihre Erfolge, Schulen geben Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ab, Schulen gestalten, verwalten sich selbst, überprüfen sich selbst und lassen sich überprüfen. In Richtung Autonomie von Schule sollten Sie arbeiten und hier nicht so ein Kasperletheater fordern. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/1019 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/1019 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkte 37, 38 und 39 auf: Anträge der SPD-Fraktion, Drucksachen 17/912, 17/913 und 17/914.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Entlastung des Maßregelvollzugs durch Einrichtung
einer besonderen Station für nicht therapierbare
Patienten des Maßregelvollzugs
– Drucksache 17/912 –]**

B **[Antrag der Fraktion der SPD:
Entlastung des Maßregelvollzugs durch die
Einrichtung einer besonderen Station für
Minderbegabte sowie die Einrichtung einer
besonderen Station für Schizophrene
– Drucksache 17/913 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Entlastung des Maßregelvollzugs durch eine
forensische Ambulanz – Drucksache 17/914 –]**

Die CDU-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser drei Drucksachen federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss. Wer möchte das Wort? – Herr Dr. Petersen, Sie haben es.

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Maßregelvollzug bedeutet Schutz der Bevölkerung vor psychisch kranken Straftätern und Maßregelvollzug bedeutet Therapie von psychisch kranken Straftätern. Hier kann man nicht nach dem Grundsatz gehen: Therapie vor Sicherheit oder Sicherheit vor Therapie, sondern Sicherheit und Therapie oder Sicherheit durch Therapie. Hier muss man die Chancen der Therapie nutzen, denn nur die Therapie gibt uns die Möglichkeit, die Sicherheit hundertprozentig zu machen, wenn wir eine hundertprozentige Therapie haben. Wir wissen aber, dass alle forensischen Einrichtungen in Deutschland überbelegt sind. Das bedeutet, dass wir keine optimale Therapie mehr haben, sondern Verwahrung. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchten wir uns sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Abteilungen im Klinikum Nord bedanken.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Haus 18!)

C

Sie leisten hervorragende Arbeit und in der Regel wird diese Arbeit nicht so anerkannt. Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Die SPD-Fraktion hat sich im letzten halben Jahr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben uns umgehört und durch Expertenberatungen Erfahrungen gemacht, die wir Ihnen jetzt in drei Anträgen zur Abstimmung vorgelegt haben.

Diese drei Anträge beinhalten eine Entlastung des Maßregelvollzugs. Der erste Antrag beinhaltet, dass wir zwei Sondergruppen, nämlich die Minderbegabten und die Schizophrenen, in gesonderten Abteilungen behandeln möchten, sodass eine Entlastung stattfindet.

Der zweite Antrag befasst sich mit den nicht therapierbaren Patienten. Solche gibt es leider auch, zum einen, weil es natürlich keine hundertprozentigen Therapien gibt beziehungsweise noch keine Therapie für jede Erkrankung, und zum anderen, weil manche Patienten von ihrer psychischen Erkrankung her nicht therapiertbar sind. Für diese nicht therapierbaren Patienten fordern wir eine extra Station. Wir definieren die Nichttherapiierbarkeit, indem wir sagen, wer zweimal drei Jahre lang therapiert wurde und anschließend durch ärztliche Gutachter festgestellt worden ist, dass keine Möglichkeit der Therapie besteht, soll zunächst für zwei Jahre auf diese Station. Danach soll untersucht werden, ob eine erneute Therapiemöglichkeit besteht.

Der dritte und ein sehr wichtiger Antrag beinhaltet, dass eine Ambulanz aufgemacht wird und Patienten aus dem Maßregelvollzug auch ambulant behandelt werden können. Auch das bedeutet mehr Sicherheit für die Hamburgerinnen und Hamburger, weil die Patienten nach der Entlassung oder im Rahmen der Entlassung von den gleichen Betreuern, die sie auch vorher behandelt haben, ambulant betreut werden. Das bedeutet auch eine finanzielle Entlastung, da die Ambulanz mit einem ungefähren Kostenfaktor von 10 Euro am Tag pro Patient rechnet im Gegensatz zu 200 Euro Tageskosten für einen Patienten im stationären Bereich.

D

Diese drei Anträge möchten wir mit Ihnen diskutieren. Die CDU beantragt eine Überweisung dieser Anträge an den Gesundheitsausschuss und an den Rechtsausschuss. Ich hoffe aber, dass der Senat sich schon vorher mit diesen Anträgen auseinandersetzt, weil sie vom Fachpublikum so auch anerkannt werden. Sie haben das Ziel, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger sicher fühlen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Maßregelvollzug ist selten in den Schlagzeilen, aber wenn, dann meistens auf der ersten Seite. Wenn beispielsweise irgendwelche gemeingefährlichen Sexualstraftäter entweichen, gibt es markige Sprüche. So auch unser Bundeskanzler vor einem Jahr, als es hieß: Kinderschänder mögen lebenslang weggesperrt werden.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Der Innensenator war auch nicht schlecht!)

(Viviane Spethmann CDU)

- A – Es gab einige Äußerungen, die vielleicht manche Emotion getroffen haben, aber nicht unbedingt das Kernproblem.

Der Maßregelvollzug ist sehr vielseitig. Es sind in ihm nicht nur Kinderschänder untergebracht, sondern auch viele andere Problempatienten. Insoweit besteht immer ein Ausgleich zwischen den Grundrechten der Sicherheit der Bevölkerung und der Therapierbarkeit des einzelnen Patienten.

Festzustellen bleibt, dass wir in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme psychisch auffälliger Straftäter zu verzeichnen haben. Es fällt insbesondere im Strafvollzug auf, dass dort sehr viele Straftäter inhaftiert sind, die eher in den Maßregelvollzug gehören.

Ich freue mich, wenn sich die SPD hier sehr intensiv bemüht hat. Wir hätten gern schon vor einem Jahr ein paar Ergebnisse gesehen. Wir beraten das gesamte Thema zurzeit im Gesundheitsausschuss und warten darauf, dass wir die Sachverständigenkommission anhören können, die die Vorfälle aus dem letzten Jahr und auch die Konsequenzen mit uns beraten soll. Leider hat es Absagen gegeben. Es wäre schön gewesen, wenn wir das in der Zwischenzeit hätten machen können. Es wäre zu begrüßen, wenn wir die Anträge, die Sie eingebracht haben, mit den Anregungen der Sachverständigenkommission in ein Gesamtkonzept gießen, denn das ist dringend notwendig.

Hinzu kommt noch, dass das Bundesverfassungsgericht Neuerungen im Maßregelvollzug angemahnt hat, die insbesondere den Verhältnismäßigkeitsmaßstab angehen, also nicht den Maßstab der Sicherheit, den wir im Moment alle anmahnen, sondern eher gegenteilig. Das müssen wir leider berücksichtigen. Das spricht mir zwar nicht aus dem Herzen, aber es ist nun einmal eine Tatsache.

Insoweit sind es diese vielen Bereiche, die geklärt werden müssen. Ich erinnere in dem Zusammenhang an das Thema Gutachten und ob noch ein Zweitgutachten erteilt werden muss. Soll ein Gutachten erteilt werden, wenn Vollzugslockerungen stattfinden sollen? Soll der Leiter des Instituts selber entscheiden können, ob jemand Vollzugslockerungen erhält oder nicht? Ich halte das für sehr problematisch. Es ist eine große Verantwortung, die dieser Leiter trägt. Man sollte ihn zumindest entlasten, nicht bevormunden. Über diese Punkte sollten wir sprechen, denn dafür ist dieser Bereich zu wichtig. Insoweit werden wir das mit Ihnen im Ausschuss beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Barth-Vökel.

Wolfgang Barth-Vökel Partei Rechtsstaatlicher Offensive:^{*} Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die forensische Psychiatrie ist ein kaum beachteter Bereich in unserer Gesellschaft, es sei denn, es passiert etwas. Genug Beispiele hat uns der sechsundneunzigseitige Abschlussbericht der Sachverständigenkommission zur Untersuchung des Maßregelvollzugs in Hamburg, der demnächst im Gesundheitsausschuss bearbeitet wird, aufgezeigt.

Jeder kann sich noch an die Äußerungen der ehemaligen Gesundheitssenatorin Roth erinnern, die damals sagte, dass sie sich nicht um jede Vergewaltigung kümmern

könnte, die auf dem Gelände des AK Ochsenzoll geschehe. C

(Barbara Duden SPD: Das hat sie so nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren von der Opposition! In Ihren Anträgen mögen viele gute Anregungen sein. Dass sich hier etwas ändern sollte, ist uns auch bekannt.

Bereits am 17. März dieses Jahres hat unsere Partei pressewirksam auf Missstände in der forensischen Psychiatrie hingewiesen.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Es ist keiner da, der das fotografieren kann!)

Der Neubau von Haus 18 nach den neuesten Erkenntnissen der Technik macht einen Ausbruch schier unmöglich. Beanstandungen wurden sofort behoben. Wir verwehren uns dagegen, dass auch nur ein forensischer Patient vorzeitig in ambulante Behandlung gegeben wird. Überbeladung ist für uns kein Argument.

Wenn Sie den Bericht genau lesen, werden Sie feststellen, dass man sich in der Vergangenheit über externen Sachverständigen hinweggesetzt hatte. Darin liegen unter anderem die Mängel. Wir müssen die Bevölkerung vor diesen kranken Menschen schützen. Auch wir haben angeregt, dass die circa 15 nicht therapierten Patienten unbedingt von den derzeit 130 Patienten getrennt werden sollen. Man kann das mit einem Korb Äpfel vergleichen, in dem ein fauler Apfel ist, der die anderen ansteckt.

Ob die Patienten verschärft in extra Gebäuden, in Gefängnissen oder unter ärztlicher Beobachtung untergebracht oder von den Patienten auf dem Gelände des Klinikum Nord getrennt werden, werden wir mit Sicherheit im Ausschuss erörtern können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

In unserem Wahlprogramm sollte die forensische Psychiatrie der Justiz zugeordnet werden. – Viel Spaß im Ausschuss damit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Dr. Freudenberg, Sie haben das Wort.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema ist schwierig und manchmal habe ich den Eindruck, dass wir als Parlament überfordert sind, dem Thema gerecht zu werden.

(Ingo Egloff SPD: Einige bestimmt, da haben Sie Recht!)

Herr Barth-Vökel, Sie haben mit Ihren Äpfeln kein gutes Beispiel geliefert. So einfach ist die Sache nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es geht hier um psychisch kranke Menschen, die Straftäter geworden sind, und es geht darum, dass sie in einer Institution untergebracht sind, die ungeheuer sachkundig und kompetent mit ihnen umgeht. Jeder, der ein bisschen mehr davon versteht als die meisten Leute, weiß, dass die Definition, wann ein psychisch kranker Mensch nicht therapiert ist, eigentlich gar nicht zu beantworten ist. Deshalb ist die Forderung nach Separation sehr problematisch. Es ist aber notwendig, dass wir die Gelegenheit nutzen und im Gesundheitsausschuss mit den Experten, die den sehr

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A guten, differenzierten Bericht über den Hamburger Maßregelvollzug geliefert haben, sprechen.

Herr Petersen, wir werden im Ausschuss Fragen zu Ihren Anträgen stellen, aber, ich denke, Sie sind über das Ziel hinausgeschossen. Es ist nicht unsere Aufgabe als Parlament, den Senat aufzufordern, der Klinik genaue Vorschriften zu geben, wie sie sich zu organisieren hat. Das können wir auch gar nicht leisten. Dies liegt nicht in unserer Verantwortung, sondern in der des ärztlichen Leiters.

(Dietrich Wersich CDU: Das hat sich Herr Petersen auch gar nicht ausgedacht!)

Es ist unstimmig, wenn Sie je eine Sonderstation für Schizophrene und Minderbegabte fordern. Über die Hälfte der Patienten in der forensischen Abteilung in Ochsenzoll sind Schizophrenerkrankte. Unter 6 Prozent sind Minderbegabte. In Ihrer Presseerklärung werden aus diesen Minderbegabten plötzlich Demenzkranke. Es ist ein schwieriges Thema, also lassen Sie lieber diese Details! Wir sollten vielmehr sehen, dass wir als Parlament der Forensik Voraussetzungen für gute Arbeit schaffen, wie wir es getan haben, als wir Mittel für den Neubau zur Verfügung gestellt haben und indem wir darauf achten, dass für möglichst gute Therapien – zur Sicherheit von uns allen – Voraussetzungen geschaffen werden. Es ist keine Lösung, dass wir haarklein Vorschriften machen und meinen, wir wüssten alles besser. Das tun wir hier alle nicht.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

B **Dr. Wieland Schinnenburg FDP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Petersen hatte zu Recht auf die Dichotomie des Maßregelvollzugs hingewiesen. Es geht einmal um die Patienten, es geht aber auch um die Gesellschaft. Für mich hat, ebenso wie für Sie, keines der beiden Vorrang, aber natürlich auch keines der beiden Nachrang.

Ihre drei Drucksachen sind von der Tendenz her richtig, zumindest diskussions- und nachdenkenswert. Ich möchte kurz auf die Berichte der zuständigen Kommission verweisen. Es war in der Tat so, dass die Einweisungszahlen drastisch gestiegen sind. Das ist aber kein Nachteil an sich. Es ist immer besser, wenn der Richter – sachverständig beraten – erkennt, dass ein Täter einen psychiatrischen Hintergrund hat und deshalb nicht in das „normale“ Gefängnis, sondern in einen Maßregelvollzug gehört. Da ist es durchaus sinnvoll, wenn zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Aber die unangenehmen Folgen haben Sie völlig richtig beschrieben. Ich will auch gar nicht sagen, Sie hätten das in den vergangenen 44 Jahren besser machen können. Es ist ein Problem, das – wenn auch vielleicht in geringerem Maße – ebenfalls außerhalb Hamburgs besteht.

Allerdings – jetzt sind wir über die drei Anträge hinaus – sind wir an einen Punkt gekommen, der diskussionswürdig ist. Wir hatten vorhin mehrere Anträge zur Schule, in denen die Regierungskoalition Prüfaufträge an den Senat erteilen wollte. Die wollten Sie an den Ausschuss überwiesen haben, was ich falsch finde, denn ein Prüfauftrag braucht im Ausschuss aus meiner Sicht nicht mehr groß diskutiert zu werden. Sie machen hier etwas anderes. Bei Ihnen stehen in allen Anträgen Forderungen wie beispielsweise: Das müsst ihr einrichten oder das sollt ihr einrichten. Das sind definitive Forderungen, die in den Ausschuss

C gehören und da sehr sorgfältig diskutiert werden müssen, damit auch etwas Vernünftiges dabei herauskommt. Deshalb sollten wir dies hier auf keinen Fall beschließen, sondern die Anträge an die Ausschüsse überweisen.

Der zweite Mangel Ihrer drei Drucksachen besteht in Folgendem: Auch wenn man alle drei Forderungen für richtig befindet, fehlt mir ein Gesamtkonzept. Frau Dr. Freudenberg hat Recht. Wir alle hier werden kein perfektes Gesamtkonzept erreichen.

Ich möchte vier Punkte nennen, die Ihre Drucksache aufgreift. Aus meiner Sicht sollte es beim Maßregelvollzug vier Säulen der Psychiatrie geben. Die erste Gruppe ist die ambulante Versorgung entlassungsfähiger Patienten, und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, weil die Gesellschaft ihren Teil dazu beitragen kann.

In der zweiten Gruppe sollten ungefährliche, aber nicht therapierte Patienten sein, zum Beispiel solche mit Angstsymptomen. Die könnten „heimartig“ untergebracht werden, mit Beschäftigungsangeboten, weil sie ungefährlich sind. Man muss für sie sorgen, aber die Gesellschaft braucht vor ihnen nicht unbedingt geschützt zu werden.

Die dritte Gruppe wäre der klassische Maßregelvollzug für gefährliche, aber therapierte Patienten.

Die vierte Gruppe – das haben Sie nicht erwähnt, sie wird ein bisschen problematisch gesehen – sind die gefährlichen und untherapierten Patienten. Hier sollte der Maßregelvollzug allerdings auch ein bisschen entlastet werden. Da es sich um nicht therapierte Patienten handelt, sollte der Sicherungsgedanke, der Schutz der Gesellschaft, Vorrang haben. Dann kann in den bisherigen Stationen der Sicherungsgedanke betont werden oder es können gleich gefängnisartige Strukturen – ich traue mich, dieses Wort zu verwenden – eingesetzt werden.

Diese vier Gruppen stelle ich mir als Grundlage eines Gesamtkonzepts vor. Alles Weitere muss selbstverständlich im Ausschuss diskutiert werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Schinnenburg, das Letzte, was Sie angesprochen haben, ist ganz klar und deutlich Entlastung des Maßregelvollzuges durch Einrichtung einer besonderen Station für nicht therapierte Patienten. Es ist die Drucksache 17/912. Das kann einem natürlich mal durchgehen, wenn man so viel zu lesen hat. Also, das haben wir berücksichtigt.

Ich habe noch zwei Bemerkungen, und zwar zu dem Käse und den Äpfeln. Herr Barth-Völkel, das ist einfach ein bisschen zu populistisch, wenn man hier von faulen Äpfeln redet. Das sind Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen versuchen, mit diesen Menschen richtig umzugehen und ihnen das zuzuleiten, was wir können. Frau Freudenberg, wenn Sie hier von Käse reden, wir haben natürlich einen Vorsprung. Deswegen haben wir auch gefordert, dass der Senat dieses dann auch gleich umsetzt, weil wir mit den Fachleuten viele und lange Gespräche gehabt haben. Sie werden im Ausschuss

(Dr. Mathias Petersen SPD)

A sehen, wenn wir mit den Fachleuten sprechen, dass die Forderungen der Fachleute mit unseren einhergehen. Deswegen fordern wir den Senat auf, natürlich schon jetzt ein bisschen zu tun. Ich hoffe auch, dass der Senat etwas tut, denn das Wichtige bei dieser ganzen Geschichte ist nicht ein Gesamtkonzept. Das ist völlig richtig, Herr Schinnenburg. Das können wir nicht so schnell über die Bühne kriegen. Aber unsere Vorschläge sind relativ rasch umzusetzen, damit wir jetzt schnell eine Entlastung für den Maßregelvollzug haben und damit mehr Sicherheit für die Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Rehaag.

Senator Peter Rehaag: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte erhitzt sich bei diesem Thema – wie auch in der Vergangenheit – immer wieder. Wir wissen alle, dass das Thema Maßregelvollzug emotional zumeist hoch besetzt ist, aber die hier diskutierten Anträge gehen unter anderem von der Behauptung aus, es gebe im Klinikum Nord eine – so wörtlich – „massive Überbelegung“.

Meine Damen und Herren! Orientieren wir uns zunächst einmal an den tatsächlichen Zahlen. Derzeit sind 157 Plätze im Hamburger Maßregelvollzug mit 147 Patientinnen und Patienten belegt.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Das entspricht einer Auslastung von 93,6 Prozent, um es exakt festzuhalten.

B

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das stimmt nicht!)

Wer hier bereits einer Überbelegung das Wort redet, der verkennt die Realitäten und die intensiven Steuerungsbemühungen des LBK Hamburg. Nach der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus im Haus 18 im April und der bereits abgeschlossenen Renovierung des Hauses 9 sind die Kapazitäten gegenwärtig zwar ausgelastet, aber nicht massiv überbelastet. Auch die Belegungsprognose des LBK Hamburg hält die Kapazitäten – jedenfalls zumindest für die beiden kommenden Jahre – für so ausreichend, dass wir uns hier an klaren Fakten orientieren können und über künftige Überbelegung allenfalls in längeren Zeitintervallen diskutieren sollten. Der Vorschlag der SPD zu den nicht therapierbaren Tätern ist entsprechend und dementsprechend auch bestenfalls unter dem Gesichtspunkt einer Ressourcenplanung plausibel.

Sicherheit im Maßregelvollzug – da sind sich die Fachleute und Praktiker einig – bedeutet eben nicht nur äußere Sicherung im technisch logistischen und überwachend personellen Sinne. Die innere Sicherung als weiteres wichtiges Standbein für die Abläufe innerhalb der Klinik beruht ja gerade auf einem Ansatz, der über die reine Verwahrung hinausgeht. Auch über diese Themen muss seriös diskutiert werden.

Noch ein paar Anmerkungen.

Erstens: Die mit der Einrichtung intendierte Nachsorge beim Maßregelvollzug – wenn man über dieses Thema entsprechend weiter diskutieren will – muss nachweislich so angelegt sein, dass die Sicherheit der Bevölkerung weiter erhöht werden kann. Es darf also keinen Abbau an Sicherheit geben.

Zweitens: Die Einrichtung muss einen konkreten Entlastungseffekt für die Belegungssituation im Maßregelvollzug bewirken.

C

Die dritte und für mich gleichfalls unerlässliche Bedingung – Herr Dr. Petersen hatte eben freundlicherweise über Zahlen gesprochen, über Kosten –: Die Finanzierung einer solchen ambulanten Nachsorge erfolgt, wenn überhaupt, über das SGB V. Das heißt, nach entsprechender Vereinbarung durch die Krankenkassen, da das Klinikum Nord bekanntlich bereits über eine Institutsermächtigung nach Paragraph 118 SGB V verfügt. Alles andere wäre geradezu ein Systemfehler und an dieser Stelle bin ich nicht gewillt, das mitzumachen. Ansonsten wünsche ich uns allen eine freudige Diskussion im Gesundheitsausschuss über diese Themen. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Senator, ich weiß nicht, woher Sie die Zahlen haben. Es ist so, dass 128 Betten im Maßregelvollzug im Haus 18 sind und 147 Delinquenten beziehungsweise Patienten dort sind. Das heißt, wenn Sie sich das vor Ort angucken, dass dort auch Räume mit Patienten besetzt sind, die eigentlich als Fernsehraum und so weiter dienen sollten. Von daher würde ich Sie bitten, die Zahlen, die Ihnen dort genannt worden sind, zum Beispiel auch von Dr. Knecht, einmal genau nachzuprüfen. Wir werden in den nächsten zwei Jahren einen steilen Anstieg haben und wir haben dort ein Problem, das wir jetzt dringend lösen müssen.

D

Das Ambulanzproblem mit finanziellen Aspekten zu hinterfragen, ist natürlich völlig korrekt. 200 Euro pro Tag kostet ein Patient, der stationär aufgenommen ist, und 10 Euro am Tag ein ambulanter Patient. Da müssen wir doch sehen, dass wir die 200 Euro sparen und die Patienten möglichst in die Ambulanz geben. Von daher wünsche ich mir, sich ein bisschen besser zu informieren, damit wir dann auch klarkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Manfred Mahr GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Herr Petersen, so langsam reicht es. Das muss ich mal sagen. Vielleicht sollten Sie jetzt einmal die Ehrlichkeit haben, über das Zustandekommen dieses Antrages zu berichten. Genau das, was Sie in die Bürgerschaft mit diesen Anträgen eingebracht haben, hat der Leiter der Abteilung, Herr Knecht, 14 Tage später im Rahmen eines Kongresses als Konzept des Klinikums Nord vorgestellt. Ich gehe nicht davon aus, dass Herr Knecht von Ihnen abgeschrieben hat, sondern eher umgekehrt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Da hat Frau Freudenberg ganz Recht. Wir geben die politische Richtung vor, aber die Konzepte müssen die Fachleute machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

(Dietrich Wersich CDU)

A Was zur Ehrlichkeit gehört, ist, glaube ich, dass Sie einsehen, dass die SPD hier einen Kurswechsel gemacht hat, dass Sie endlich alte Zöpfe Ihrer Politik abgeschnitten haben, denn es ist doch die Einsicht bei Ihnen erstmalig formuliert worden, dass ein Teil der Straftäter nicht therapiertbar ist und nur noch weggesperrt werden kann. Dagegen haben Sie sich bisher immer geweigert.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Jetzt schreiben Sie das. Das ist ein weiterer Schritt der Ex-Regierungspartei SPD in die Realität.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Petra Brinkmann SPD: Das ist nicht wahr!*)

Ich möchte noch zu einem letzten Aspekt etwas sagen. Es sind dort – Sie haben das auch zu Recht gesagt – Aufwendungen menschlicher Art, was die Therapeuten und die Mitarbeiter angeht, aber es sind auch ganz erhebliche finanzielle Aufwendungen. Sie haben es vielleicht errechnen können, dass wir bei einem Untergebrachten bei rund 91 000 Euro pro Jahr liegen. Wir haben jetzt gerade 12 Millionen Euro in den Erweiterungsbau investiert. Wir haben im Jahr 1997 für den Betrieb noch 5,3 Millionen Euro aufgewendet, im Jahr 2000 bereits 9,9 Millionen Euro und wir werden im Jahr 2002 und 2003 rund 12 Millionen Euro aufwenden. Das ist eine Steigerung auf 225 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist auch eine Leistung dieser Koalition für die öffentliche Sicherheit, aber diese Steigerungen mit jährlich 20 Prozent Mehrkosten sind auch eine Belastung für den Haushalt und insbesondere eine Belastung für den Haushalt der Gesundheitsbehörde, die diese Steigerungen aufzufangen hat. Da besteht, denke ich, tatsächlich in der Zukunft Handlungsbedarf, auch diesen Teil der öffentlichen Sicherheit ordentlich zu finanzieren.

B Meine Damen und Herren! Für uns steht an erster Stelle die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit dieser Einrichtung. An zweiter Stelle steht die Therapie und in dem Sinne werden wir uns damit im Rechts- und Gesundheitsausschuss befassen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Senator, ich möchte doch noch einmal nachfragen bei Ihren Zahlen.

(*Dr. Michael Freytag CDU: Machen Sie das im Ausschuss!*)

Heißt das, dass das Haus 9 weiter bestehen bleibt und nicht nur die bisherigen und jetzt erweiterten Kapazitäten im Haus 18 genutzt werden? Das mit den Zahlen ist mir nämlich neu und das finde ich sehr interessant.

Eine Sache noch, da wir jetzt ja doch mehr in die Diskussion eingestiegen sind. Wenn man die Kosten ambulante gegen stationäre Unterbringung rechnet, ist doch gerade der Punkt, dass eine Ambulanz für forensische Patienten nur dann Sinn macht, wenn diese Menschen auch nach ihrer Entlassung in Hamburg leben können. Was wir meiner Meinung nach mehr brauchen, um zu einer Entlastung zu kommen, ist eine forensische Nachsorgeeinrichtung und für die müssten wir auch wieder Geld aufbringen. Es kann einfach nicht sein, dass wir sagen, wir entlassen die

C Leute, dann kostet es nur noch die paar Euro für den Ambulanzbesuch, sondern das Wichtige ist, dass einige dieser Menschen eine sehr gut betreute Wohneinrichtung brauchen, die auch notwendig ist, um den Maßregelvollzug von Patienten zu entlasten, die nicht mehr die vollstationäre klinische Versorgung brauchen. Aber auch das können wir im Ausschuss debattieren. Ich wollte das nur nicht so stehen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 17/912, 17/913 und 17/914 zur federführenden Beratung an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisungen sind einstimmig erfolgt.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist Punkt 36a, den ich hiermit aufrufe, Drucksache 17/1058: Bericht des Wissenschaftsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes.

[**Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 17/868: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) (Senatsantrag) – Drucksache 17/1058 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß, bitte schön.

D **Wolfgang Beuß CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Titel Hamburger Hochschulgesetz klingt sehr vielversprechend, aber hinter der hier vorliegenden Gesetzesinitiative verbirgt sich etwas, wo ich eigentlich fast sagen würde, ich verweise auf die Rede meines Vorgängers, dem Abgeordneten Roland Salchow, die er exakt zu dem Hochschulgesetz, das Rotgrün vor einem Jahr eingebracht hat, damals hier gehalten hat.

Ich will trotzdem gerne zwei, drei Gedanken aufnehmen, denn dieses Gesetz haben wir damals in vielen Dingen kritisiert und angekündigt, wenn wir an die Regierung kämen, würden wir ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir sind zurzeit dabei. Deswegen macht es keinen Sinn, dass bestimmte Inhalte und Fristen, die in dem alten Hochschulgesetz stehen, jetzt umgesetzt werden, weil dieses Gesetz von uns in absehbarer Zeit reformiert wird. Auf dem Weg ist ein Referentenentwurf zum Hochschulgesetz

(*Krista Sager GAL: Stillstand bis 2005!*)

– nun halten Sie sich mal zurück, Frau Sager –,

(*Krista Sager GAL: Nun bleiben Sie doch ruhig, Herr Beuß!*)

weil das alte Hochschulgesetz, das Frau Sager auf den Weg gebracht hatte, abgelöst wird.

Unser Ziel ist es, zu versuchen, mit diesem neuen Gesetz wirkliche Reformen an den Hochschulen hervorzu bringen. Sie haben es nur geschafft, Frau Sager, beim Hochschulhaushalt in Ihrer Legislaturperiode gegen 15 Prozent einzusparen

(*Krista Sager GAL: Das stimmt gar nicht!*)

und die Daumenschrauben der Finanzen den Hochschulen anzulegen.

(Wolfgang Beuß CDU)

A (Krista Sager GAL: Der ist erheblich gestiegen! Das haben Sie gar nicht gemerkt!)

Weiterhin haben Sie bei reduzierter Finanzierung gleichzeitig die Angebote der Leistungen aufrechterhalten, was zu großen Problemen im Bereich der Kapazitäten der Hochschulen selbst geführt hat. Mit Ihrem Hochschulgesetz sind Schwerpunktsetzungen für die Zukunft unmöglich und das wollen wir ändern, weil die Gremienvielfalt, die Sie in Ihrem Gesetz vorgesehen und fortgeschrieben haben, eine Reform der Hochschullandschaft in Hamburg behindert und nicht fördert.

Die Gremienvielfalt führt vielmehr zu einer Binnenorientierung und vernachlässigt die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ansprüche an die Hochschulen und dieses werden wir mit einem neuen Hochschulgesetz in Hamburg ändern.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deswegen ist die Debatte zu dem Hochschulmodernisierungsgesetz aus meiner Sicht heute noch nicht angezeigt, weil ich denke, dass wir hier über einen Referentenentwurf reden, der dann in Abstimmung mit den Experten, mit den anderen Behörden auf den Weg gebracht werden soll. Ziel sollte es sein, wenn dieses Hochschulmodernisierungsgesetz vom Senat der Bürgerschaft zugeleitet wird, dass wir dann eine vernünftige Diskussion um dieses Gesetz führen. Wir bitten darum, dass Sie heute diesem Gesetzesantrag zustimmen, weil er letztlich nur das exekutiert, was in dem alten Gesetz steht, das wir als Bürgerkoalition ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Beuß, Reformen an den Hochschulen wollen Sie einleiten. Ich kann die in dem neuen Gesetzentwurf nicht erkennen. Ich glaube, der geht hinter '68 zurück. Da haben wir nämlich die Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen eingeführt und die wollen Sie – darauf komme ich gleich noch zurück – jetzt in dem neuen Entwurf wieder revidieren. Wir haben bereits im Wissenschaftsausschuss erklärt, dass wir das nicht mitmachen wollen, und dabei bleiben wir heute auch. Wir werden auch eine Fristverschiebung ablehnen, weil wir kein neues Gesetz wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sicherlich haben Sie Recht, dass wir uns an dieser Stelle noch öfter wiedersehen und über diesen Gesetzentwurf debattieren werden. Da bin ich ganz sicher. Dennoch erlauben Sie mir vielleicht, auch heute schon einige Worte dazu zu sagen.

Ich möchte einmal eine Frage an Sie stellen: Würden Sie eigentlich gerne Ihr Wahlrecht an eine Expertenkommision delegieren wollen? Mit dieser Umfrage haben nämlich heute Studierende des Fachbereichs Soziologie die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in der Mönckebergstraße befragt, was sie denn davon halten würden, wenn jetzt jemand käme und sagt, delegieren Sie doch Ihr Wahlrecht an eine Expertenkommision. Genau das haben Sie nämlich vor. Anstelle der Selbstverwaltungsgremien der Uni

C wollen Sie einen externen Hochschulrat etablieren und dieser externe Hochschulrat soll sozusagen über Schwerpunkte in Lehre und Forschung, über den Wirtschaftsplan und vieles andere mehr entscheiden. Da frage ich mich eigentlich – und jetzt benutze ich einmal Ihre Termine –, wo bleibt denn da die geistige Elite. Darf die gar nichts mehr mitentscheiden? Wird ihr das von außen jetzt oktroyiert oder wie soll das laufen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit wir uns gleich richtig verstehen: Die SPD-Fraktion hat nichts gegen externen Sachverständigen an den Hochschulen. In dem alten Gesetz, das jetzt gilt und das die Hochschulen noch gar nicht mal richtig ausprobieren konnten, weil Sie ja schon wieder ein neues wollen, gibt es auch Beiräte und in diesen Beiräten sollen natürlich Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und Kultur vertreten sein, aber – und das ist, glaube ich, der Unterschied zu Ihnen – als Beratungsgremien und nicht als Entscheidungsgremien. Sie wollen, dass diese externen Hochschulräte die Entscheidungen treffen und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Studierenden dürfen dann abnicken oder Stellungnahmen abgeben.

(Krista Sager GAL: Noch nicht mal das!)

Das kann doch kein neuer Entwurf für die Hochschulen sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Genau dasselbe Schicksal droht auch den Dekaninnen und den Dekanen. Sie wollen, dass die nicht mehr gewählt werden, wie das eigentlich vernünftig ist und wie es sich auch bewährt hat, sondern dass die von außen, von dem Präsidenten oder der Präsidentin eingesetzt werden. Die müssen noch nicht einmal Mitglieder der Hochschule sein. Wir haben heute sehr viele Schuldebatten gehabt. Sie müssen sich einmal vorstellen, dass ein Schulleiter nicht mehr von der Lehrer- und der Schulkonferenz gewählt wird, sondern von seinem Vorgesetzten eingesetzt wird und er muss noch nicht einmal Lehrer oder Lehrerin sein. Ja, wollen wir dann Manager an den Schulen oder an den Hochschulen? Ich glaube, dass Sie hier an den Hochschulen sozusagen amerikanische Verhältnisse schaffen wollen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Statt Filz!)

– Herr Müller-Sönksen, Filz wird es sein, wenn dann in diesen Hochschulrat verschiedene Lobbyisten aus der Wirtschaft kommen.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell und Petra Brinkmann, beide SPD)

D Gestern hat ein sehr bekannter Professor an der Universität gesagt, dass es sehr viele insolvente Firmen gibt und dass diese Leute versorgt werden müssen. Die kommen dann in die Hochschulräte. Das würde ich dann Wirtschaftsfilz nennen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber, Herr Müller-Sönksen, Sie machen wahrscheinlich einen Unterschied zwischen Filz und Filz. Das wäre dann kein Filz, weil Ihnen der genehm ist, und die Leute, die Ihnen nicht genehm sind, sind dann Filzleute.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Schluss möchte ich noch sagen, Studiengebühren ...

(Glocke)

– Ich beantworte keine Fragen.

(Dr. Barbara Brüning SPD)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Zwischenfragen werden von der Rednerin nicht gestattet. Sie haben das Wort, Frau Dr. Brüning.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Dann muss ich dazwischenrufen!)

Dr. Barbara Brüning (fortfahrend): Das dürfen Sie gerne, Herr Müller-Sönksen, ich habe Ihnen ja auch auf Ihren Zwischenruf geantwortet.

Zum Schluss noch etwas über die Studiengebühren. Sie wollen Studiengebühren für Langzeitstudierende einführen, und zwar über den Kamm geschoren. Wer vier Semester über der Regelstudienzeit ist, der soll zahlen. Natürlich lassen Sie auch Ausnahmen zu.

(Zuruf von *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*)

– Herr Müller-Sönksen, bleiben Sie auf dem Teppich. Für Gremienarbeit gibt es zwei Semester und für Kinder unter sechs Jahren gibt es auch zwei Semester. Da muss ich mich natürlich fragen, wieso für Kinder unter sechs Jahren. Mütter haben vielleicht auch Kinder, die in die Grundschule gehen. Müssen die dann nicht mehr betreut werden? Müssen die dann schneller studieren? Ich denke, das sind doch Ausnahmefälle, die Sie einfach willkürlich gesetzt haben.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Rechnen sie mal zusammen: Studieren und Kinder über sieben Jahre!)

– Herr Müller-Sönksen, reformieren Sie erst einmal die Bedingungen an der Uni und schaffen Sie Bedingungen, dass ich an ein Praktikum komme, wenn ich das brauche, dass ich nicht in eine überfüllte Lehrveranstaltung gehen muss und deshalb wieder rausfliege, weil ich nicht reinkomme. Verbessern Sie die Studienbedingungen.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Das wollen wir ja!)

Dann können Sie vielleicht über Studiengebühren nachdenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie hatten das in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, dass Sie die Studienbedingungen verbessern wollten, aber Sie wollen mir doch nicht weismachen, dass Sie das alles schon nach einem Semester verbessert haben. Nichts haben Sie getan, aber Studiengebühren haben Sie eingeführt. – Viele Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolf-Dieter Scheurell SPD*: So ist es!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Brandes.

Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin das dritte B. Zuerst Beuß, dann Brüning, dann Brandes. Ich wollte es eigentlich kurz und bündig machen, aber so, wie das hier gerade losgeht, merke ich, dass hier großes Interesse im Herzen liegt. Bald kommt das Hochschulmodernisierungsgesetz und dann wird es hier richtig krachen. Darauf freue ich mich auch, Frau Brüning.

(*Krista Sager GAL*: Das kracht ja jetzt schon!)

Aber im Moment reden wir hierüber und nicht über das, was Sie jetzt schon vorgenommen haben. Ich habe nur drei Punkte.

C Erstens: Jeder, der sich gegen diese Änderung ausspricht, hat für Innovation und/oder Neugestaltung der Hochschule kein Gespür, denn er oder sie will die Hochschule in den alten konservativen Strukturen behalten.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Was sind das denn für Strukturen?)

Zweitens: Jeder, der der Meinung ist, dass wir in den Hochschulen jetzt sofort keine externen Expertenkommisionen brauchen, da sie dort keine Problemfelder entdecken würde, sollte ziemlich schnell zum Augenarzt gehen.

Drittens: Wer glaubt, dass durch diese Änderungen die Funktionsfähigkeit, denn ich rede immer nur von diesen, der Hochschulen gehemmt wird

(*Krista Sager GAL*: Sie verordnen doch den Stillstand bis 2005!)

– ich rede davon, dann passt der dritte Punkt ja zu Ihnen –, der sollte sich den Paragraphen 129, der eigentlich aus Ihrer Feder stammt, noch einmal genau durchlesen und das nicht nur aus dieser Mitteilung lesen.

Die Koalition und natürlich auch ich freuen uns auf die Diskussion und natürlich auch auf die Konfrontation, auf das kommende Hochschulmodernisierungsgesetz. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

(*Dietrich Wersich CDU*: Jetzt kommt der Bedenkträger!)

D **Dr. Willfried Maier** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Hochschulgesetze sind eine heikle Angelegenheit, weil Sie den Versuch machen, den Rechtsstatus, die Stellung einer hochempfindlichen Körperschaft zu regeln. Hochschulen sind einerseits ein extrem nützliches und unentbehrliches Instrument in jeder Gesellschaft. Sie bilden unsere Lehrer aus, unsere Richter, unsere Ingenieure, unsere Wissenschaftler,

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Sogar Politiker!)

sie produzieren Forschungsergebnisse, die unentbehrlich sind. Sie sind sehr nützlich, gleichzeitig können sie das alles aber nur erfolgreich tun, wenn eine Bedingung für sie garantiert ist – das ist zumindest die Erfahrung von ein paar hundert Jahren europäischer Geschichte –: dass ihre Autonomie ungebrochen ist, dass sie wirklich ihre Autonomie durchsetzen können, dass sie sich ihre Aufträge weitgehend selber geben.

Wir hatten in der letzten Legislaturperiode einen schwierigen Prozess – den Frau Sager gesteuert hat – in der Neugestaltung des Hamburger Hochschulgesetzes und der ist mit diesen Körperschaften gegangen worden. Am Ende dieses Prozesses stand ein Konsens, dem alle Hochschulen, alle Statusgruppen an den Hochschulen zustimmten.

Alle wollten jetzt sozusagen auf der Grundlage des Gesetzentwurfes starten. Ein solches Gesetz, einen solchen konsensualen Prozess hinbekommen zu haben, ist äußerst schwierig. Jetzt kommt Herr Dräger her und was macht er? – Unordnung an den Hochschulen. Gehen Sie doch mal auf die Straße, gehen Sie mal in die Hochschulen hinein, es gibt keine einzige Statusgruppe in irgendeiner der Hochschulen, die den Referentenentwurf, der jetzt vorgelegt worden ist, begrüßt. Durchgehende Ablehnung.

(Dr. Willfried Maier GAL)

A (Wolfgang Beuß CDU: Da müssen wir ja etwas richtig gemacht haben!)

– Ja, dann müssen Sie die Hochschulen abschaffen, wenn Sie da etwas ändern wollen. Wenn alle Mitglieder der Hochschulen nein sagen, dann, Herr Beuß, läge es in der Konsequenz Ihres Zwischenrufes, die Leute einfach nach Hause zu schicken und sich ein neues Volk zu wählen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir bekommen von Ihnen jetzt sozusagen den Vorschlag vorgelegt, Chaos an den Hochschulen intensiver zu produzieren, und dafür wollen Sie mehr Zeit haben. Dafür wollen Sie zwei zusätzliche Jahre haben, nachdem jetzt die Hochschulen dabei sind, sich Grundordnungen zu geben. Das halten wir für unvernünftig und das werden wir nicht mitmachen.

Es ist ein Konsens über den Haufen geworfen worden und in der künftigen Steuerung der Hochschulen ist in extrem unempfindlicher Weise eine Konstruktion vorgeschlagen worden, die von allen Hochschulen als der Versuch wahrgekommen worden ist, Oktroi durch den Senat mit Hilfe der Handelskammer. Von allen Hochschulen ist das so wahrgenommen worden. Wer einen solchen Schritt macht, hat kein Fingerspitzengefühl für politische Prozesse. Das muss man aber haben, wenn es darum geht, hier wirklich erfolgreich arbeitende, autonome Institutionen auf den Weg bringen zu wollen und ihre Managementprobleme, die sie zugegebenermaßen haben, dennoch zu lösen. Mit dem gegenwärtigen Referentenentwurf, der geschaffen worden ist, ist kein Schritt vorwärts gemacht worden, sondern im Moment nur Empörung produziert worden und dafür bekommen Sie von uns keine zusätzlichen Pausen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir müssen in der Tat, wie Herr Brandes es getan hat, noch einmal darauf hinweisen, worum es hier geht. Es geht zunächst einmal ausschließlich um eine Fristverlängerung. Aber wir wollen uns dahinter nicht verstecken. Die werden wir nachher beschließen. Wir haben jetzt bereits eine Diskussion über das Hochschulmodernisierungsgesetz und wenn Sie die anfangen, sollten wir die jetzt auch führen.

Ich erlaube mir, zu Ihren Bemerkungen meinerseits einige Bemerkungen zu machen.

Erstens: Es gibt gute Gründe für das Hochschulmodernisierungsgesetz, so wie es im Moment als Referentenentwurf vorliegt. Wir wollen erreichen, dass die Hochschulen fit gemacht werden für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. In der modernen Gesellschaft, die auf internationalen Wettbewerb ausgerichtet ist, braucht man Hochschulen, die sich nicht in einem Elfenbeinturm mit sich selbst beschäftigen, sondern konsequent den Austausch mit der Gesellschaft erfahren.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das machen sie jetzt doch auch schon!)

Und ich betone das Wort Gesellschaft, nicht aber Wirtschaft. Hier wird immer suggeriert, dann sitzt ja der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Chrysler da und richtet die Hochschulabsolventen für seine Bedürfnisse ab.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Ganz uneigennützig!)

C

Wenn das so wäre, dann hätten Sie Recht, aber das wollen wir ja gerade nicht. Wir haben nichts dagegen, wenn der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Chrysler dort sitzt. Es wäre doch völlig in Ordnung, wenn auch noch der DGB-Vorsitzende dort sitzt. Dann könnten die sich nämlich trefflich streiten, was Gewerkschaften, Unternehmer zum Beispiel von den künftigen Absolventen erwarten. Das ist das, was ich mit Gesellschaft meine. Darauf muss sich die Universität einlassen. Das muss sie sich auch gefallen lassen.

Wenn Herr Dr. Maier darauf hinweist, dass die Autonomie in der Tat eine große Errungenschaft der abendländischen Universitäten ist, dann allerdings müsste er der Erste sein, der diesem Entwurf zustimmt, denn mit dem neuen Hochschulmodernisierungsgesetz wird der Universität ja gerade mehr Autonomie gegeben. Sie können selber über Berufungen entscheiden. Das macht nicht mehr der Senat.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Der Hochschulrat oder wer?)

Wenn Sie jetzt immer mit dem Hochschulrat kommen, der in der Tat einen erheblichen Einfluss hat, dann ist es doch nicht so, dass der Hochschulrat alleine vom Senat oder vom Senator oder von der Bürgerschaft eingesetzt wird, nein, der wird zur Hälfte vom Senat und zur anderen Hälfte von universitären Gremien benannt.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Der darf aber keine universitären Gremien unterhalten!)

D

Damit betonen wir ganz bewusst, dass die Universität selbst bei diesem Gremium ein ganz entscheidendes Mitspracherecht hat. Nun können Sie sagen, das wollen wir aber auch nicht, wir wollen, dass die totale Autonomie kommt, auch die Berufungsautonomie und die Finanzautonomie und das wird ausschließlich von den hochschuleigenen Gremien entschieden. Und da, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen: So geht es nicht. Hier wurde schon mehrfach auf die Demokratie hingewiesen. Frau Dr. Brüning redete davon, ob wir denn das Wahlrecht an eine Expertenkommission abgeben wollen? Meine Damen und Herren, das will ich natürlich nicht, aber wir müssen uns vergegenwärtigen, was wir hier eigentlich sind. Wir sind das Parlament. Die Bürger haben uns gewählt. Sie haben uns viele Aufträge erteilt, unter anderem denjenigen, mit den Steuern sorgfältig umzugehen und zu kontrollieren, was mit den Steuergeldern passiert. Das bedeutet schlicht und ergreifend: Wenn wir jede Aufsicht über die Steuergelder, die wir der Universität geben, aufgeben, dann nehmen wir den Bürgern das Wahlrecht weg. Wir sind verpflichtet, in irgendeiner Weise eine Aufsicht zu gewährleisten, was an den Universitäten mit Steuergeldern passiert.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir sind bereit, hier einen erheblichen Schritt zu tun, nämlich den Hochschulen ein Globalbudget zu geben. Dann müssen es sich die Hochschulen aber auch gefallen lassen, dass wenigstens ein staatsunabhängiges Gremium, aber durchaus ein mächtiges Gremium, das sie sogar selber zur Hälfte besetzen können, darüber entscheidend mitbestimmt. Alles andere wäre eine krasse Verletzung, Frau Brüning, des Demokratieprinzips. Wir würden nämlich dann die Wahlentscheidung der Bürger in dieser Stadt verletzen und unser Haushaltrecht in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro komplett abgeben und das, meine Damen und Herren, ist nicht mit mir zu machen und, ich glaube, auch nicht mit der Koalition.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

A (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Lassen Sie mich noch zwei Punkte aufgreifen. Frau Brüning, Sie sprachen davon, dass es ganz schrecklich wäre, wenn der Schulleiter nicht mehr von den Lehrern gewählt würde. Sie haben damit einen wichtigen Punkt angesprochen. Der Schulleiter entspricht dem Präsidenten einer Universität. Es ist doch gerade das Problem der jetzigen Präsidenten der Universität und der anderen Hochschulen, dass sie nicht unerheblich von denen in den Gremien unabhängig sind, die sie „kontrollieren“ sollen.

Die Kontrollfunktion bedeutet doch viel mehr. Wir wollen doch alle – das glaube ich auch von Ihnen – die Besoldung der Professoren leistungsbezogener machen. Dafür müssen Kriterien her. Sie dürfen nicht vom Staat oktroyiert werden, sondern die Hochschulen sollen dies selbst machen. Und das muss der Präsident kontrollieren.

Wenn der Präsident von den Professoren, deren Leistungen er bewerten soll, abhängig ist, dann bin ich gespannt, was bei diesen Leistungskriterien herauskommt. Auch dies ist von Ihnen zu kurzgegriffen genannt und nicht zu Ende durchdacht. Wenn wir wollen, dass die Hochschulen eigenverantwortlich über Leistungskriterien, moderne Formen der Professorenbesoldung und über die Verteilung der Gelder innerhalb der Hochschulen entscheiden sollen, dann brauchen wir einen starken Präsidenten, der gern aus dem paritätisch besetzten Hochschulrat kommen kann, gegenüber der Hochschule aber durchsetzungsfähig ist.

Letzter Punkt. Wenn Sie schon eine simple Fristverlängerung für eine Generaldebatte nutzen, dann kann ich mir auch nicht verkneifen darzulegen, welche sehr guten Leistungen der neue Senat im Bereich der Wissenschaft gebracht hat.

Hier wurde schon erwähnt, dass der Hochschuletat unter Rotgrün laufend verringert wurde. Der neue Senat hat im Jahr 2002 den Etat um circa 4 Prozent gesteigert und den Hochschulen im Zukunftspakt eine Planungssicherheit über mehrere Jahre garantiert. Fragen Sie einmal irgend einen der hier sitzenden Senatoren, ob er in seinem Fachgebiet so etwas erreicht hat. Unser Senat hat mehr für die Wissenschaft getan als seine Vorgänger.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Er hat damit eines der beiden von Ihnen im Hochschulbereich übernommenen Probleme zwar nicht gelöst, aber verbessert. Wir hatten zwei Probleme: Unzureichende, insbesondere nicht zukunftsfähige Strukturen und eine Unterfinanzierung. Die Unterfinanzierung sind wir schon angegangen und mit dem Hochschulmodernisierungsgesetz, über deren Einzelheiten wir gern noch reden können, werden wir auch die strukturellen Defizite angehen. Wir freuen uns auf eine konstruktive Diskussion. Es ist deutlich geworden, dass einschneidende Maßnahmen notwendig sind, alles andere wäre unverantwortlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Senator Dr. Dräger.

Senator Dr. Jörg Dräger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Brüning, es geht ja gerade um die Verbesserung der Studienbedingungen. Herr Maier, es geht ja

gerade um die Innovationsfähigkeit und nicht um Binnenorientierung.

Das vorliegende Gesetz, das heute in der Bürgerschaft zur Abstimmung steht, ist ein erster Schritt in Richtung Verbesserung der Studienbedingungen, der Autonomie und der Innovationsfähigkeit.

Es geht um eine zweijährige Fristverlängerung für die Verabschiedung der Grundordnungen. Sie ist notwendig, weil die Hochschulen erstens selbst darauf hingewiesen haben, dass die Fristen zu knapp waren. Zweitens stehen zwei grundlegende Schritte bevor. Der eine ist die eben schon vielfach diskutierte Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes – das Hochschulmodernisierungsgesetz –, der andere ist ein Strukturprozess innerhalb der Hochschulen. Die Ergebnisse dieser beiden Prozesse müssen in den Grundordnungen berücksichtigt werden.

Mit dem Hochschulgesetz gehen wir in Kürze in die Behördenabstimmungen; in wenigen Wochen wird der Referenten-Entwurf vorgelegt. Dieses wird ein erster Schritt in Richtung einer weitergehenden Hochschulautonomie sein und Fragen der Leistungsstrukturen betreffen. Der zweite Schritt betrifft die leistungsgerechte Professorenbesoldung, während in einem dritten Schritt Fragen der Rechtsform, der Dienstherreneigenschaft, des Liegenschaftsbesitzes, der Bauherreneigenschaft geregelt werden sollen.

Frau Brüning, wenn man die Leistungsstrukturen, die Hochschulgremien, thematisiert, dann redet man über Hochschuldemokratie und Selbstverwaltung, die aber kein Selbstzweck sind. Sie sind ein Mittel zum Zwecke der Innovationsfähigkeit und der Qualität. Das war in der Vergangenheit nicht immer so.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Woran messen Sie das?)

D Das müssen wir ändern. Wir müssen wieder innovationsfähig werden

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

und mehr auf Qualität achten. Wir werden hier den richtigen Schritt gehen.

Das Gleiche gilt auch, Frau Dr. Brüning, für externe Begutachtungen. Natürlich muss sich eine Hochschule externer Begutachtung stellen und sich fragen, welche gesellschaftlichen Bedürfnisse bestehen und welchen Platz sie in der Gesellschaft und in einer Metropolregion wie Hamburg einnehmen will.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Es hat doch keiner etwas dagegen!)

Das Profil und eine hinreichende Finanzierung sind die Ziele des Strukturprozesses.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das habe ich doch gesagt!)

Herr Schinnenburg hatte schon erwähnt, dass wir die ersten Schritte schon gegangen sind. Das gilt insbesondere für die Planungssicherheit, den Inflationsausgleich und den Haushaltzuwachs im Jahre 2002, der sich sehen lassen kann.

Diese zukünftige Ausrichtung auf Qualität und Innovation durch einerseits gesetzliche und andererseits strukturelle Maßnahmen steht kurz bevor. Die jetzt vorliegende Gesetzesnovelle gibt den nötigen Raum und die Möglichkeiten, damit diese Schritte eingeleitet werden können. – Herzlichen Dank.

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD: Frau Präsidentin! Ich möchte noch einmal kurz zu Herrn Dräger Stellung nehmen.

Herr Dräger, Sie haben mir das Wort im Munde herumgedreht. Die SPD-Fraktion hat nichts gegen externe Begutachtungen und Innovationen. Aber Sie wollen einem externen Hochschulrat das Entscheidungsrecht geben, auch über Schwerpunkte in Lehre und Forschung zu entscheiden. Dagegen sind wir.

Herr Maier hat bereits erwähnt, dass Sie sämtliche Gruppen der Hochschulen gegen sich haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie diesen Entwurf gegen die Hochschulen durchpeitschen wollen, denn dann wird er niemals zu Innovationen führen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist in erster Lesung mit Mehrheit beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung mit Mehrheit und somit endgültig beschlossen worden.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist 18a: Drucksache 17/901: Senatsantrag zum Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung der Juristenausbildungsordnung.

**[Senatsantrag:
Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung der
Juristenausbildung – Drucksache 17/901 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 17/1063 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Einstellung von Rechtsreferendarinnen und
Rechtsreferendaren in einem öffentlich-rechtlichen
Ausbildungsverhältnis – Einsparungen zur
Verbesserung der Ausbildung und Verkürzung von
Wartezeiten nutzen! – Drucksache 17/1063 –]**

Diesen möchte die CDU-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen. Für die Drucksache 17/901 beantragt die SPD-Fraktion eine nachträgliche Überweisung an den Rechtsausschuss. Wer möchte das Wort? – Herr Schabe.

Reinhold J.W. Schabe Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive begrüßt die vom Senat beabsichtigte Modernisierung der Juristenausbildungsordnung. Hamburg folgt damit der Praxis der meisten Bundesländer. Diese Reform war längst überfällig. Ein Großteil der Assessoren arbeitet nämlich nach dem Zweiten Staatsexamen als Anwalt, geht in die Wirtschaft oder

C in die Politik. Im Gegensatz zu früher werden nur noch wenige in den Staatsdienst übernommen. Deshalb ist es unsinnig, die angehenden Juristen für zwei Jahre zu Beamten auf Widerruf zu machen. Diese unnötige Bürokratie kann und muss jetzt abgebaut werden.

Hamburg wird ermöglicht, durch die Beendigung der Juristenausbildung im Beamtenstatus jährlich circa 2,7 Millionen Euro einzusparen. Schon allein aufgrund derbrisanten Haushaltsslage der Stadt sind das willkommene zusätzliche Mittel. Die Brutto-Bezüge der Referendare werden derzeit von 1000 Euro auf 850 Euro abgesenkt. Der juristische Nachwuchs bekommt beispielsweise in Schleswig-Holstein genauso viel beziehungsweise genauso wenig. Aber denken Sie einmal an die Ärzte, die während ihres praktischen Jahres noch weniger bekommen. Den Jura-Absolventen aus den anderen Bundesländern – das muss man deutlich sehen – wird zumindest der finanzielle Anreiz genommen, das Rechtsreferendariat in Hamburg zu machen, wodurch sich hier die Wartezeit verlängern würde.

Die Vorteile des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses liegen darin, dass Referendare zukünftig in die Arbeitslosen-, Pflege- und Unfallversicherung einbezogen werden. Außerdem werden sie in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen; auch Angehörige sind dann mitversichert. Wichtig ist jedoch, dass trotz der finanziellen Einsparungen die allgemein anerkannte vorzügliche Qualität der Hamburger Juristenausbildung gewährleistet bleibt.

D Die Ausgaben für Arbeitsgemeinschaften und Klausurenkurse, die zur Vorbereitung auf die Große Juristische Staatsprüfung nahezu unerlässlich sind, bleiben insgesamt unangetastet. Das heißt, dass die Referendare Hamburgs weiterhin eine erstklassige Ausbildung bei gleichzeitiger Haushaltsentlastung bekommen.

Im Übrigen profitieren die Juristen in Hamburg auch von der politischen Schwerpunktsetzung des neuen Senats im Bereich der Innen- und Justizpolitik. Wir haben bekanntlich in diesem Jahr mit der Einstellung von 15 zusätzlichen Staatsanwälten begonnen. Damit stellen wir zum einen eine wirksame Strafverfolgung sicher, die Rotgrün an den Rand des Kollapses gebracht hat,

(Beifall bei Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

zugleich schaffen wir aber auch Jobs für den qualifizierten juristischen Nachwuchs.

Wir werden einer Überweisung des Zusatzantrages der SPD an den Rechtsausschuss zustimmen. Darin ist beispielsweise von einer Sozialklausel die Rede, die einer eingehenden Erörterung bedarf, da durch derartige Klauseln oftmals das Gegenteil bewirkt wird. Auch die anderen Punkte wollen wir gern mit Ihnen im Ausschuss besprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Kerlin.

Simone Kerlin SPD: * Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Hamburger Senat hat die kürzlich auf Bundesebene beschlossene Reform der Juristenausbildung zum Anlass genommen, auch in Hamburg

(Simone Kerlin SPD)

A Änderungen vorzunehmen. Bevor ich den Entwurf zur Änderung der Juristenausbildungsordnung inhaltlich bewerte, möchte ich einige deutliche Worte zum Verfahren sagen.

Nach dem Willen des Senats soll das Gesetz am 1. August 2002 in Kraft treten. Dass sich der Senat bei der Umsetzung dieses Vorhabens selbst ein bisschen im Wege stand, hat er gerade noch rechtzeitig bemerkt.

(Zuruf von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Ach Gott!)

Der Gesetzentwurf stand nämlich ursprünglich nur nachrichtlich auf der heutigen Tagesordnung. Das lag daran, dass wohl auf Wunsch des Senats eine Vorwegüberweisung der Drucksache an den Rechtsausschuss erfolgen sollte. Damit wäre aber eine Abstimmung vor der Sommerpause regulär nicht mehr möglich gewesen. Der Gesetzentwurf wäre, so wie die Regierungsparteien das Verfahren organisiert hatten, erst einmal in Ruhe am 2. Juli – nach der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause – im Rechtsausschuss beraten worden.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir wollten eine Sondersitzung einsparen!)

Das Gesetz hätte also keinesfalls rechtzeitig in Kraft treten können. Das wäre vor allem auch deshalb peinlich gewesen, weil es Einsparungen ermöglicht. Wäre das Gesetz später in Kraft getreten, hätte es dementsprechend weniger Einsparungen gegeben. Mit anderen Worten: Die Koalition hätte um Haarsbreite Steuergelder verschleudert,

(Beifall bei der SPD – Wolf-Dieter Scheurell SPD:
Hört, hört!)

B weil sie schlichtweg nicht in der Lage ist, einen Kalender zu lesen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Simone Kerlin (fortfahrend): Nein.

Und nun zur Sache.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Eben, kommen Sie mal zur Sache!)

Zurzeit warten Juristen nach dem ersten Ausbildungsabschnitt circa 24 Monate auf eine Referendarstelle. Die Hamburger Absolventen erhalten dabei Konkurrenz aus den anderen Bundesländern, da die Hamburger Rahmenbedingungen sowie die Stadt selbst attraktiver sind als andere.

Der Verzicht auf die Verbeamung und die Reduzierung der Vergütung wird demnach zur Folge haben, dass weniger Juristen ihre Ausbildung in Hamburg beenden wollen. Fraglich ist allerdings, ob Hamburg bei der Reduzierung der sozialen Leistungen in der Bundesrepublik gleich die rote Laterne anstreben muss. Gerade weil es aber in Hamburg zu besonders starken sozialen Einschnitten kommt, sollte rechtzeitig das Gespräch mit den betroffenen Studenten, Referendaren und Ausbildern gesucht werden.

Die Verkürzung der Wartezeit der angehenden Referendare ist für die SPD der wichtigste Grund, dieses Gesetz zu befürworten. Wichtig ist dabei, dass die dadurch erzielten Einsparungen in die Qualität der juristischen Ausbildung fließen. Die gleichzeitig diskutierte Streichung von 25 bis

75 Referendarstellen trägt die SPD auf gar keinen Fall mit. Der zuvor erzielte Effekt würde verpuffen.

C

Ich möchte Herrn Kusch noch einmal ausdrücklich an den Koalitionsvertrag erinnern, in dem steht, dass Sie die Wartezeit auf das Referendariat verkürzen wollen. Wir werden das sehr genau beobachten, denn wir haben schließlich Erfahrungen. Es geht hier um die Bereiche Ausbildung und Referendariat. Das sind bekanntermaßen die Bereiche, bei denen Sie zuerst Ihre Wahlversprechen brechen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Bei einer Ausbildung geht es darum, dass man das eigene Wissen und Können erweitert. Ich würde dem Senat ohne Zweifel bescheinigen, dass er große Lücken im Bereich des Gesetzgebungsverfahrens hat und das Kalenderstudium eindeutig vernachlässigt. Ich habe ernsthafte Zweifel daran, dass Sie dieses in den nächsten drei Jahren zu einem guten Abschluss bringen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Warten Sie es ab, gute Frau!)

Von daher würde ich Ihnen das empfehlen, was man Studenten in vergleichbarer Lage empfiehlt: Abbrechen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Lüdemann.

Carsten Lüdemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kerlin, eines wollen wir doch vorwegnehmen: Sie sind in der Sache genauso dafür wie wir. Alles andere ist der magere Versuch, ein Scheingefecht aufzubauen.

D

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Maaß, Sie haben am Beginn der Debatte schon erklärt, dass es ein ungewöhnliches Verfahren sei, die Tagesordnung für eine Abstimmung über ein Gesetzesänderungsgesetz zu ändern, ohne dass es zuvor an den Rechtsausschuss überwiesen wurde.

(Christian Maaß GAL: Rausgezerrt!)

Wenn Sie sich einmal unsere Tagesordnungen anschauen, dann ist das gar nicht so ungewöhnlich.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das dritte Mal!)

– Es ist heute nicht das dritte Mal. Sie meinen vielleicht, heute dreimal.

Es gibt am Ende der Debatten, wenn es um Änderungen von zu verabschiedenden Gesetzen geht, immer Abstimmungen. Sie wurden deswegen nicht vorher an den zuständigen Ausschuss überwiesen, wenn schon alles von vornherein klar war. So ungewöhnlich, wie Sie es hier darstellen, ist das also nicht.

Die vorliegenden Gesetzesänderungen der zwei Artikel betragen in der Drucksache gerade einmal eine halbe Seite; ihr Inhalt ist eigentlich relativ schnell zu begreifen. Dazu braucht man nicht noch ewig lange Anhörungen.

Die Drucksache kommt auch nicht unbedingt so überraschend, denn sie war Ihnen durchaus bewusst, weil der Senat in einer Pressekonferenz am 28. Mai die geplanten Änderungen zum 1. August bereits vorgestellt hat. Ihnen ist auch der parlamentarische Ablauf und der Sitzungsplan bekannt. Sie wissen, dass heute und morgen die letzten

(Carsten Lüdemann CDU)

- A Bürgerschaftssitzungen vor dem 1. August stattfinden, so dass wir das Gesetz heute verabschieden müssen. Tun Sie nicht so, als wenn dieses so überraschend kommt. Wenn Sie den Parlamentsablauf kennen, ist Ihnen klar, dass diese Gesetzesänderungen an diesen beiden Tagen noch beschlossen werden müssen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zum Inhalt der Änderungen. Es ist nichts wahnsinnig Neues. Sie wissen, dass in fast allen Bundesländern – bis auf Hessen und Berlin – bereits eine Umstellung stattgefunden hat; in Hessen steht die Umstellung unmittelbar bevor. Es handelt sich hier also nicht um eine völlig neue Sache.

Man muss bedenken, dass Hamburg für junge Jura-Absolventen, die von der Universität kommen, besonders interessant ist, um hier das Referendariat abzuleisten. Hamburg ist ohnehin eine wahnsinnig attraktive Stadt mit einem großen kulturellen Angebot und mit einer hohen Lebensqualität. Außerdem gibt es in einem Stadtstaat natürlich nicht irgendwelche Stationen, die am äußersten Ende eines großen Flächenlandes liegen, bei denen man drei Monate verbringen muss. In Hamburg ist alles ziemlich zentral gelegen.

Hinzu kommt aber noch, dass man zusätzlich – das gibt es in fast allen Bundesländern nicht mehr – für diese Zeit auch noch den Beamtenstatus erhält. Das führt dazu, dass sich für Hamburg sehr viele Menschen bewerben und wir permanent eine Wartezeit von 24 Monaten oder mehr haben. Das würde sich auch nicht ändern, wenn man noch 100 zusätzliche Referendarstellen einrichten würde, denn die Umstände sind in Hamburg einfach so attraktiv, dass sich auch weiterhin die Menschen hier bewerben würden.

B Somit ist es dringend erforderlich, die Rahmenbedingungen umzustellen und den anderen Bundesländern anzugeleichen. Das ist nicht so neu, denn auch zu Zeiten von Rotgrün wurde dieses schon angedacht. Es trifft Sie also nicht so überraschend.

Wenn man diese Wartezeit verändern will, sollte zumindest nicht auch noch eine Besserstellung gegenüber den anderen Bundesländern erfolgen. Hamburg bleibt zwar attraktiv, aber vielleicht schafft man es doch, einige abzuschrecken, die nur nach Hamburg kommen wollen, um die Vorteile des Beamtenstatus auszunutzen.

Für mich ist das Argument viel wichtiger, dass es sich hier um eine völlig veraltete Ausbildungsstruktur handelt. Wenn man bedenkt, dass 80 Prozent der Referendare hinterher nicht als Beamte in den Staatsdienst eintreten, sondern in die freie Wirtschaft gehen oder den Anwaltsberuf ausüben, dann fragt man sich, warum sie für diese Zeit eigentlich verbeamtet werden. Das sind völlig veraltete Strukturen, die keinen Sinn machen. Dabei sind doch gerade die Grünen immer für neue Strukturanpassungen.

(Anja Hajduk GAL: Danke!)

Deswegen sollten Sie sich diesen nicht versperren und auch zustimmen.

Zum Zusatzantrag der SPD. Die lieben Kollegen von der SPD haben alles, was ihnen im Zusammenhang mit Juristenausbildung eingefallen ist, in diesen Antrag hineingeschrieben, damit wir dieses einmal besprechen können.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Wir haben noch mehr!)

C Das freut uns. Ich verstehe allerdings nicht ganz, warum Sie einen Zusatzantrag gestellt haben, wo es doch nur um die Umstellung des Beamtenstatus auf ein öffentliches Dienstverhältnis geht. Das sind meiner Meinung nach Dinge, die die Opposition mit Einzelanträgen einbringen könnte; das bleibt Ihnen unbenommen.

(Wolf-Dieter Klooß SPD: Später!)

Wir können natürlich gern im Ausschuss darüber sprechen. Deswegen haben wir auch die Überweisung an den Ausschuss beantragt. Ansonsten danke ich Ihnen, dass Sie die Änderungen inhaltlich für vernünftig halten, und deswegen werden wir der Überweisung zustimmen. Ich glaube, es ist für Hamburg eine dringend erforderliche und sehr gute Entscheidung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Maaß.

Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Gesetzentwurf – darüber sind wir uns sicherlich einig –, der erhebliche Auswirkungen auf die Betroffenen haben wird. Ich bin enttäuscht, dass wir kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren hinbekommen.

(Carsten Lüdemann CDU: Das ist ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren!)

Es ist formal natürlich in Ordnung, aber es entspricht nicht dem, was ich als Parlamentarier als den Anspruch an ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren formuliere:

D (Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: An Ihren Ansprüchen müssen wir uns nicht messen lassen!)

Die Betroffenen anzuhören und Zweifel, die sich im Gesetzgebungsverfahren ergeben können, im Ausschuss zu klären. Das ist mein Selbstverständnis. Wenn das nicht das Ihrige ist, dann ist das schade.

(Beifall bei der GAL und bei Uwe Grund SPD)

Sicherlich kann man sich deswegen nur mit Vorbehalt mit diesem Gesetzentwurf auseinander setzen.

Bei allem Vorbehalt geht es uns nicht darum, den Beamtenstatus der Referendare zu bewahren. Ob man den Status als öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis oder den eines Beamten ausgestaltet, ist uns ziemlich egal. Egal ist es auch, wie staatstragend oder verschwemmt man sich ausdrückt: Es geht einfach ums Geld. Der Gesetzentwurf sagt explizit, dass der Grund für diese Gesetzesänderung darin liegt, den Referendaren weniger Geld zu geben.

Sie sparen bei denjenigen, die innerhalb der Justiz ohnehin am wenigsten verdienen. Aber das Sparen bei den Schwächsten hat bei Ihnen mittlerweile Tradition. In Zukunft sollen die Referendare maximal nur noch 850 Euro brutto bekommen. Bei den Lebenshaltungskosten in einer Metropole bedeutet das, dass Referendare noch mehr als bisher auf Nebenverdienste angewiesen sein werden.

Der Unterschied zu den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen – auf die Sie sich beziehen – liegt doch darin, dass in Hamburg erwiesenermaßen die Lebenshaltungskosten höher sind als in diesen Flächenstaaten. Deswegen zieht dieser Vergleich aus meiner Sicht nicht.

(Christian Maaß GAL)

A Sie senken das Einkommen genau bis zu der Grenze, wo ergänzende Sozialhilfe eingreifen würde. So etwas muten Sie Menschen zu, die eine hervorragende Ausbildung haben, oft über 30 Jahre alt sind und eine Familie zu ernähren haben. Hier besteht nur der Unterschied, dass es nach Ihren Vorstellungen zukünftig keine Familienzuschläge oder Ähnliches mehr geben soll.

Es ist für mich besonders unverständlich, dass mit der geplanten Verordnung auch noch die Möglichkeit der Referendare beschränkt werden soll, Nebentätigkeiten anzunehmen. In Zukunft sollen maximal nur noch 500 Euro durch Nebentätigkeiten verdient werden dürfen. Das ist darum besonders fatal, weil die Referendare darauf angewiesen sind, zumindest zeitweise während ihres Referendariats hinzuzuverdienen. Sie können während der Examsvorbereitung aber keine Nebentätigkeiten wahrnehmen, weil sie sich vernünftig auf das Examen vorbereiten müssen.

Sie verfolgen – das haben Sie selbst gesagt – eine Strategie der Abschreckung. Um weniger Bewerber für das Referendariat in Hamburg zu bekommen, verschlechtern Sie die Bedingungen. Sie werden abschrecken und womöglich Erfolg haben. Sie werden die sozial Schwachen, die auf Nebenverdienste angewiesen sind, und die exzellenten jungen Juristen abschrecken, die in anderen Bundesländern mit einer Nebentätigkeit sehr viel mehr verdienen können. Sie können von uns nicht ernsthaft erwarten, dass wir einer Strategie des Mittelmaßes und der sozialen Kälte zustimmen werden.

(Beifall bei der GAL)

B Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kerlin, es ist besonders amüsant, dass Sie aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Es scheint fast so zu sein – wir sind hier ja unter Juristen –, dass es sich um einen Vertrag zugunsten Dritter handelt, wenn Sie uns an unseren Koalitionsvertrag erinnern. Keine Sorge, das müssen Sie nicht. Wir werden selbst darauf achten, dass wir die Ausbildungszeit für Referendare verkürzen.

Es macht überhaupt keinen Sinn – hier habe ich auch Frau Peschel-Gutzeit nie verstanden –, dass Sie eine so wertvoll ausgebildete Ressource wie Jura-Studenten nach dem Ersten Staatsexamen 24 Monate lang Taxi fahren oder irgendwelche Hilfsjob übernehmen lassen, bevor sie als Referendare arbeiten können. Das ist eine Verschwendug, die wir aufgeben wollen.

Sie haben auch noch das Wort „Abbrechen“ genannt. Das große Justizprüfungsamt, der Hamburger Bürger, hat Sie gebeten, Ihre Regierung abzubrechen. Deswegen prüfen wir auch seit acht Monaten, wie wir durch eine Gesetzesänderung die Juristen weiter ausbilden wollen.

Natürlich ist die Änderung der Juristenausbildungsordnung für die Betroffenen mit Einbußen verbunden. Ich habe viele Gespräche mit frischgebackenen Juristen geführt, die in Hamburg auf einen Referendariatsplatz warten. Die Abkehr vom Beamtenstatus auf Widerruf wird naturgemäß von den persönlich Betroffenen nicht begrüßt, aber in weiten Teilen ist unser Anliegen nachvollzieh- und auch einsehbar.

C Es geht dabei um zwei Dinge. Wir wollen die Wartezeiten verkürzen und wir wollen Geld sparen. Wir geben es zu. Es ist auch nicht peinlich, dass wir Geld sparen wollen. Mit der Umwandlung des Referendariats in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis bekommen Referendare nunmehr monatlich 850 Euro. Sie haben eben gesagt, die Referendare dürften nur 500 Euro dazuverdienen. Insgesamt sind das immerhin 1350 Euro.

(Christian Maaß GAL: Wann denn?)

Jetzt kommt es aber: Erst wenn sie noch mehr hinzuvordienen, tritt die Regelung ein, die wir eingeführt haben, dass ein Teil – und zwar die Hälfte, wie bei jeder anderen staatlichen Zuwendung auch – angerechnet wird. Das ist sehr wenig. Vielleicht hätten wir 35 Prozent sagen sollen, aber dann hätten Sie gesagt, das ist das unsoziale Steuerkonzept der FDP, die Sozialisierung eigener Arbeitsleistungen.

Sie haben Recht, es ist nicht leicht, mit diesem Betrag seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das haben wir aber berücksichtigt, indem wir immerhin 500 Euro einkommensfrei auf die 850 Euro aufgerechnet haben.

D Die Referendare sind in dieser Zeit Teil der Rechtspflege. Das Argument, dass ihre Bezahlung nicht der Verantwortung entspricht, wird auch von jungen Medizinern im praktischen Jahr erhoben. Eine Aufwandsentschädigung bekommen sie dafür von den Kliniken allerdings nicht. Jetzt können Sie streng juristisch sagen: keine Gleichheit im Unrecht. Das stimmt. Man kann die Gruppen nicht vergleichen. Zeigen Sie mir den Jungmediziner, der 24 Monate auf eine PJ-Stelle wartet. Die bekommen relativ schnell eine Stelle zugeteilt. Das wollen wir auch für die angehenden Referendare erreichen. Wenn es uns gelingt, die Wartezeit von über 24 Monaten zu reduzieren, sind auch Referendare ihrerseits bereit, diese Änderung der Ausbildungsmodalitäten zu akzeptieren.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Weil es häufig die Regel ist, dass mit den Referendaren zusätzliche Vergütungen innerhalb der Rechtsanwaltsstationen und den Wahlstationen vereinbart werden, erscheint die Neuregelung gerade in Zeiten knapper Kasen vertretbar.

Langfristig müssen wir natürlich auch über die Einführung einer so genannten Landeskinderregelung nachdenken. Häufig ist es für junge Absolventen der Hamburger Uni nicht nachvollziehbar, warum der Platz, auf den sie warten, von einem Absolventen aus Konstanz oder Augsburg besetzt wird. In Bayern beispielsweise wird ein Teil der Referendarstellen nur an Absolventen einer Landesuniversität vergeben. Hamburg hält sich mit der Leistungsliste bislang ausschließlich an den Grundsatz der Bestenauslese, natürlich mit Ausnahme von Härtefällen.

Ich kann ein Beispiel dazu beitragen. Es ist in diesem Hause vor ziemlich langer Zeit beschlossen worden, einem Reformmodell der Juristenausbildung stattzugeben, nämlich der einstufigen Juristenausbildung, die in sehr kurzer Zeit und auch ohne Pausen innerhalb der Semesterferien eine juristische Ausbildung zum Volljuristen vorsieht. Langfristig müssen wir die Juristenausbildung mehr auf die Anforderungen der Anwaltschaft und Wirtschaft abstimmen, die den überwiegenden Teil der ausgebildeten Juristen darstellt, die nicht nach dem alten Modell als Richter oder höhere Verwaltungsbeamte zum Staat gehen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Hier müssen wir auf Bundesebene auf eine Änderung drängen. Auch Frau Däubler-Gmelin hat leider keine nennenswerten Vorschläge gemacht. Da war die SPD – gerade auch die Hamburger SPD – schon einmal viel weiter und viel reformwilliger.

In Hamburg gehen wir mit dieser Reform einen sehr guten Schritt in die richtige Richtung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst zum SPD-Antrag Drucksache 17/1063.

Wer möchte diesen an den Rechtsausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen.

Wer möchte das Zwölfe Gesetz zur Änderung der Juristenausbildungsordnung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies mit großer Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz nunmehr in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses auch in zweiter Lesung mit großer Mehrheit und bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 17/901 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf: Drucksache 17/999, Antrag der SPD-Fraktion.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Mehr Schutz vor 0190-Betrügern
– Drucksache 17/999 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Rosenfeldt hat es.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über die missbräuchliche Nutzung der 0190er-Nummern und nicht darüber, wie man die Angebote der Mehrwertdienstanbieter sinnvoll nutzen kann. Man kann beispielsweise sehr gut Waren bestellen, sich gut informieren, alles Dinge, die das Leben ungeheuer vereinfacht haben. Es ist aber durch die Anonymität der Anbieter einfach schwieriger geworden. Da Transparenz nur scheinbar durch das Internet gegeben ist – es gibt keinen direkten Bezug zum Anbieter –, sind viele Probleme entstanden. Sie haben dazu geführt, dass Beschwerden geprellter Verbraucher beim Telefonieren und im Internet durch den Missbrauch von 0190er-Nummern massiv zugenommen haben und Anbieter von seriösen Mehrwertdiensten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die rotgrüne Bundesregierung hat deshalb konsequent gehandelt und eine neue Telekommunikationskundenschutzverordnung in den Bundesrat eingebracht, um die Rechtssituation deutlich klarer zu gestalten und die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken.

C

Bisher sind dem Kunden die Kosten, die ihnen beim Anwählen des 0190er-Systems entstanden sind, häufig nicht transparent und bisweilen entstehen sie in bewusster Absicht der Anbieter ohne Wissen und gegen den Willen der Nutzer.

Das ist für viele Leute ähnlich wie bei der Wahl dieses Rechts-Senats. Vor der Wahl der Blockparteien waren weder das tatsächliche Programm noch der wirkliche Preis bekannt. Nach der Wahl sind sie fest installiert und jeden Tag wieder da und präsentieren saftige Einwahlgebühren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD:
Seit wann hat Schill 'ne 0190er-Nummer, das wusste ich noch gar nicht!)

Die Beweislast zur Frage, ob ein rechtswirksamer Vertrag zustande gekommen ist, liegt in der Regel beim Nutzer. Das ist aber insbesondere dann außerordentlich schwierig, wenn man die Anbieter überhaupt nicht kennt.

Ein anschauliches Beispiel gibt es von der Verbraucher-Zentrale: Eine Frau hatte sich in ihrem Büro über das Internet ein Programm oder Ähnliches heruntergeladen. Das Gerät funktionierte mit dem Dialer so hervorragend, dass das Gerät sich nachts von allein eingeschaltet, während ihrer Abwesenheit auf 0190er-Nummern verschiedene Programme durchgewählt hat und am nächsten Tag wieder abgeschaltet war. Man kann offensichtlich wunderbare technische Sachen machen, die zu ungeheuren Kosten und volkswirtschaftlichen Schäden führen.

D

Bisher war es ein großes Problem für Nutzer, die Anbieter in Regress zu nehmen oder auch die Zahlung zu verweigern. Die Post hat sich bisher jedenfalls sehr zurückgehalten, das schnell und vernünftig zu regulieren.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das haben wir jetzt Telekom genannt!)

– Richtig, gut aufgepasst.

Für Verbraucher ist es schwierig, sich dagegen zu wehren, weil der Mehrwertdienstanbieter in der Regel anonym ist. Wenn eine Telefongesellschaft – wie zum Beispiel die Telekom – den Betrag mit der Gesamtrechnung einzieht, ist es relativ schwierig, das Geld wieder zurückzubekommen. Wer erst einmal eine Zahlung geleistet hat und wenn die Zahlung auch schon weitergeleitet worden ist, hat gegenüber dem Netzwerkbetreiber große Schwierigkeiten, weil erst einmal der Sachverhalt klar bewiesen werden muss. Es ist ein ungeheuer schwieriger Rechtsweg, wenn man den Betrag anfechten will.

Dem soll jetzt ein Riegel vorgeschnitten werden. Es ist absurd, dass man mit jemanden einen Vertrag über Leistungen abschließen kann, dieser Vertragsgeber aber die Möglichkeit hat, sich mir gegenüber nicht erkennen geben zu müssen.

Mit der Veränderungsverordnung soll diesen Abzockern ein Riegel vorgeschnitten werden. Das heißt, alle Diensteanbieter, die Mehrwegdienstnummern an Endnutzer vergeben, müssen diese auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verweisen, damit sich diese nicht auf die Behauptung mangelnder Klarheit zurückziehen können.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD)

A Diese wichtige Vorschrift wird die Rechtssicherheit deutlich erhöhen. Bei Bekanntwerden einer Zu widerhandlung kann die Nummer eingezogen werden. Auch das war bisher sehr schwierig oder gar nicht möglich. Alle Rechnungssteller werden verpflichtet, in der Rechnung die vollständige Adresse des Mehrwegdienstleisternummernbetreibers zu nennen, damit die Anonymität aufgehoben ist. Der Kunde muss darüber aufgeklärt werden, dass er die Zahlung bei unberechtigten Forderungen verweigern kann. Das ist besonders dann wichtig, wenn man gar nicht mitbekommen hat, dass man sich in ein solches System eingewählt hat.

Das ist eine sehr wichtige Unterstützung für die Verbraucher. Wir müssen schnell handeln, weil die Zahl der Beschwerden rasant steigt.

Dieser Verordnungsentwurf wird morgen im Wirtschaftsausschuss behandelt. Ich hoffe, dass dieser nicht, wie viele Anträge, erneut aus kurzfristigen wahlaktischen Überlegungen blockiert wird. Ich kann mir vorstellen, welche Einwände es hier geben wird. Einen habe ich schon gehört: Er sei problematisch, gerade beim Paragraphen 15, weil dort neue Pflichten für die Anbieter geschaffen werden. Aber man muss sich entscheiden, auf wessen Seite man steht. Unsere Seite muss die Seite der Verbraucher sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Diejenigen, die ordnungsgemäß und seriös handeln, haben mit dieser Regelung kein Problem. Die Telekom hat dieses ausdrücklich begrüßt, weil es ein deutliches Mehr an Rechtssicherheit schafft.

Unser Appell an den Senat: Stimmen Sie im Bundesrat den neuen Verordnungen zu, blockieren Sie sie nicht wieder. Morgen im Wirtschaftsausschuss können Sie vielleicht noch Bedenken vorbringen und auch noch einmal Gelegenheit haben, ordentlich zu arbeiten, nicht nur zu polemisiern, und vielleicht Verbesserungen einzubringen. Dafür ist immer Offenheit gegeben. Opfern Sie die Interessen der Hamburger Verbraucher nicht Ihrem Wahlkampftar.

An den Verbrauchersenator – leider ist er wieder nicht da – habe ich folgende Bitte: Nehmen Sie sich dieses Themas an, überlassen Sie es nicht den Wirtschaftslobbyisten, stimmen Sie der Verordnung zu. Danach kann Herr Rehaag wieder abtauchen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident! Herr Rosenfeldt, das war eine schöne Vorstellung, die Sie hier geliefert haben. Im Sachverhalt kann ich Ihnen in großen Teilen zustimmen. Die Tatsache, die viele Verbraucher in den letzten Wochen und Monaten erleben, ist natürlich bedauernswert, aber die Konsequenzen, die Sie daraus gezogen haben, waren wahlaktisches Geplänkel und nichts weiter.

Der Gesetzentwurf, den die Bundesregierung hier vorgelegt hat, ist mit der heißen Nadel genäht. Sie haben hier gesagt, Herr Rosenfeldt, ein Netzbetreiber soll einen anderen Anbieter auf die rechtlichen Vorschriften hinweisen. Dann lacht sich derjenige Betreiber halbwegs tot. Das ist der vollkommene Witz. Der macht das vier Wochen, dann wird ihm die Nummer entzogen, dann lässt er sich eine neue Nummer geben. Das bietet nicht die Lösung des Problems.

Dieser Gesetzentwurf ist mit derart heißer Nadel genäht worden, dass bis heute kein einziges Netzunternehmen mit beteiligt worden ist. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Christian Maaß GAL: Was wollen Sie denn?)

Verbraucherschutz ist gut, aber nicht nur wegen der Schlagzeile.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deswegen fordern wir – wie auch Sie –, dass die Rechtsverordnung morgen im Wirtschaftsausschuss noch einmal konsequent besprochen und dann auch schnell entschieden wird. Es wäre sehr viel sinnvoller, dass Netzunternehmen zum Beispiel eine Sicherheitsleistung hinterlegen müssen, aus der sich dann vielleicht die Verbraucher befriedigen können. Das würde viel mehr Leute abschrecken, irgendwelche Nummern vorzulegen, als das, was Sie vorgebracht haben. Das war Wahlkampfgeplänkel auf Kosten der Verbraucher, Herr Rosenfeldt. – Danke.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Braak.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Hau rein!)

Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herrn! Alle Maßnahmen, die die rotgrüne Regierung zurzeit beschließt, sind reines Wahlkampfmanöver und das wissen Sie auch. Alles ist Makulatur, hier ein bisschen verbessern, da ein bisschen nachbessern und jedes Mal als das hinstellen, was es nicht ist, nämlich der Vorteil für die Bürger.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Zuruf von Barbara Duden SPD)

– Frau Duden, wenn sie reden wollen, kommen Sie doch zum Rednerpult.

Einen Schutz vor Betrügern gibt es nur dann, wenn der Bund nicht mehr direkt über die Telekom an der Vergabe von 0190er-Nummern mitverdient.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dabei sollte sich der Bund mehr auf die von ihm selbst geschaffenen Rahmenbedingungen für die IT-Branche konzentrieren und gegen Betrüger und Abzocker die rote Karte des Gesetzgebers zeigen.

Wenn ich in Ihrem Antrag lese, wie man sich in Verbindung mit dem Verbraucherschutz wirksam dagegen wehren kann, sehe ich die Verbraucherministerin vor mir, wie sie als Retterin auftritt und in Wirklichkeit inkompotent und dilettantisch nicht die einfachsten Kontrollmaßnahmen durchführen lässt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Auch in diesem Fall wird es nicht anders sein. Wie es aussieht, ist auch gar nichts anderes gewollt.

Was nützt es dem Verbraucher, wenn er die Zahlung verweigert und letztlich doch zahlen muss, weil das Gericht zu der Auffassung gelangt, man brauche diese Nummer gar nicht anzuwählen.

C

D

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A (Christian Maaß GAL: Leider, das merkt man nicht!)

Wird einmal ein anderes Urteil gesprochen, hapert es an der Umsetzung. Glauben Sie allen Ernstes, es geht jemand ins Ausland und klagt dort gegen betrügerische Anbieter? Es wird zur Lachnummer, wenn Sie Betrüger auf gesetzliche Vorschriften hinweisen wollen. Man sollte alle 0190er-Nummern sperren und nur dann, wenn einige Teilnehmer es wünschen, für sie den Zugang gegen Gebühr freimachen, also die Geschichte umdrehen. Das macht Sinn.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das geht jetzt schon!)

Nur der Gesetzgeber hat die Möglichkeit, den Verbraucher aus diesem Würgegriff zu befreien.

(Christian Maaß GAL: Das sind wir!)

– Ja, das ist mir bekannt.

Aber noch nicht genug der tollen Neuerungen. Nun hat man, wohlgemerkt erst auf Verlangen, das Recht, über den Anbieter Auskunft zu bekommen, obwohl man vom Anbieter hätte verlangen können, dass er seine volle Adresse gleich mitliefert. Hier greift der Datenschutz, die heilige Kuh der Rotgrünen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Oh-Rufe von der SPD und der GAL)

– Immer wenn Sie „Buh“ machen, weiß ich, dass ich die Wahrheit gesagt habe.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

B Sie werden an dieser Stelle merken, dass Ihnen keiner mehr glaubt, wenn es um die Überwindung Ihrer eigenen Barrieren geht.

(Erhard Pumm SPD: Sie sollten Bundestagsabgeordneter werden!)

Für eine Rechtsverordnung, die alles andere als einen Schutz darstellt, braucht man die Zustimmung des Bundesrats. Ein so nachhaltig wirkungsloses Gesetz wird vom Senat mit Recht abgelehnt. Es ist eigentlich unverständlich, dass es im Wahljahr zu solchen Unzulänglichkeiten seitens der Regierungsfraktionen kommt. Es ist aber ein Grund mehr für die Wähler, die gleichzeitig Verbraucher sind, jede Gelegenheit wahrzunehmen, sich von Rotgrün zu trennen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Farid Müller.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Jeder Redner ein Treffer!)

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, völlig entsetzt über diese Debatte von den Regierungsfraktionen.

(Oh-Rufe bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Da hätte ich wirklich mehr erwartet. Sie geben doch vor, am Nerv der Verbraucher und der Bürgerinnen zu sein. Was Sie hier vorgestellt haben, ist bloße Ignoranz, was die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, gerade in einer Internetstadt wie Hamburg, erleben. Es ist wirklich traurig.

C (Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Senator, der eigentlich für Verbraucherschutzinteressen zuständig ist, sitzt nicht auf der Senatsbank. Das zeigt, kein Interesse.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das Klingelzeichen ist Ihnen bekannt. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wer sich?

Farid Müller (fortfahrend): Nein, ich habe keine Zeit.

Der Senator für Wirtschaft und Medien ist auch nicht anwesend, zeigt kein Interesse an diesem Thema.

Meine Damen und Herren! Schon die Antwort des Senats auf meine Kleine Anfrage vor einem Vierteljahr hat Hilf- und Ahnungslosigkeit des Senats zu diesem Problem gezeigt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist, wie es immer ist, Rotgrün in Berlin handelt, der Senat hier schläft seit September.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn man ihn dann einmal bittet, er möge auf ein Problem, das wir in Berlin erkannt haben, reagieren und es nicht blockieren, wird so reagiert wie immer.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat wenig Zeit.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Ihre Zeit sollten Sie nutzen!)

D Wenn dieser Senat dagegen ist, dass sich die Kunden gegen solche Kriminelle schützen können, dann kann man nur noch eines raten: Er möge sich auch in die Büsche schlagen, weil das auch eine Form von Kriminalität ist, so etwas gewähren zu lassen. Da ist wirklich Schluss mit Lustig, meine Damen und Herren.

Eines kann man sagen: Der Gesetzentwurf der Regierung schützt auch die Medienindustrie, sie schafft nämlich wieder Vertrauen. Was sollen denn die Bürger demnächst machen, wenn sie an ihren Internetanschluss gehen? Sie müssen doch Angst haben, sie würden abgezockt und das wird immer schlimmer. Vor dem Hintergrund ist das nicht nur eine Maßnahme zum Schutz der Verbraucher, sondern auch, um die Internetwirtschaft zu schützen, die gerade in ihrer schwersten Krise steckt. Da könnte man auch von Hamburgs Senat ein bisschen mehr Sensibilität erwarten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir werden daher dem Antrag der SPD voll zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Dann gebe ich dem Abgeordneten Müller-Sönksen das Wort.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es bei den 0190er-Nummern wichtig ist – der Kollege Müller hat das schon gesagt –, darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um Telefonieren, sondern auch um Daten, also insbesondere um das Internet geht. Aber, liebe SPD, ich glaube, Sie sollten einfach ganz ruhig bleiben.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Es wurde vorhin immer wieder der Versprecher von „Post“ gemacht. Das ist aber gar kein Versprecher, denn genau da liegt die Wurzel,

(*Ingo Eglöff SPD: Wo?*)

worüber wir heute überhaupt reden müssen, denn es gibt hier keinen freien Wettbewerb und einen nicht freien, sondern regulierten Markt. Es heißt nämlich auch heute noch im Sprachgebrauch Telefongebühren, nicht etwa Preise für die Nutzung einer bestimmten Zeiteinheit, sondern Telefongebühren.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie erzählen Quatsch! – Glocke*)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich rufe den Abgeordneten Scheurell zur Ordnung. Bitte fahren Sie fort.

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Das haben Sie verdient.

(Heiterkeit und Zurufe von der FDP, der GAL und der SPD)

Wenn Sie weiter dazwischenschreien, wird mir das von der Redezeit abgezogen.

Wir haben gerade über die Referendare gesprochen. Dann müssen Sie sich auch mal ein paar Gedanken über das allgemeine Vertragsrecht machen. In jedem normalen Vertrag hat derjenige, der eine Bezahlung haben will, die Gründe dafür selber darzulegen. Es gibt eine ganz normale Beweislastverteilung, meine Damen und Herren. Nur im Telekommunikationsmarkt haben Sie im post – und jetzt meine ich das lateinische post – eine Ordnung geschaffen, die zu einer Umkehr führt, nämlich dass die Telekom bisher ihre Gebührenbescheide, die sie quasi vollstrecken konnte, selbst drucken konnte.

(*Werner Dobritz SPD: Erklären Sie das noch mal von vorn!*)

Das ist eine Wirkung, die wir abschaffen müssen, indem wir diese postwirtschaftlichen Verhältnisse tatsächlich umdrehen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat bereits im September 2001, also vor zehn Monaten, an die Bundesregierung, an Ihre Kollegen, eine Kleine Anfrage gestellt. Ich kann sie Ihnen gerne einmal zur Verfügung stellen. Es ist kläglich, wie die rotgrüne Regierung vor zehn Monaten auf diese Anfrage geantwortet hat. Wenn Sie jetzt, zehn Monate später, kurz vor einer schon fast verlorenen oder bald verlorenen Bundestagswahl auf die Idee kommen, Verbraucher schützen zu wollen, dann ist das wirklich nur ein Hinterherlaufen einer Entwicklung, die Sie an dieser Stelle schon längst verschlafen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Barth-Völkel, ich bitte Sie, sich den Sitten des Hauses entsprechend zu kleiden.

(Heiterkeit im ganzen Hause und Zurufe)

Bitte fahren Sie fort.

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Meine Damen und Herren von der Opposition! Es gibt noch weitere Berei-

C che und Monopole und bevor Sie mal an Verbraucherschutz und Freundlichkeit denken, denken Sie doch noch an ein Monopol, das Sie selber mit Ihren Parteifreunden in Berlin verlängert haben, an das Briefmonopol. Auch dort wird der Verbraucher staatlicherseits abgezockt, um irgendwelche Gewerkschaftsinteressen zu befriedigen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Lieber Herr Kollege Braak, das ist jetzt keine Rüge, sondern nur ein Hinweis: Den Datenschutz hat die FDP, sogar eine Hamburger Parteifreundin, Dr. Gisela Wild, durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil erstritten. Ich gebe zu, dass im Laufe der Zeit und der Jahre der eine oder andere übertriebene Datenschutzbeauftragte, also sich selbst beauftragte, durch die Lande gelaufen ist. Aber Datenschutz ist ein Teil unserer freiheitlichen Gesellschaft, auch der Selbstbestimmung, der Privatsphäre, und wir werden dafür sorgen, dass genauso viel Datenschutz wie nötig, aber kein übereifriger Datenschutz möglich ist. Das nur als kleiner Hinweis unter Koalitionsfreunden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: SPD und Grüne, Ihnen fällt zu dem Thema nichts anderes ein, als zu sagen, macht doch das, was die in Berlin machen. Machen Sie doch einmal etwas, was mit Hamburg zu tun hat.

Herr Müller – Ihr heißer Luftballon müsste hier eigentlich wegfliegen. Sie kommen in den Gesundheitsausschuss und in den Verbraucherschutzausschuss immer nur dann, wenn es um das Thema Aids geht.

(*Dr. Mathias Petersen SPD: Hey, was soll das denn? Ist ja unglaublich!*)

– Das sage ich gleich, warum.

(*Dr. Mathias Petersen SPD: Das ist unglaublich! – Zuruf: Nehmen Sie Ihr Kaugummi aus dem Mund*)

– Herr Petersen, regen Sie sich doch nicht auf.

Wenn Herr Müller hier über das Thema Verbraucherschutz spricht und dem Senat und den Regierungsfraktionen Ignoranz vorwirft, obwohl wir uns auf Antrag der Schill-Fraktion im Mai in der Sitzung genau mit diesem Thema in Selbstbefassung befasst haben, nämlich mit unerwünschten Faxen und den 0190er-Nummern, und uns zuerst darum gekümmert haben,

(*Anja Hajduk GAL: Aber wie!*)

dann ist das einfach heiße Luft, ein Vorwurf, der mit den Realitäten nichts zu tun hat. Dann muss Herr Müller in die Ausschüsse kommen, wo die Koalition diese Themen bearbeitet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Herr Wersich, ich werde das jetzt nicht bewerten. Das können Sie selber tun. Aber Sie

(Jenspeter Rosenfeldt SPD)

- A erinnern sich auch noch sehr gut an die Ausschusssitzung. Das war eigentlich keine richtige Beratung. Das war ein absolutes Chaos.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Hauptsache, Sie kommen zum Schluss!)

Das Ende des Ganzen ...

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Was wollen Sie denn sagen?)

– Hören Sie doch einfach zu.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Das kann ich nicht, wenn Sie nichts sagen!)

– Das liegt wahrscheinlich an Ihren Ohren.

Das Ende des Ganzen ist doch, dass die Koalition überhaupt nicht gehandelt hat. Es ist nichts dabei herausgekommen. Es wurde geredet, aber es ist nichts getan worden. Dieser Antrag will Sie dazu bringen, etwas zu tun. Das muss ja wohl nachvollziehbar sein.

Jetzt noch einmal etwas zu dem Thema Datenschutz. Es geht hier darum, dass ich als Kunde gerne wissen möchte, mit wem ich einen Vertrag schließe. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn man ein Gesetz dazu macht, dass sich mein Vertragspartner auch zu erkennen gibt und dieses nicht durch Datenschutz in irgendeiner Form verhindert werden soll. Das ist doch barer Quatsch. Ich habe wirklich Probleme damit. Herr Müller-Sönksen, das war wirklich ideologisches Rumgeeiern, was Sie hier gebracht haben.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Eben nicht! Das BGB schützt die Bürger!)

- B Das gipfelte in dem Wort von einem frei regulierten Markt; sich so herumzuwinden, das macht es doch deutlich. Klar ist hier etwas passiert. Ich habe das ausdrücklich gesagt. Im Wirtschaftsausschuss ist das morgen dran. Was von den CDU-geführten Ländern bisher als Einwand gebracht wurde, bezog sich hauptsächlich auf den Paragraphen 15, wo Sie Sorgen hatten bei bestimmten Rechten, dass die Wirtschaft damit belastet wird.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Das ist bekannt! – *Rolf Kruse CDU*: Das ist nicht neu!)

Die Bundesregierung hat längst dazu gesagt, dass sie darüber noch reden würde. Das geschieht aber erst morgen. Aber worauf es Ihnen immer ankommt – und das ist genau der Punkt, der bei allen Sachen hier läuft –, das ist Blockadehaltung beim Kundenschutz, Blockadehaltung der CDU-geführten Länder beim Unterlassungsklagegesetz und Blockadehaltung beim Verbraucherinformationsgesetz. Und das Ganze nur, weil Sie es nicht abkönnen, dass die Bundesregierung weiterhin – solange sie noch im Amt ist und darüber hinaus, wenn sie nämlich die Wahl noch gewinnt – Gesetze macht und ihre Arbeit nicht ein halbes Jahr vor der Wahl einstellt. Ein halbes Jahr haben Sie übrigens kaum hinter sich und noch nicht gearbeitet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Barth-Völkel.

Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive:^{*} Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass Sie sagen, hier geschehe nichts, ist total falsch. Ich habe gestern ein Schreiben der Behörde für Umwelt und Gesundheit erhalten und möchte es einmal kurz zitieren.

Wir hatten seinerzeit im letzten Gesundheitsausschuss die Anregung gemacht, doch bitte ein Dialer-Programm im Internet zu platzieren. Das ist passiert, die Behörde hat es gestern geschrieben – ich zitiere einmal ganz kurz –:

„Das vom Gesundheitsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft gewünschte Angebot zum Herunterladen von Sperrprogrammen gegen Dialer-Programme für den PC für Verbraucherinnen und Verbraucher kann inzwischen direkt über die Web-Seite der Behörde für Umwelt und Gesundheit, und zwar unter www.dialerschutz.de, heruntergeladen werden.“

Da hat die Behörde gearbeitet und gezeigt,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

wie schnell wir reagieren. Dafür brauchen wir keine großen Anträge. Innerhalb von sechs Wochen ist dieses passiert und ich finde das toll. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man diesen Antrag der SPD liest, fragt man sich natürlich, ob es hier um Verbraucherschutz oder einfach nur um Werbung für ungeeignete Gesetze geht. Ich habe das unbestimmte Gefühl, es ist das Letztere. Wenn man sich das nämlich durchliest, findet man einen langen Text über die Telekommunikations-Kundenschutzverordnung und nebenbei streuen Sie immer so ein bisschen das Verbraucherinformationsgesetz ein; das kommt bei Ihnen immer wieder latent durch.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Ja!)

Vielelleicht haben Sie da eine Art Trauma, aber das Verbraucherinformationsgesetz war einfach nicht zustimmungsfähig, es war nicht einmal verbesserungsfähig und wurde deshalb im Vermittlungsausschuss abgelehnt.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Inwiefern schützen Sie konkret die Verbraucher?)

Das will ich ein bisschen begründen. Es gab erstens im Verbraucherinformationsgesetz keine hinreichende Güterabwägung zwischen den Rechtspositionen der Wirtschaft, des Verbrauchers und des Naturschutzes. Dann gab es eine völlig ungeeignete Kostendeckungsvorschrift. Nach Ihrem Gesetz hätte folgendes passieren können und ich bin sicher, es wäre auch passiert. Da hätte ein Bürger gesagt, gebt mir einmal eine Auskunft über dieses und jenes, wofür er Verwaltungsgebühren zahlen müsste mit dem Ergebnis, es wäre vielleicht gesagt worden, es liegen keine Informationen dazu vor. So wären Sie mit dem Geld der Bürger nach Ihrem Gesetzestext umgegangen, das konnten wir doch nicht zulassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Zurufe von der GAL)

Sie fordern in Ihrem Antrag den Senat auf, das Verbraucherinformationsgesetz zu unterstützen. Da müssen Sie sich gefallen lassen, dass ich Ihr völlig unzureichendes Gesetz, Ihre völlig unfähige Ministerin Kühnast hier einmal kritisiere.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Zurufe von der GAL)

C

D

E

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Weiter war in diesem Gesetz das Haftungsrisiko nicht geklärt. Sie sind doch diejenigen, die jetzt Senator Rehaag angreifen, weil er, entsprechend Ihren Forderungen, schnell frühzeitig alles bekannt zu geben, in seiner Liste zwei oder drei falsche Unternehmen hatte. Da stellt sich – nicht in diesem Fall, aber grundsätzlich – die Haftungsfrage. Auch das war in Ihrem Gesetz nicht ausreichend geklärt.

Und schließlich war der entscheidende Punkt, den man bei so einem Gesetz hätte angreifen können, gar nicht dabei; es wurde keine Kennzeichnungspflicht verbessert. Den Verbraucher interessiert es doch nicht, für teures Geld bei der Behörde nachzufragen, was im Shampoo enthalten ist. Er will auf der Shampoo-Flasche schon im Geschäft ganz genau lesen können, was drin ist.

(Barbara Duden SPD: Sollen wir da telefonieren?)

Dazu brauchen wir eine Verbesserung der Kennzeichnungsverordnung und nicht ein völlig minimales Verbraucherinformationsgesetz; das war also nicht nachbesserbar.

(Beifall bei Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

Dann hat der Kollege Farid Müller sich herabgelassen, hier von Hilflosigkeit und Ähnlichem des Senats zu sprechen. Die Erste, die in diesem Bereich aktiv war, war die FDP, nicht die Bürgerschaftsfaktion, sondern die Bundestagsfraktion; Kollege Müller-Sönksen hat es schon erwähnt. Es gab eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, die Bundesregierung zur Eindämmung unzulässiger Faxe mit 0190er-Nummern aufzufordern – ich will nicht alles vorlesen –, von der Bundesregierung im November 2001 beantwortet. Frage:

- B „Welche effektiven Rechtsverfolgungswege schlägt die Bundesregierung dazu vor?“

Antwort: Nicht etwa eine neue Verordnung, sondern

„das Zivilrecht bietet angemessene Lösungen“.

Das war Ihr Stand von November 2001 – jämmerlich.

Ein anderes Beispiel zu Frage 5: Man meinte, die bewusste Mitwirkung einzelner Telekommunikations- und Tele-dienstunternehmen an derartigen Werbepraktiken bringe die Branche in Verruf und so weiter. Das sei ein Verstoß gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und das gab es schon. Mit anderen Worten: kein Handlungsbedarf. Das war Ihr Stand von November 2001.

Und nun sagen Sie hier dreist, auf einem Gebiet, auf dem das Land noch nicht einmal die Gesetzgebungsbefugnis hat, bestehe eine Nachlässigkeit. Nachlässigkeit war bei Ihrer Regierung, insbesondere bei Ministerin Künast, die neben Herrn Scharping die größte Nullnummer im Kabinett ist, gegeben. Die werden abgewählt, dann wird alles besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sager.

(Oh-Rufe bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Krista Sager GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Herr Wersich hat hier von einer Ausschusssitzung gesprochen.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das darf er doch!) C

Offensichtlich ist es so, dass Sie und auch die Regierungskoalition sich in dieser Ausschusssitzung nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben.

Aber das will ich jetzt einmal dahingestellt lassen. Herr Wersich, Sie haben im Zusammenhang mit dieser Ausschusssitzung gegenüber Herrn Farid Müller in einer offensichtlich herabwürdigenden Absicht

(Unmutsäußerungen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

davon gesprochen, dass Herr Farid Müller gefälligst nicht nur immer Interesse zeige, wenn es um die Aids-Politik ginge. Herr Wersich, glauben Sie bloß nicht ...

(Zurufe und Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas Ruhe.

Krista Sager (fortfahrend): Glauben Sie bloß nicht, dass es uns entgangen ist, mit welch herabwürdigendem Ton und mit welcher herabwürdigenden Absicht Sie das hier formuliert haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich lasse Ihnen das nicht durchgehen, auch wenn Sie glauben, dass sich die Stimmung in diesem Hause inzwischen verändert habe,

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir glauben Ihnen gar nichts!) D

auch wenn Sie glauben, dass Sie sich das im Eifer des Gefechts mal eben erlauben können und das so durchgehe. Ich lasse Ihnen das nicht durchgehen.

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wersich.

(Werner Dobritz SPD: Nehmen Sie den Kaugummi aus dem Mund!)

Dietrich Wersich CDU: Frau Sager, Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen. Herr Müller ist im Gesundheitsausschuss einmal in Aktion getreten,

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das stimmt doch nicht! Was soll das jetzt?)

und zwar im Frühjahr dieses Jahres, als wir das Thema der

(Krista Sager GAL: Dafür ist er auch zuständig!)

HIV-Sparmaßnahmen auf der Tagesordnung hatten. Da ist vor Eintritt in die Tagesordnung und bevor die Sitzung eröffnet wurde, mit Medien- und Fernsehbildern ein Happening mit einem Eisblock „Die Solidarität schmilzt“ veranstaltet worden. Herr Müller hat zusammen mit den Medien den Raum dieser Sitzung wieder verlassen. Und genau wegen dieses Verhaltens, an der anschließenden Diskussion über das Thema nicht einmal teilzunehmen, sondern nur wegen der Medienpräsenz bei so einem Thema aufzutreten, habe ich gemeint, und das sei die Art von Herrn Müller, sich seriös um Themen zu kümmern.

(Dietrich Wersich CDU)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Zurufe von der GAL)

Zwischenrufe gelten nicht als solche.

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksache 17/999 federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 41 auf, Drucksache 17/995: Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung der Landesinitiative Hospizentwicklung in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Förderung der Landesinitiative Hospizentwicklung in
Hamburg – Drucksache 17/995 –]**

Wer wünscht das Wort? – Die Abgeordnete Brinkmann hat es.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern mit einigen Zitaten aus der Abschiedsrede unserer Alterspräsidentin am Ende der letzten Legislaturperiode beginnen. Frau Rudolph hatte als Mahnung und mit der Bitte um Fortsetzung ihrer Arbeit einen Antrag zur Sterbebegleitung eingebracht, der einstimmig angenommen wurde.

Ich zitiere:

B „Wir sind uns in diesem Haus einig – das haben zwei Debatten und die Diskussion im Juli in der Landesinitiative Hospiz gezeigt –, dass eine würdevolle Sterbebegleitung gefördert und ausgebaut werden muss.

Die Landesinitiative“

– CareNet –

„hat sehr gute Arbeit geleistet. Hier können Bürgerschaft und Senat – ich appelliere dabei sehr an den nächsten Senat – Stellung beziehen, das heißt, auch politische Prioritäten setzen.“

Ein letzter Satz:

„Außerdem wollen wir“

– die CDU –

„mit diesem Antrag auch darauf hinwirken, dass dieses Thema in der neuer Legislaturperiode sehr bald weiter behandelt wird.“

Das war für mich Anlass genug, im November letzten Jahres eine Kleine Anfrage zu stellen, um den Stand der Fortführung des Projektes CareNet abzufragen, nachdem dafür die Mittel im Oktober ausgelaufen waren. Der Senat hatte sich zu diesem Zeitpunkt mit diesem Thema verständlicherweise noch nicht befasst.

Die Hospiz-Hotline Hamburg, eine geschaltete Telefonleitung für spezielle Anfragen, war eigentlich ausgelaufen. Das Hamburger Spendenparlament hatte jedoch noch einmal für einige Monate Mittel zur Verfügung gestellt, damit diese Leitung weiter finanziert werden konnte.

Als dieses Projekt kurz vor dem Auslaufen stand, hat der Verein – der Träger CareNet – die jeweiligen Fraktions-

sprecher für diesen Bereich zu einem Gespräch eingeladen, um einen letzten Hilferuf zu geben und um Hilfe zu bitten, dass wir uns dafür einsetzen werden, dass dieses Projekt weitergeführt wird.

An diesem Abend waren zumindest zwei Mitglieder der Koalitionsfraktionen anwesend. Beide Vertreter haben immer wiederholt, für wie gut sie diese Arbeit hielten und dass sie sich dafür einsetzen wollen, dass sie weitergeführt werden kann. Aus diesem Grunde bin ich eigentlich sicher, dass Sie dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen werden.

Vor Ort haben beide Vertreter erklärt, sie würden sich dafür einsetzen, dass das Projekt CareNet weiterhin aus dem Hamburger Haushalt finanziert würde. Ich würde mich freuen, Frau Senatorin, wenn Sie heute Abend noch einige Worte dazu sagen.

Hamburg war bei der Diskussion und der Umsetzung der Sterbebegleitung bisher federführend. Von Hamburg wurde der Antrag angestoßen, gesetzliche Voraussetzungen zur finanziellen Förderung der ehrenamtlichen Arbeit in den Hospizdiensten zu schaffen.

Lassen Sie uns in diesem Sinne die Arbeit in Hamburg fortsetzen. In dem Maße, wie sich eine gute Sterbebegleitung durchsetzt, schwindet der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe, die die Mitglieder aus diesem Hause bisher immer verhindern wollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Gienow.

Hanna Gienow CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, zwischen Ihrer Wahrnehmung und meiner Einbringung zum Thema „Landesinitiative Hospizarbeit“ – mit dem Zweiten meinten Sie sicherlich Herrn Barth-Völkel – und dem, was Frau Rudolph gesagt hat, möchte ich nach meinen einleitenden Worten einiges sagen und ausdrücklich feststellen, dass es nicht ganz so ist, wie Sie es gedeutet haben. Das Zitat von Frau Rudolph war natürlich richtig, aber die Fortführung der Initiative Landeshospiz finden Sie dort nicht. Ich möchte zunächst einige allgemeine Bemerkungen zur Hospizarbeit machen.

Sterben ist ein Teil des Lebens und der Umgang mit den Sterbenden ist ein Zeichen für die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Sehr viele Sterbende – ungefähr 80 Prozent – wünschen sich, zu Hause, das heißt im Kreise ihrer Familien und in gewohnter Umgebung, zu sterben. Leider sterben zu Hause nur 5 Prozent. So sieht die Wirklichkeit aus.

Wir haben es der Hospizbewegung zu verdanken, dass wir bei der Enttabuisierung des Themas Sterben ein gutes Stück weitergekommen sind. Doch noch immer ist der Tod ein Thema, das uns gleichermaßen erschreckt wie auch fasziniert.

Für den Begriff Hospiz steht heute das Konzept einer medizinischen, pflegerischen und spirituellen Fürsorge im Mittelpunkt. Die Hospizarbeit zielt ganz besonders auf die Palliative, das heißt auf die lindernde Pflege ab. Die Pflege schließt immer die dem Sterbenden nahestehenden Menschen mit ein. Wenn wir uns die Palliativmedizin einmal genau anschauen, dann befinden wir uns in Deutschland leider auf einem Entwicklungsstand, der sehr weit unten angesiedelt ist.

C

D

(Hanna Gienow CDU)

A Im Jahre 2000 hatten wir für eine Million Menschen genau 6,4 Palliativbetten; der Bedarf liegt bei circa 50 Palliativbetten. Dort gibt es noch einen großen Nachholbedarf. Wenn ich das neue Abrechnungssystem DRG mit einbeziehe, dann ist mir noch nicht ganz klar, wie die Auswirkungen auf den Palliativstationen eines Tages aussehen werden.

Unser Ansatz lautet: Ambulant vor Stationär. Leider ist der Gesetzentwurf zur Förderung der ambulanten Hospizarbeit, der durch den Bundesrat in den Bundestag eingebracht wurde, von der rotgrünen Regierung abgelehnt worden. Sie verweist stattdessen auf zwei andere Gesetze, und zwar einmal auf das Pflegeleistungsergänzungsgesetz und zum anderen auf das Pflegequalitätssicherungsgesetz. Beide Gesetze haben nach meinem Dafürhalten zwei große Fehler.

Erstens: Für die Hospizarbeit hat die nicht gewünschte Professionalisierung der dort Helfenden fast diametrale Auswirkungen.

Zweitens: Das Gesetz führt zu einer Bürokratisierung und zu einem überflüssigen Papierkram.

Ich möchte meine Ausführungen ein wenig abkürzen, weil ich, Frau Brinkmann, noch gern etwas zum Antrag sagen möchte.

Frau Rudolph hat – das hat sie mir jetzt noch einmal gesagt – niemals das Projekt Landesinitiative fortführen wollen. Sie hat gesagt, dass es ein gutes Projekt gewesen ist und gute Arbeit geleistet habe. So habe auch ich mich geäubert. Aber Projekte haben es so an sich, das sie zeitlich begrenzt sind. Die zeitliche Begrenzung lief am 15. Oktober 2001 aus. Damit hatte es seine Aufgabe erfüllt.

B Die Hotline lief zum Jahresende aus. Wir haben sie dann noch für ein Vierteljahr weiterführen können.

Damit komme ich zum zweiten Punkt Ihres Antrages: Er hat sich erledigt. Die Behörde hat 20 000 Euro zur Verfügung gestellt; die Hotline wird weitergeführt. Für mich ergeben sich noch einige Zweifel, denn ich habe einige Male versucht, die Hotline anzurufen, aber niemanden erreicht. Die Hotline ist bei Charon angebunden. Ich habe heute noch einmal mit dem Geschäftsführer von Charon gesprochen, der auch noch einige Stunden bei CareNet ableistet. Er sagte mir, dass die 20 000 Euro dieses Projekt absichern werden. Deswegen weiß ich auch gar nicht, warum Sie diesen Punkt in Ihrem Antrag überhaupt genannt haben. Wir lehnen ihn ab.

Zum dritten Punkt möchte ich noch kurz bemerken, dass sich der neue Senat natürlich auch Gedanken zur Hospizarbeit gemacht hat. Er wird diese Initiative sicherlich nicht weiterführen, aber ich freue mich, dass ich Folgendes berichten kann:

In der vorigen Woche ist der 75. Kongress der Gesundheitsminister in Düsseldorf zu Ende gegangen. Senator Rehaag hat dort ein sehr gutes Ergebnis für seine Vorlagen und Anträge erreicht. Sie wurden mit einem Ergebnis von 16:0 abgestimmt. Das heißt, 15 Bundesländer haben für die Hamburger Vorschläge gestimmt.

(Petra Brinkmann SPD: Welche denn? Wir kennen sie nicht!)

– Die Vorschläge zu „In Würde sterben“.

Das ist die Fortsetzung der Arbeit in unserem Sinne.

Aus diesem Grunde werden wir Punkt 1 und 2 ablehnen. Punkt 3 werden wir an den Gesundheitsausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann bekommt der Abgeordnete Rutter das Wort.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon bedauerlich, dass wir dem Thema Sterbegleitung immer mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, weil dieses Thema ein bedeutendes Licht auf den Zustand unserer Gesellschaft wirft.

(Petra Brinkmann SPD: Richtig!)

Die Zahl der Single-Haushalte nimmt unaufhaltsam weiter zu. Verbunden damit ist der Wunsch, für niemanden verantwortlich zu sein. Da fängt die Sache an, problematisch zu werden. Denn im gleichen Maße, wie man selbst nicht bereit ist, sich für andere verantwortlich zu fühlen, kann man diese Fürsorge auch nicht von anderen erwarten. Die Folge davon ist eine zunehmende Vereinsamung besonders im Alter.

Da kommen wir in das nächste Problem. Wenn für einen anderen etwas getan werden soll, steht zunächst die Frage im Raum: Was kriege ich dafür? Das bedeutet, dass wir uns daran gewöhnt haben, dass jede Leistung für den anderen bezahlt werden muss. Und weil das selten der Hilfsbedürftige selbst kann, wird es auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. Damit wird aber auch gleichzeitig die Hilfe anonym. Es ist sehr fraglich, ob sie damit besser wird. Man hat Geld gezahlt, also wird Arbeit erledigt.

Dessen ungeachtet ist die Hospizbewegung sehr wichtig. Ich würde es insbesondere bei der Sterbegleitung sehr begrüßen, wenn wir alle Kräfte mobilisieren könnten, ehrenamtliche Mitwirkungen zu erreichen, denn jeder sollte sich darüber im Klaren sein, dass er über kurz oder lang selbst betroffen sein wird.

In diesem Sinne bitte ich vor allen Dingen, den Antrag 16/6577 aus der vergangenen Legislaturperiode weiterzuverfolgen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Freudenberg, der ich aber den hilfreichen Hinweis gebe, dass sie ihren Beitrag sehr stark komprimieren muss. Sie haben noch 36 Sekunden.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident! Herr Wersich, die Hospize wurden vor allem von den Menschen gefördert, die an einer „solchen“ Krankheit sterben. Das erst einmal zur Klarstellung.

Ich wünsche mir, dass wir uns im Parlament vor allen Dingen auf der Grundlage des Antrages von Frau Rudolph weiter intensiv mit den Fragen der Sterbegleitung beschäftigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Dann erhält das Wort der Abgeordnete Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offenbar habe ich ein wenig mehr Zeit. Ich werde sie mit Sicherheit nicht ausnutzen, denn das

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Wesentliche wurde von Herrn Rutter und Frau Gienow gesagt.

Die FDP-Fraktion schließt sich den Vorschlägen an. Wir wollen, dass die Drucksache 16/6577 weiterverfolgt wird. Aber aus den genannten Gründen ist es wenig sinnvoll, jetzt einen Punkt wie die Hotline herauszugreifen. Deswegen werden wir dem CDU-Antrag zustimmen, die Punkte 1 und 2 abzulehnen, und Punkt 3 überweisen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich möchte um ein wenig mehr Aufmerksamkeit bitten. – Aber jetzt ist der Redner fertig.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die CDU hat beantragt, dies ziffernweise zu tun.

Wer möchte Ziffer 1 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Ziffer 1 mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist Ziffer 2 ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3 möchte die CDU-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wer schließt sich an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich hoffe, Sie morgen hier alle wiederzusehen, und wünsche Ihnen eine gute Nacht. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 21.54 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Andrea Hilgers und Doris Mandel.